

Arbeitsgerichtsgesetz

vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1267)

Erster Teil Allgemeine Vorschriften

§ 1 Gerichte für Arbeitssachen

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen – §§ 2 bis 3 – wird ausgeübt durch die Arbeitsgerichte – §§ 14 bis 31 –, die Landesarbeitsgerichte – §§ 33 bis 39 – und das Bundesarbeitsgericht – §§ 40 bis 45 – (Gerichte für Arbeitssachen).¹

§ 2 Zuständigkeit im Urteilsverfahren

(1) Die Gerichte für Arbeitssachen sind ausschließlich zuständig für

1. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen;
2. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfs oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt;
3. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern
 - a) aus dem Arbeitsverhältnis;
 - b) über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses;
 - c) aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses und aus dessen Nachwirkungen;
 - d) aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen;
 - e) über Arbeitspapiere;
4. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und
 - a) Arbeitgebern über Ansprüche, die mit dem Arbeitsverhältnis in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang stehen;
 - b) gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien oder Sozialeinrichtungen des privaten Rechts über Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oder Ansprüche, die mit dem Arbeitsverhältnis in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, soweit nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
5. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen und dem Träger der Insolvenzversicherung über Ansprüche auf Leistungen der Insolvenzversicherung nach dem Vierten Abschnitt des Ersten Teils des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;
5. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Einrichtungen nach Nummer 4 Buchstabe b und Nummer 5 sowie zwischen diesen Einrichtungen, soweit nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
7. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Entwicklungshelfern und Trägern des Entwicklungsdienstes nach dem Entwicklungshelfergesetz;

1 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat „und 3“ durch „bis 3“ ersetzt.

8. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder den Einsatzstellen und Freiwilligen nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz;
- 8a. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Bund oder den Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes oder deren Trägern und Freiwilligen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz;
9. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen;
10. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen behinderten Menschen im Arbeitsbereich von Werkstätten für behinderte Menschen und den Trägern der Werkstätten aus den in § 138 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geregelten arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnissen.

(2) Die Gerichte für Arbeitssachen sind auch zuständig für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern,

- a) die ausschließlich Ansprüche auf Leistung einer festgestellten oder festgesetzten Vergütung für eine Arbeitnehmererfindung oder für einen technischen Verbesserungsvorschlag nach § 20 Abs. 1 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen zum Gegenstand haben;
- b) die als Urheberrechtsstreitsachen aus Arbeitsverhältnissen ausschließlich Ansprüche auf Leistung einer vereinbarten Vergütung zum Gegenstand haben.

(3) Vor die Gerichte für Arbeitssachen können auch nicht unter die Absätze 1 und 2 fallende Rechtsstreitigkeiten gebracht werden, wenn der Anspruch mit einer bei einem Arbeitsgericht anhängigen oder gleichzeitig anhängig werdenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeit der in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Art in rechtlichem oder unmittelbar wirtschaftlichem Zusammenhang steht und für seine Geltendmachung nicht die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist.

(4) Auf Grund einer Vereinbarung können auch bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen juristischen Personen des Privatrechts und Personen, die kraft Gesetzes allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans der juristischen Person zu deren Vertretung berufen sind, vor die Gerichte für Arbeitssachen gebracht werden.

(5) In Rechtsstreitigkeiten nach diesen Vorschriften findet das Urteilsverfahren statt.²

2 ÄNDERUNGEN

01.01.1966.—§ 42 Nr. 1 des Gesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185) hat Buchstabe o in Abs. 1 Nr. 4 neu gefasst. Buchstabe o lautete:

„o) für die Entscheidung über die Notwendigkeit, Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat zu wählen.“

19.01.1972.—§ 124 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat Nr. 4 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 4 lautete:

„4. in folgenden Fällen des Betriebsverfassungsgesetzes:

- a) für die Entscheidung über die Notwendigkeit der Errichtung, die Zusammensetzung und die Durchführung der Wahl des Betriebsrats, des Gesamtbetriebsrats, der Vertretung der nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmer, der Jugendvertretung, der tariflichen Sondervertretung;
- b) für die Entscheidung über die Notwendigkeit der Errichtung und die Zusammensetzung des Wirtschaftsausschusses und die Bestellung seiner Mitglieder;
- c) für die Bestellung oder Abberufung des Wahlvorstands;
- d) für die Auflösung des Betriebsrats, der Vertretung der nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmer, der Jugendvertretung und der tariflichen Sondervertretung;
- e) für die Entscheidung über die Amtszeit der Mitglieder des Betriebsrats, der Vertretung der nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmer, der Jugendvertretung, der tariflichen Sondervertretung und des Wirtschaftsausschusses;
- f) für die Entscheidung über das Erlöschen der Mitgliedschaft im Betriebsrat, im Gesamtbetriebsrat, in der Vertretung der nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmer, in der Jugendvertretung und in der tariflichen Sondervertretung;

- g) für die Entscheidung über die Wahlberechtigung, die Wählbarkeit, die Arbeitnehmereigenenschaft und die Gruppenzugehörigkeit eines Arbeitnehmers;
- h) für die Entscheidung darüber, ob ein Nebenbetrieb oder ein Betriebsteil selbständig ist oder zum Hauptbetrieb gehört;
- i) für die Entscheidung über die Zuständigkeit, die Geschäftsführung und die Tätigkeit des Betriebsrats, des Gesamtbetriebsrats, der Vertretung der nicht ständig beschäftigten Arbeitnehmer, der Jugendvertretung, der tariflichen Sondervertretung, der Einigungsstelle, des Wirtschaftsausschusses und der Vermittlungsstelle;
- k) für die Entscheidung über Bestehen oder Nichtbestehen oder Durchführung von Betriebsvereinbarungen;
- l) für die Entscheidung über die Verweigerung der Zustimmung des Betriebsrats, des Gesamtbetriebsrats oder der tariflichen Sondervertretung in personellen Angelegenheiten;
- m) für die Entscheidung über das Verlangen des Betriebsrats oder der tariflichen Sondervertretung auf Entlassung oder Versetzung eines Arbeitnehmers;
- n) für die Androhung von Ordnungsstrafen in personellen Angelegenheiten;
- o) für die Entscheidung über die Notwendigkeit, Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu wählen;
- p) für die Entscheidung über die Durchführung der Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;
- q) für die Entscheidung über die Durchführung der Abstimmung über den Widerruf der Bestellung eines Vertreters der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;
- r) für die Entscheidung über die Anfechtung der Wahl des Betriebsrats, der Vertretung der nicht ständig Beschäftigten, der Jugendvertretung, der tariflichen Sondervertretung;
- s) nach Maßgabe einer Rechtsverordnung nach § 87 Buchstabe g des Betriebsverfassungsgesetzes für die Entscheidung über die Anfechtung der Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und über die Anfechtung der Abstimmung über den Widerruf der Bestellung eines Vertreters der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;“.

§ 124 Nr. 1 lit. b und c desselben Gesetzes hat Nr. 5 in Abs. 1 in Nr. 6 unnummeriert und Abs. 1 Nr. 5 eingefügt.

§ 124 Nr. 1 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 2 und 3 aufgehoben. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts entscheidet in folgenden Fällen des Betriebsverfassungsgesetzes:

- a) über die Zahl der Beisitzer und über die Bestellung des unparteiischen Vorsitzenden einer Einigungsstelle, die zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat gebildet wird;
- b) über die Verhängung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen in personellen Angelegenheiten.

(3) Der Präsident des Landesarbeitsgerichts entscheidet in folgenden Fällen des Betriebsverfassungsgesetzes:

über die Zahl der Beisitzer und die Bestellung des unparteiischen Vorsitzenden einer Einigungsstelle, die zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitgeber und dem Gesamtbetriebsrat gebildet wird.“

01.01.1975.—§ 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610) hat Abs. 1 Nr. 2a eingefügt.

01.07.1976.—§ 35 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153) hat Nr. 5 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 5 lautete:

„5. für Angelegenheiten aus dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, soweit zu entscheiden ist über

- a) die Notwendigkeit, Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu wählen;
- b) die Durchführung der Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;
- c) die Durchführung der Abstimmung über den Widerruf der Bestellung eines Vertreters der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;“.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 2 Zuständigkeit

- (1) Die Arbeitsgerichts sind ausschließlich zuständig

1. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen und für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfes oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit handelt;
2. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus dem Arbeitsverhältnis, über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses, aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses und aus dessen Nachwirkungen sowie für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhange stehen; ausgenommen sind Streitigkeiten, deren Gegenstand die Erfindung eines Arbeitnehmers bildet, soweit es sich nicht nur um Ansprüche auf eine Vergütung oder Entschädigung für die Erfindung handelt;
- 2a. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten wegen Ansprüchen von Arbeitnehmern, ehemaligen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen auf Leistungen der Insolvenzversicherung nach dem Vierten Abschnitt des Ersten Teiles des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3610);
3. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhange stehen;
4. für Angelegenheiten aus dem Betriebsverfassungsgesetz, soweit nicht für Maßnahmen nach seinen §§ 119 bis 121 die Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
5. für Angelegenheiten aus dem Mitbestimmungsgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, soweit über die Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrats und ihre Abberufung mit Ausnahme der Abberufung nach § 103 Abs. 3 des Aktiengesetzes zu entscheiden ist;
6. für die Entscheidung über die Tariffähigkeit einer Vereinigung.

(2) (weggefallen)

(3) (weggefallen)

(4) Die in Absatz 1 Nummer 1 bis 3 begründete Zuständigkeit besteht auch in den Fällen, in denen der Rechtsstreit durch einen Rechtsnachfolger oder durch eine Person geführt wird, die kraft Gesetzes an Stelle des sachlich Berechtigten oder Verpflichteten hierzu befugt ist. Das gleiche gilt, wenn ein Arbeitnehmer oder ehemaliger Arbeitnehmer Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oder solche, die mit dem Arbeitsverhältnis in unmittelbarem rechtlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, gegen Wohlfahrtseinrichtungen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform geltend macht, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb oder das Unternehmen beschränkt ist, soweit nicht für die Geltendmachung eines Anspruchs eine ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Nr. 6 in Abs. 1 aufgehoben, Nr. 5 in Nr. 6 unnummeriert und Abs. 1 Nr. 5 eingefügt. Nr. 6 lautete:

„6. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche von Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen auf Leistungen der Insolvenzversicherung nach dem Vierten Abschnitt des Ersten Teils des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;“

Artikel 1 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 1 Nr. 6 „und Nummer 5 sowie zwischen diesen Einrichtungen“ nach „Buchstabe b“ eingefügt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat in der Überschrift „Sachliche“ am Anfang gestrichen.

01.09.1993.—Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2118) hat in Abs. 1 Nr. 8 „Förderung des freiwilligen sozialen Jahres“ durch „Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen ökologischen Jahres und Teilnehmern nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres“ ersetzt.

01.08.1996.—Artikel 8 lit. a des Gesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1088) hat in Abs. 1 Nr. 9 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 10 eingefügt.

01.07.2001.—Artikel 23 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat Nr. 10 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 10 lautete:

„10. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Behinderten im Arbeitsbereich von Werkstätten für Behinderte und den Trägern der Werkstätten aus den in § 54b des Schwerbehindertengesetzes geregelten Rechtsverhältnissen.“

§ 2a Zuständigkeit im Beschlußverfahren

(1) Die Gerichte für Arbeitsachen sind ferner ausschließlich zuständig für

1. Angelegenheiten aus dem Betriebsverfassungsgesetz, soweit nicht für Maßnahmen nach seinen §§ 119 bis 121 die Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
2. Angelegenheiten aus dem Sprecherausschußgesetz, soweit nicht für Maßnahmen nach seinen §§ 34 bis 36 die Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
3. Angelegenheiten aus dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz und dem Drittelbeteiligungsgesetz, soweit über die Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat und über ihre Abberufung mit Ausnahme der Abberufung nach § 103 Abs. 3 des Aktiengesetzes zu entscheiden ist;
- 3a. Angelegenheiten aus den §§ 94, 95, 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch;
- 3b. Angelegenheiten aus dem Gesetz über Europäische Betriebsräte, soweit nicht für Maßnahmen nach seinen §§ 43 bis 45 die Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist;
- 3c. Angelegenheiten aus § 51 des Berufsbildungsgesetzes;
- 3d. Angelegenheiten aus § 10 des Bundesfreiwilligendienstgesetz;
- 3e. Angelegenheiten aus dem SE-Beteiligungsgesetz vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675, 3686) mit Ausnahme der §§ 45 und 46 und nach den §§ 34 bis 39 nur insoweit, als über die Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer in das Aufsichts- oder Verwaltungsorgan sowie deren Abberufung mit Ausnahme der Abberufung nach § 103 Abs. 3 des Aktiengesetzes zu entscheiden ist;
- 3f. Angelegenheiten aus dem SCE-Beteiligungsgesetz vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1911, 1917) mit Ausnahme der §§ 47 und 48 und nach den §§ 34 bis 39 nur insoweit, als über die Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer in das Aufsichts- oder Verwaltungsorgan sowie deren Abberufung zu entscheiden ist;
- 3g. Angelegenheiten aus dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3332) mit Ausnahme der §§ 34 und 35 und nach den §§ 23 bis 28 nur insoweit, als über die Wahl von Vertretern der Arbeitnehmer in das Aufsichts- oder Verwaltungsorgan sowie deren Abberufung mit Ausnahme der Abberufung nach § 103 Abs. 3 des Aktiengesetzes zu entscheiden ist;
4. die Entscheidung über die Tariffähigkeit und die Tariffzuständigkeit einer Vereinigung,
5. die Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes, einer Rechtsverordnung nach § 7 oder § 7a des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und einer Rechtsverordnung nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes;
6. die Entscheidung über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag.

(2) In Streitigkeiten nach diesen Vorschriften findet das Beschlußverfahren statt.³

01.06.2008.—Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842) hat Nr. 8 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 8 lautete:

„8. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen sozialen Jahres und Helfern nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Trägern des freiwilligen ökologischen Jahres und Teilnehmern nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres;“.

03.05.2011.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687) hat Abs. 1 Nr. 8a eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 19 Abs. 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Nr. 10 „§ 138“ durch „§ 221“ ersetzt.

3 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

§ 3 Zuständigkeit in sonstigen Fällen

Die in den §§ 2 und 2a begründete Zuständigkeit besteht auch in den Fällen, in denen der Rechtsstreit durch einen Rechtsnachfolger oder durch eine Person geführt wird, die kraft Gesetzes an Stelle des sachlich Berechtigten oder Verpflichteten hierzu befugt ist.⁴

ÄNDERUNGEN

01.01.1986.—Artikel 10 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355) hat in Abs. 1 Nr. 2 „ , dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz“ nach „Mitbestimmungsgesetz“ eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 4 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312) hat Nr. 2 und 3 in Abs. 1 in Nr. 3 und 4 unnummeriert und Abs. 1 Nr. 2 eingefügt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat in der Überschrift „Sachliche“ am Anfang gestrichen.

01.08.1996.—Artikel 8 lit. b des Gesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1088) hat Abs. 1 Nr. 3a eingefügt.

01.11.1996.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1548, ber. S. 2022) hat Abs. 1 Nr. 3b eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Nr. 3a „§ 54c“ durch „den §§ 24, 25 und 54c“ ersetzt.

01.07.2001.—Artikel 23 Nr. 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat Nr. 3a in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 3a lautet:

„3a. Angelegenheiten aus den §§ 24, 25 und 54c des Schwerbehindertengesetzes;“.

15.08.2002.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3140) hat Abs. 1 Nr. 3c eingefügt.

01.07.2004.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) hat in Abs. 1 Nr. 3 „Betriebsverfassungsgesetz 1952“ durch „Drittelbeteiligungsgesetz“ ersetzt.

29.12.2004.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675) hat Abs. 1 Nr. 3d eingefügt.

01.04.2005.—Artikel 4 Abs. 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) hat in Abs. 1 Nr. 3c „§ 18a“ durch „§ 51“ ersetzt.

18.08.2006.—Artikel 8 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1911) hat in Abs. 1 Nr. 3d „Leitungsorgan“ durch „Verwaltungsorgan“ ersetzt.

Artikel 8 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 Nr. 3 eingefügt.

29.12.2006.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3332) hat Abs. 1 Nr. 3f eingefügt.

03.05.2011.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687) hat Nr. 3d bis 3f in Abs. 1 in Nr. 3e bis 3g unnummeriert und Abs. 1 Nr. 3d eingefügt.

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat in Abs. 1 Nr. 4 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 5 eingefügt.

10.07.2015.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1130) hat in Abs. 1 Nr. 5 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 6 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 19 Abs. 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 1 Nr. 3a „§§ 94, 95, 139“ durch „§§ 177, 178 und 222“ ersetzt.

4 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 3 Erweiterte Zuständigkeit

(1) Bei den Arbeitsgerichten können auch nicht unter § 2 fallende Klagen gegen Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder Tarifvertragsparteien oder tariffähige Parteien sowie von solchen gegen Dritte erhoben werden, wenn der Anspruch mit einer bei einem Arbeitsgericht anhängigen oder gleichzeitig anhängig werdenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeit der im § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang steht und für seine Geltendmachung nicht eine ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts gegeben ist; die im § 2 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 ausgenommenen Streitigkeiten können auch im Zusammenhang mit anderen Streitigkeiten nicht vor die Arbeitsgerichte gebracht werden.

§ 4 Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit

In den Fällen des § 2 Abs. 1 und 2 kann die Arbeitsgerichtsbarkeit nach Maßgabe der §§ 101 bis 110 ausgeschlossen werden.⁵

§ 5 Begriff des Arbeitnehmers

(1) Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte sowie die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten. Als Arbeitnehmer gelten auch die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten (§ 1 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 – Bundesgesetzbl. I S. 191 –) sowie sonstige Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind. Als Arbeitnehmer gelten nicht in Betrieben einer juristischen Person oder einer Personengesamtheit Personen, die kraft Gesetzes, Satzung oder Gesellschaftsvertrags allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans zur Vertretung der juristischen Person oder der Personengesamtheit berufen sind.

(2) Beamte sind als solche keine Arbeitnehmer.

(3) Handelsvertreter gelten nur dann als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie zu dem Personenkreis gehören, für den nach § 92a des Handelsgesetzbuchs die untere Grenze der vertraglichen Leistungen des Unternehmers festgesetzt werden kann, und wenn sie während der letzten sechs Monate des Vertragsverhältnisses, bei kürzerer Vertragsdauer während dieser, im Durchschnitt monatlich nicht mehr als 1 000 Euro auf Grund des Vertragsverhältnisses an Vergütung einschließlich Provision und Ersatz für im regelmäßigen Geschäftsbetrieb entstandene Aufwendungen bezogen haben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz können im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die in Satz 1 bestimmte Vergütungsgrenze durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den jeweiligen Lohn- und Preisverhältnissen anpassen.⁶

§ 6 Besetzung der Gerichte für Arbeitssachen

(1) Die Gerichte für Arbeitssachen sind mit Berufsrichtern und mit ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber besetzt.

(2) Auf Grund einer Vereinbarung können auch bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen juristischen Personen des Privatrechts und Personen, die kraft Gesetzes allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans der juristischen Person zu deren Vertretung berufen sind, vor die Arbeitsgerichte gebracht werden.“

5 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat „Nr. 1 bis 3“ durch „und 2“ ersetzt.

6 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 3 eingefügt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 1 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 3 Satz 2 „Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister für“ durch „Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Bundesministerium der“ und „Bundesminister für Wirtschaft“ durch „Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 20 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat in Abs. 3 Satz 1 „2 000 Deutsche Mark“ durch „1 000 Euro“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 1 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 3 Satz 2 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt und „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ nach „können“ gestrichen.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 1 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 3 Satz 2 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt und „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie“ nach „können“ eingefügt.

08.09.2015.—Artikel 170 Nr. 1 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 3 Satz 2 „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt und „Technologie“ durch „Energie“ ersetzt.

(2) (weggefallen)⁷

§ 6a Allgemeine Vorschriften über das Präsidium und die Geschäftsverteilung

Für die Gerichte für Arbeitssachen gelten die Vorschriften des Zweiten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entsprechend:

1. Bei einem Arbeitsgericht mit weniger als drei Richterplanstellen werden die Aufgaben des Präsidiums durch den Vorsitzenden oder, wenn zwei Vorsitzende bestellt sind, im Einvernehmen der Vorsitzenden wahrgenommen. Einigen sich die Vorsitzenden nicht, so entscheidet das Präsidium des Landesarbeitsgerichts oder, soweit ein solches nicht besteht, der Präsident dieses Gerichts.
2. Bei einem Landesarbeitsgericht mit weniger als drei Richterplanstellen werden die Aufgaben des Präsidiums durch den Präsidenten, soweit ein zweiter Vorsitzender vorhanden ist, im Benehmen mit diesem wahrgenommen.
3. Der aufsichtführende Richter bestimmt, welche richterlichen Aufgaben er wahrnimmt.
4. Jeder ehrenamtliche Richter kann mehreren Spruchkörpern angehören.
5. Den Vorsitz in den Kammern der Arbeitsgerichte führen die Berufsrichter.⁸

§ 7 Geschäftsstelle, Aufbringung der Mittel

(1) Bei jedem Gericht für Arbeitssachen wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die mit der erforderlichen Zahl von Urkundsbeamten besetzt wird. Die Einrichtung der Geschäftsstelle bestimmt bei dem Bundesarbeitsgericht der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Einrichtung der Geschäftsstelle bestimmt bei den Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten die zuständige oberste Landesbehörde.

(2) Die Kosten der Arbeitsgerichte und der Landesarbeitsgerichte trägt das Land, das sie errichtet. Die Kosten des Bundesarbeitsgerichts trägt der Bund.⁹

7 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Beisitzer führen bei den Arbeitsgerichten die Amtsbezeichnung Arbeitsrichter, bei den Landesarbeitsgerichten die Amtsbezeichnung Landesarbeitsrichter, bei dem Bundesarbeitsgericht die Amtsbezeichnung Bundesarbeitsrichter.“

Artikel VII Nr. 3 lit. a desselben Gesetzes hat in Abs. 1 „Beisitzern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

8 QUELLE

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 2 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift eingefügt.

9 ÄNDERUNGEN

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 1 Satz 2 „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Bei jedem Gericht für Arbeitssachen wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die mit der erforderlichen Zahl von Urkundsbeamten besetzt wird. Die Einrichtung der Geschäftsstelle bestimmt bei den Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Benehmen mit der Landesjustizverwaltung, bei dem Bundesarbeitsgericht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Benehmen mit dem Bundesminister der Justiz.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 4 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 4 lautete: „Ist zuständige oberste Landesbehörde die oberste Arbeitsbehörde, so handelt sie im Benehmen mit der Landesjustizverwaltung; ist zuständige oberste Landesbehörde die Landesjustizverwaltung, so handelt sie im Benehmen mit der obersten Arbeitsbehörde des Landes.“

§ 8 Gang des Verfahrens

(1) Im ersten Rechtszug sind die Arbeitsgerichte zuständig, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte findet die Berufung an die Landesarbeitsgerichte nach Maßgabe des § 64 Abs. 1 statt.

(3) Gegen die Urteile der Landesarbeitsgerichte findet die Revision an das Bundesarbeitsgericht nach Maßgabe des § 72 Abs. 1 statt.

(4) Gegen die Beschlüsse der Arbeitsgerichte und ihrer Vorsitzenden im Beschlußverfahren findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht nach Maßgabe des § 87 statt.

(5) Gegen die Beschlüsse der Landesarbeitsgerichte im Beschlußverfahren findet die Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht nach Maßgabe des § 92 statt.¹⁰

§ 9 Allgemeine Verfahrensvorschriften und Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

(1) Das Verfahren ist in allen Rechtszügen zu beschleunigen.

(2) Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über Zustellungs- und Vollstreckungsbeamte, über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung, über die Gerichtssprache, über die Wahrnehmung richterlicher Geschäfte durch Referendare und über Beratung und Abstimmung gelten in allen Rechtszügen entsprechend. Die Vorschriften des Siebzehnten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes sind mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass an die Stelle des Oberlandesgerichts das Landesarbeitsgericht, an die Stelle des Bundesgerichtshofs das Bundesarbeitsgericht und an die Stelle der Zivilprozessordnung das Arbeitsgerichtsgesetz tritt.

(3) Die Vorschriften über die Wahrnehmung der Geschäfte bei den ordentlichen Gerichten durch Rechtspfleger gelten in allen Rechtszügen entsprechend. Als Rechtspfleger können nur Beamte bestellt werden, die die Rechtspflegerprüfung oder die Prüfung für den gehobenen Dienst bei der Arbeitsgerichtsbarkeit bestanden haben.

(4) Zeugen und Sachverständige erhalten eine Entschädigung oder Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

(5) Alle mit einem befristeten Rechtsmittel anfechtbaren Entscheidungen enthalten die Belehrung über das Rechtsmittel. Soweit ein Rechtsmittel nicht gegeben ist, ist eine entsprechende Belehrung zu erteilen. Die Frist für ein Rechtsmittel beginnt nur, wenn die Partei oder der Beteiligte über das Rechtsmittel und das Gericht, bei dem das Rechtsmittel einzulegen ist, die Anschrift des Gerichts und die einzuhaltende Frist und Form schriftlich belehrt worden ist. Ist die Belehrung unterblieben

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. a der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 1 Satz 2 „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. b derselben Verordnung hat in Abs. 1 Satz 2 „dem Bundesminister“ durch „dem Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 1 Satz 2 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 1 Satz 2 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 170 Nr. 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 1 Satz 2 „und für Verbraucherschutz“ am Ende eingefügt.

10 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat in Abs. 1 „und 5, Abs. 2 und 3“ durch „bis 6“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 aufgehoben und Abs. 2 bis 6 in Abs. 1 bis 5 unnummeriert. Abs. 1 lautete:

„(1) In den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und nach § 3 findet das Urteilsverfahren, in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 6“ das Beschlußverfahren statt.“

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat in Abs. 1 „ , soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist“ am Ende eingefügt.

oder unrichtig erteilt, so ist die Einlegung des Rechtsmittels nur innerhalb eines Jahres seit Zustellung der Entscheidung zulässig, außer wenn die Einlegung vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich war oder eine Belehrung dahin erfolgt ist, daß ein Rechtsmittel nicht gegeben sei; § 234 Abs. 1, 2 und § 236 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung gelten für den Fall höherer Gewalt entsprechend.¹¹

§ 10 Parteifähigkeit

Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände; in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 1 bis 3f sind auch die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschussgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Drittelbeteiligungsgesetz, dem § 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, dem § 51 des Berufsbildungsgesetzes und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen sowie die nach dem Gesetz über Europäische Betriebsräte, dem SE-Beteiligungsgesetz, dem SCE-Beteiligungsgesetz und dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligten Personen und Stellen Beteiligte. Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 4 auch die beteiligten Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie die oberste Arbeitsbehörde des Bundes oder derjenigen Länder, auf deren Bereich sich die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt. Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind in den Fällen des § 2a Absatz 1 Nummer 5 auch die oberste Arbeitsbehörde des Bundes oder die oberste Arbeitsbehörde eines Landes, soweit ihr nach § 5 Absatz 6 des Tarifvertragsgesetzes Rechte übertragen sind.¹²

11 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 „ , über die Wahrnehmung richterlicher Geschäfte durch Referendare“ nach „Gerichtssprache“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 8 lit. b bis e desselben Gesetzes hat Abs. 3 bis 5 neu gefasst. Abs. 3 bis 5 lauteten:

„(3) Die Gebührenordnungen für Zeugen und Sachverständige und für Gerichtsvollzieher finden Anwendung. Die Gerichtsvollzieher dürfen Gebührenvorschüsse nicht erheben.

(4) Auf den zur Zustellung an die Parteien bestimmten Ausfertigungen der Urteile und der das Verfahren beendenden Beschlüsse im Beschlußverfahren ist zu vermerken, ob gegen die Entscheidung ein Rechtsmittel zulässig und bei welchem Gericht, in welcher Form und binnen welcher Frist es einzulegen ist.

(5) Die Frist für ein Rechtsmittel beginnt nur zu laufen, wenn die Partei nach Absatz 4 belehrt worden ist. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Tage der Zustellung der Entscheidung an gerechnet, kann das Rechtsmittel nicht mehr eingelegt werden.“

01.01.1997.—Artikel 3 Abs. 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1546) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über Gerichtsferien sind nicht anzuwenden.“

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 24 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat in Abs. 4 „werden nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen entschädigt“ durch „erhalten eine Entschädigung oder Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz“ ersetzt.

03.12.2011.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) hat in der Überschrift „und Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren“ am Ende eingefügt.

Artikel 6 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

12 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 3 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat „Nr. 4, Abs. 2 und 3“ durch „Nr. 4 und 5“ und „Nr. 5“ durch „Nr. 6“ ersetzt.

01.07.1976.—§ 35 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153) hat „und den dazu“ durch „ , dem Mitbestimmungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und den zu diesen Gesetzen“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Satz 1 „§ 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5“ durch „§ 2a Abs. 1 Nr. 1 und 2“ und „§ 2 Abs. 1 Nr. 6“ durch „§ 2a Abs. 1 Nr. 3“ ersetzt.

01.01.1986.—Artikel 10 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355) hat „dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz,“ nach „Mitbestimmungsgesetz,“ eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 4 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312) hat die Vorschrift geändert. Die Vorschrift lautete:

„Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände; in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 1 und 2 sind auch die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen beteiligten Personen und Stellen Beteiligte, in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 3 auch die beteiligten Vereinigungen von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern sowie die oberste Arbeitsbehörde des Bundes oder derjenigen Länder, auf deren Bereich sich die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt.“

01.08.1996.—Artikel 8 lit. c des Gesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1088) hat „bis 3“ durch „bis 3a“ ersetzt und „ , dem § 54c des Schwerbehindertengesetzes“ nach „1952“ eingefügt.

01.11.1996.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1548, ber. S. 2022) hat „bis 3a“ durch „bis 3b“ ersetzt und „sowie dem Gesetz über Europäische Betriebsräte“ nach „Rechtsverordnungen“ eingefügt.

01.07.2001.—Artikel 23 Nr. 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat „§ 54c des Schwerbehindertengesetzes“ durch „§ 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

15.08.2002.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3140) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände; in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 1 bis 3b sind auch die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschußgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, dem § 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen sowie dem Gesetz über Europäische Betriebsräte beteiligten Personen und Stellen Beteiligte, in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 4 auch die beteiligten Vereinigungen von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern sowie die oberste Arbeitsbehörde des Bundes oder derjenigen Länder, auf deren Bereich sich die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt.“

01.07.2004.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) hat „Betriebsverfassungsgesetz 1952“ durch „Drittelbeteiligungsgesetz“ ersetzt.

29.12.2004.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Parteifähig im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände; in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 1 bis 3c sind auch die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschussgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Drittelbeteiligungsgesetz, dem § 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, dem § 18a des Berufsbildungsgesetzes und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen sowie dem Gesetz über europäische Betriebsräte beteiligten Personen und Stellen Beteiligte, in den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 4 auch die beteiligten Vereinigungen von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern sowie die oberste Arbeitsbehörde des Bundes oder derjenigen Länder, auf deren Bereich sich die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt.“

01.04.2005.—Artikel 4 Abs. 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) hat in Satz 1 „§ 18a“ durch „§ 51“ ersetzt.

18.08.2006.—Artikel 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1911) hat in Satz 1 „bis 3d“ durch „bis 3e“ und „und dem SE-Beteiligungsgesetz“ durch „ , dem SE-Beteiligungsgesetz und dem SCE-Beteiligungsgesetz“ ersetzt.

29.12.2006.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3332) hat in Satz 1 „bis 3e“ durch „bis 3f“ und „und dem SCE-Beteiligungsgesetz“ durch „ , dem SCE-Beteiligungsgesetz und dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung“ ersetzt.

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat Satz 3 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 19 Abs. 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Satz 1 „§ 139“ durch „§ 222“ ersetzt.

§ 11 Prozessvertretung

(1) Die Parteien können vor dem Arbeitsgericht den Rechtsstreit selbst führen. Parteien, die eine fremde oder ihnen zum Zweck der Einziehung auf fremde Rechnung abgetretene Geldforderung geltend machen, müssen sich durch einen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen, soweit sie nicht nach Maßgabe des Absatzes 2 zur Vertretung des Gläubigers befugt wären oder eine Forderung einziehen, deren ursprünglicher Gläubiger sie sind.

(2) Die Parteien können sich durch einen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten vertreten lassen. Darüber hinaus sind als Bevollmächtigte vor dem Arbeitsgericht vertretungsbefugt nur

1. Beschäftigte der Partei oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens (§ 15 des Aktiengesetzes); Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich auch durch Beschäftigte anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen,
2. volljährige Familienangehörige (§ 15 der Abgabenordnung, § 11 des Lebenspartnerschaftsgesetzes), Personen mit Befähigung zum Richteramt und Streitgenossen, wenn die Vertretung nicht im Zusammenhang mit einer entgeltlichen Tätigkeit steht,
3. selbständige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung für ihre Mitglieder,
4. Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder,
5. juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in Nummer 4 bezeichneten Organisationen stehen, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchführt, und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet.

Bevollmächtigte, die keine natürlichen Personen sind, handeln durch ihre Organe und mit der Prozessvertretung beauftragten Vertreter.

(3) Das Gericht weist Bevollmächtigte, die nicht nach Maßgabe des Absatzes 2 vertretungsbefugt sind, durch unanfechtbaren Beschluss zurück. Prozesshandlungen eines nicht vertretungsbefugten Bevollmächtigten und Zustellungen oder Mitteilungen an diesen Bevollmächtigten sind bis zu seiner Zurückweisung wirksam. Das Gericht kann den in Absatz 2 Satz 2 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Bevollmächtigten durch unanfechtbaren Beschluss die weitere Vertretung untersagen, wenn sie nicht in der Lage sind, das Sach- und Streitverhältnis sachgerecht darzustellen.

(4) Vor dem Bundesarbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht müssen sich die Parteien, außer im Verfahren vor einem beauftragten oder ersuchten Richter und bei Prozesshandlungen, die vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vorgenommen werden können, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Als Bevollmächtigte sind außer Rechtsanwälten nur die in Absatz 2 Satz 2 Nr. 4 und 5 bezeichneten Organisationen zugelassen. Diese müssen in Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht durch Personen mit Befähigung zum Richteramt handeln. Eine Partei, die nach Maßgabe des Satzes 2 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten; Satz 3 bleibt unberührt.

(5) Richter dürfen nicht als Bevollmächtigte vor dem Gericht auftreten, dem sie angehören. Ehrenamtliche Richter dürfen, außer in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 1, nicht vor einem Spruchkörper auftreten, dem sie angehören. Absatz 3 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(6) In der Verhandlung können die Parteien mit Beiständen erscheinen. Beistand kann sein, wer in Verfahren, in denen die Parteien den Rechtsstreit selbst führen können, als Bevollmächtigter zur Vertretung in der Verhandlung befugt ist. Das Gericht kann andere Personen als Beistand zulassen, wenn dies sachdienlich ist und hierfür nach den Umständen des Einzelfalls ein Bedürfnis besteht.

Absatz 3 Satz 1 und 3 und Absatz 5 gelten entsprechend. Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als von der Partei vorgebracht, soweit es nicht von dieser sofort widerrufen oder berichtigt wird.¹³

13 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 10 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 geändert. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Parteien können von den Arbeitsgerichten den Rechtsstreit selbst führen oder sich vertreten lassen durch Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Zusammenschlüssen solcher Verbände, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind und für den Zusammenschluß, den Verband oder deren Mitglieder auftreten und nicht neben dieser Vertretung die Tätigkeit als Rechtsanwalt ausüben oder, ohne Rechtsanwalt zu sein, das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig gegen Entgelt betreiben; das gleiche gilt für die Prozeßvertretung durch Vertreter von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung. Vor den Arbeitsgerichten sind als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände Rechtsanwälte nur zugelassen, wenn die Wahrung der Rechte der Parteien dies notwendig erscheinen läßt. Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsgerichts. Wird die Zulassung abgelehnt, so kann die Partei die Entscheidung der Kammer des Arbeitsgerichts beantragen; diese entscheidet endgültig. Beträgt der Streitwert mindestens dreihundert Deutsche Mark, so sind Rechtsanwälte zur Prozeßvertretung zugelassen.“

Artikel 1 Nr. 10 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 2 „Satz 1“ durch „Satz 2 und 3“ ersetzt.

27.08.1980.—Artikel 2 Abs. 7 des Gesetzes vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1503) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) § 157 Abs. 1 und 2 der Zivilprozeßordnung gilt entsprechend. Dies gilt nicht für die in Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 2 Satz 2 genannten Personen.“

08.09.1998.—Artikel 13 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat Abs. 1 Satz 4 und 5 eingefügt.

Artikel 13 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

Artikel 13 Nr. 1 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 2 „Absatz 1 Satz 2 und 3“ durch „Absatz 1 Satz 2 bis 5“ und „Absatz 2 Satz 2“ durch „Absatz 2 Satz 2 und 3“ ersetzt.

18.08.2006.—Artikel 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897) hat Abs. 1 Satz 6 eingefügt.

Artikel 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 2 „bis 5“ durch „bis 6“ ersetzt.

12.12.2006.—Artikel 8 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2742) hat Satz 6 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 6 lautete: „Zulässig ist auch eine Vertretung durch Vertreter der in § 23 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bezeichneten Verbände bei der Geltendmachung eines Rechts wegen eines Verstoßes gegen das Benachteiligungsverbot nach § 7 Abs. 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind.“

Artikel 8 Abs. 3 Nr. 2 desselben Gesetzes hat in Abs. 3 Satz 2 „bis 6“ durch „bis 5“ ersetzt.

01.06.2007.—Artikel 7 Abs. 9 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) hat in Abs. 2 Satz 1 „; zur Vertretung berechtigt ist jeder bei einem deutschen Gericht zugelassene Rechtsanwalt“ am Ende gestrichen.

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 11 Prozeßvertretung

(1) Die Parteien können vor den Arbeitsgerichten den Rechtsstreit selbst führen oder sich vertreten lassen. Eine Vertretung durch Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Zusammenschlüssen solcher Verbände ist zulässig, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind und der Zusammenschluß, der Verband oder deren Mitglieder Partei sind. Das gleiche gilt für die Prozeßvertretung durch Vertreter von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung. Satz 2 gilt entsprechend für Bevollmächtigte, die als Angestellte juristischer Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in Satz 2 genannten Organisationen stehen, handeln, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozeßvertretung der Mitglieder der Organisation entsprechend deren Satzung durchführt und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet. Mitglieder der in Satz 2 genannten Organisationen können sich durch einen Vertreter eines anderen

§ 11a Beiordnung eines Rechtsanwalts, Prozeßkostenhilfe

(1) Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Prozesskostenhilfe und über die grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe innerhalb der Europäischen Union nach der Richtlinie 2003/8/EG gelten in Verfahren vor den Gerichten in Arbeitssachen entsprechend.

(2) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Formulare für die Erklärung der Partei über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 117 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung) einzuführen.¹⁴

Verbandes oder Zusammenschlusses mit vergleichbarer Ausrichtung vertreten lassen; Satz 4 gilt entsprechend.

(2) Vor den Landesarbeitsgerichten und vor dem Bundesarbeitsgericht müssen die Parteien sich durch Rechtsanwälte als Prozeßbevollmächtigte vertreten lassen. An ihre Stelle können vor den Landesarbeitsgerichten Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Zusammenschlüssen solcher Verbände treten, wenn sie kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind und der Zusammenschluß, der Verband oder deren Mitglieder Partei sind. Absatz 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.

(3) Mit Ausnahme der Rechtsanwälte sind Personen, die die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Bevollmächtigte und Beistände in der mündlichen Verhandlung ausgeschlossen; § 157 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Zivilprozeßordnung ist entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für die in Absatz 1 Satz 2 bis 5, Absatz 2 Satz 2 und 3 genannten Personen.“

14 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 1 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Abs. 3 eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 2 in Abs. 3 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Das Gesetz betreffend die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen gilt sinngemäß.“

01.01.1981.—Artikel 4 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677) hat in der Überschrift „ , Prozeßkostenhilfe“ am Ende eingefügt.

Artikel 4 Nr. 11 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Dem beigeordneten Rechtsanwalt werden die Gebühren und Auslagen ersetzt.“

Artikel 4 Nr. 11 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 4 eingefügt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. c der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 4 „Der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 4 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

21.12.2004.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3392) hat Abs. 2a eingefügt.

Artikel 4 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Prozeßkostenhilfe gelten in Verfahren vor den Gerichten in Arbeitssachen entsprechend.“

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 4 „Vordrucke“ durch „Formulare“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 4 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

01.01.2014.—Artikel 7 des Gesetzes vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533) hat Abs. 1, 2 und 2a aufgehoben und Abs. 3 und 4 in Abs. 1 und 2 unnummeriert. Abs. 1, 2 und 2a lauteten:

„(1) Einer Partei, die außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, und die nicht durch ein Mitglied oder einen Angestellten einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung von Arbeitgebern vertreten werden kann, hat der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf ihren Antrag einen Rechtsanwalt beizuordnen, wenn die Gegenpartei durch einen Rechtsanwalt vertreten ist. Die Partei ist auf ihr Antragsrecht hinzuweisen.

(2) Die Beiordnung kann unterbleiben, wenn sie aus besonderen Gründen nicht erforderlich ist, oder wenn die Rechtsverfolgung offensichtlich mutwillig ist.

§ 12 Kosten

Das Justizverwaltungskostengesetz und das Justizbeitreibungsgesetz gelten entsprechend, soweit sie nicht unmittelbar Anwendung finden. Bei Einziehung der Gerichts- und Verwaltungskosten leisten die Vollstreckungsbehörden der Justizverwaltung oder die sonst nach Landesrecht zuständigen Stellen den Gerichten für Arbeitssachen Amtshilfe, soweit sie diese Aufgaben nicht als eigene wahrnehmen. Vollstreckungsbehörde ist für die Ansprüche, die beim Bundesarbeitsgericht entstehen, die Justizbeitreibungsstelle des Bundesarbeitsgerichts.¹⁵

(2a) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für die grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe innerhalb der Europäischen Union nach der Richtlinie 2003/8/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen (ABl. EG Nr. L 26 S. 41, ABl. EU Nr. L 32 S. 15).“

15 ÄNDERUNGEN

01.10.1957.—Artikel X § 12 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Abs. 1 Satz 3 eingefügt.

Artikel X § 12 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 2 bis 6 in Abs. 3 bis 7 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

19.01.1972.—§ 124 Nr. 4 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat Abs. 6 neu gefasst. Abs. 6 lautete:

„(5) In den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5, Abs. 2 und 3 sowie des § 103 Abs. 3, des § 108 Abs. 3 und des § 109 werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben.“

15.09.1975.—Artikel 4 § 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 12 Gebühren und Auslagen

(1) Im Verfahren des ersten Rechtszugs wird eine einmalige Gebühr nach dem Wert des Streitgegenstandes erhoben. Sie beträgt bei einem Streitwert bis zu zwanzig Deutsche Mark einschließlich eine Deutsche Mark, von mehr als zwanzig Deutsche Mark bis zu sechzig Deutsche Mark einschließlich zwei Deutsche Mark, von mehr als sechzig Deutsche Mark bis zu einhundert Deutsche Mark einschließlich drei Deutsche Mark

und von da ab für jede angefangenen hundert Deutsche Mark je drei Deutsche Mark bis zu höchstens fünfhundert Deutsche Mark. Die in Satz 2 bestimmten Gebühren gelten auch als volle Gebühr im Sinne des § 10 Abs. 2 des Gerichtskostengesetzes; der Mindestbetrag einer Gebühr ist eine Deutsche Mark.

(2) In den höheren Rechtszügen richten sich die Gebühren nach der Tabelle zu § 10 Abs. 2 des Gerichtskostengesetzes; die Beträge der Tabelle vermindern sich jedoch um zwei Zehntel; der Mindestbetrag einer Gebühr ist zwei Deutsche Mark.

(3) Wird ein Rechtsstreit im ersten oder in einem höheren Rechtszug durch einen vor dem Gericht abgeschlossenen oder dem Gericht mitgeteilten Vergleich beendet, so werden in diesem Rechtszug keine Gebühren erhoben, auch wenn eine streitige Verhandlung vorausgegangen war. Wird der Rechtsstreit durch Versäumnisurteil oder auf Grund eines Anerkenntnisses oder eine Zurücknahme der Klage beendet und hat keine streitige Verhandlung stattgefunden, so wird in diesem Rechtszug nur die Hälfte der sonst fälligen Gebühren erhoben; bei Beendigung des Rechtsstreits im ersten Rechtszug auf Grund eines Anerkenntnisses oder einer Zurücknahme der Klage ohne streitige Verhandlung werden keine Gebühren erhoben.

(4) Gebühren und Auslagen werden erst fällig, wenn das Verfahren in dem Rechtszug beendet oder das Ruhen des Verfahrens angeordnet ist. Kostenvorschüsse werden nicht erhoben; dies gilt auch für die Zwangsvollstreckung. Schreibgebühren kommen für Abschriften und Ausfertigungen, deren eine Partei zur sachgemäßen Rechtsverfolgung bedarf, nicht in Ansatz.

(5) In den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 6, des § 103 Abs. 3, des § 108 Abs. 3 und des § 109 werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben.

(6) Im übrigen gelten die Vorschriften des Gerichtskostengesetzes und der Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14. Februar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 357) entsprechend. Bei der Einziehung der Gerichts- und Verwaltungskosten leisten die Vollstreckungsbehörden der Justizverwal-

zung den Gerichten für Arbeitssachen Amtshilfe, soweit nicht die oberste Landesbehörde eine andere Regelung trifft.

(7) Für die Wertberechnung bei Klagen, die das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses zum Gegenstand haben, ist höchstens der Betrag des für die Dauer eines Vierteljahres zu leistenden Arbeitsentgelts maßgebend.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 12 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 „(§ 8 Abs. 1)“ durch „(§ 2 Abs. 5)“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 12 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 4 durch die Sätze 2 bis 4 ersetzt. Satz 2 lautete: „Kostenvorschüsse werden nicht erhoben; dies gilt auch für die Zwangsvollstreckung.“

Artikel 1 Nr. 12 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 5 „§ 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 6“ durch „§ 2a Abs. 1“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 12 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 5a eingefügt.

Artikel 1 Nr. 12 lit. e desselben Gesetzes hat in Abs. 7 Satz 3 „§ 22“ durch „§ 24“ ersetzt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 4 Satz 5 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 6 neu gefasst. Abs. 6 lautete:

„(6) Die Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung gilt entsprechend. Bei Einziehung der Gerichts- und Verwaltungskosten leisten die Vollstreckungsbehörden der Justizverwaltung oder die sonst nach Landesrecht zuständigen Stellen den Gerichten für Arbeitssachen Amtshilfe.“

01.07.1994.—Artikel 8 Abs. 8 Nr. 1 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325) hat in Abs. 2 Satz 1 „fünfhundert Deutsche Mark“ durch „tausend Deutsche Mark“ und in Abs. 2 Satz 3 „drei Deutsche Mark“ durch „zwanzig Deutsche Mark“ ersetzt.

Artikel 8 Abs. 8 Nr. 1 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 4 eingefügt.

Artikel 8 Abs. 8 Nr. 2 desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 4 und 5 jeweils „Satz 1“ nach „§ 49“ gestrichen.

01.07.2001.—Artikel 23 Nr. 4 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat Abs. 5b eingefügt.

15.12.2001.—Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3422) hat in Abs. 6 Satz 1 „Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung“ durch „Justizverwaltungskostenordnung“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 20 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat in Abs. 2 Satz 1 „tausend Deutsche Mark“ durch „500 Euro“ ersetzt.

Artikel 20 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 3 „zwanzig Deutsche Mark“ durch „zehn Euro“ ersetzt.

01.08.2002.—Artikel 27 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850) hat Abs. 5b aufgehoben. Abs. 5b lautete:

„(5b) Kosten für vom Gericht herangezogene Gebärdensprachdolmetscher für hörbehinderte Menschen werden nicht erhoben.“

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 24 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat Abs. 1 bis 5a und 7 aufgehoben. Abs. 1 bis 5a und 7 lauteten:

„(1) Im Urteilsverfahren (§ 2 Abs. 5) werden Gebühren nach dem Verzeichnis der Anlage 1 zu diesem Gesetz erhoben.

(2) Im Verfahren vor dem Arbeitsgericht wird eine einmalige Gebühr bis zu höchstens 500 Euro erhoben. Die einmalige Gebühr bestimmt sich nach der Tabelle der Anlage 2 zu diesem Gesetz. Der Mindestbetrag einer Gebühr ist zehn Euro. Absatz 2 der Vorbemerkung zu Teil 9 des Kostenverzeichnisses der Anlage 1 zum Gerichtskostengesetz ist im Verfahren vor dem Arbeitsgericht nicht anzuwenden.

(3) Im Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht und dem Bundesarbeitsgericht vermindern sich die Gebühren der Tabelle, die dem Gerichtskostengesetz als Anlage 2 beigelegt ist, um zwei Zehntel. Im übrigen betragen die Gebühr für das Verfahren und die Gebühr für das Urteil im Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht das Eineinhalbfache und im Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht das Doppelte der Gebühr.

(4) Kosten werden erst fällig, wenn das Verfahren in dem jeweiligen Rechtszug beendet ist, sechs Monate geruht hat oder sechs Monate von den Parteien nicht betrieben worden ist. Kostenvorschüsse werden nicht erhoben; dies gilt für die Zwangsvollstreckung auch dann, wenn das Amtsgericht Vollstreckungsgericht ist. Die Gerichtsvollzieher dürfen Gebührenvorschüsse nicht erheben. Soweit ein Kostenschuldner nach § 54 Nr. 1 oder 2 des Gerichtskostengesetzes haftet, ist § 49 des Gerichtskosten-

§ 12a Kostentragungspflicht

(1) In Urteilsverfahren des ersten Rechtszugs besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozeßbevollmächtigten oder Beistands. Vor Abschluß der Vereinbarung über die Vertretung ist auf den Ausschluß der Kostenerstattung nach Satz 1 hinzuweisen. Satz 1 gilt nicht für Kosten, die dem Beklagten dadurch entstanden sind, daß der Kläger ein Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanz- oder Sozialgerichtsbarkeit angerufen und dieses den Rechtsstreit an das Arbeitsgericht verwiesen hat.

(2) Werden im Urteilsverfahren des zweiten und dritten Rechtszugs die Kosten nach § 92 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung verhältnismäßig geteilt und ist die eine Partei durch einen Rechtsanwalt, die andere Partei durch einen Verbandsvertreter nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 und 5 vertreten, so ist diese Partei hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten so zu stellen, als wenn sie durch einen Rechtsanwalt vertreten worden wäre. Ansprüche auf Erstattung stehen ihr jedoch nur insoweit zu, als ihr Kosten im Einzelfall tatsächlich erwachsen sind.¹⁶

§ 13 Rechtshilfe

(1) Die Arbeitsgerichte leisten den Gerichten für Arbeitssachen Rechtshilfe. Ist die Amtshandlung außerhalb des Sitzes eines Arbeitsgerichts vorzunehmen, so leistet das Amtsgericht Rechtshilfe.

(2) Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über Rechtshilfe und des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz über verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen finden entsprechende Anwendung.¹⁷

gesetzes nicht anzuwenden. § 49 des Gerichtskostengesetzes ist ferner nicht anzuwenden, solange der Kostenschuldner nach § 54 Nr. 1 oder 2 des Gerichtskostengesetzes bei einer Zurückverweisung des Rechtsstreits an die Vorinstanz nicht feststeht und der Rechtsstreit noch anhängig ist; § 49 Satz 1 des Gerichtskostengesetzes ist jedoch anzuwenden, wenn das Verfahren nach Zurückverweisung 6 Monate geruht hat oder 6 Monate von den Parteien nicht betrieben worden ist.

(5) In Verfahren nach § 2a Abs. 1, § 103 Abs. 3, § 108 Abs. 3 und § 109 werden Kosten nicht erhoben.

(5a) Kosten für vom Gericht herangezogene Dolmetscher und Übersetzer werden nicht erhoben, wenn ein Ausländer Partei und die Gegenseitigkeit verbürgt oder ein Staatenloser Partei ist.

(7) Für die Wertberechnung bei Rechtsstreitigkeiten über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ist höchstens der Betrag des für die Dauer eines Vierteljahrs zu leistenden Arbeitsentgelts maßgebend; eine Abfindung wird nicht hinzugerechnet. Bei Rechtsstreitigkeiten über wiederkehrende Leistungen ist der Wert des dreijährigen Bezugs und bei Rechtsstreitigkeiten über Eingruppierungen der Wert des dreijährigen Unterschiedsbetrags zur begehrten Vergütung maßgebend, sofern nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist; bis zur Klageerhebung entstandene Rückstände werden nicht hinzugerechnet. § 24 Satz 1 des Gerichtskostengesetzes findet keine Anwendung.“

01.08.2013.—Artikel 18 Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Satz 1 „Die Justizverwaltungs-kostenordnung“ durch „Das Justizverwaltungs-kostengesetz“ ersetzt.

01.07.2017.—Artikel 15 Abs. 5 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591) hat in Satz 1 „die Justizbeitreibungsordnung“ durch „das Justizbeitreibungs-gesetz“ ersetzt.

16 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.1998.—Artikel 13 Nr. 3 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat in Abs. 2 Satz 1 „Satz 2“ durch „Satz 2, 4 und 5“ ersetzt.

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 Satz 1 „Satz 2, 4 und 5“ durch „Satz 2 Nr. 4 und 5“ ersetzt.

01.08.2013.—Artikel 18 Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) hat in Abs. 2 Satz 1 „und dritten“ nach „zweiten“ eingefügt.

17 ÄNDERUNGEN

§ 13a Internationale Verfahren

Die Vorschriften des Buches 11 der Zivilprozessordnung über die justizielle Zusammenarbeit in der Europäischen Union finden in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitsachen Anwendung, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.¹⁸

Zweiter Teil Aufbau der Gerichte für Arbeitsachen

Erster Abschnitt Arbeitsgerichte

§ 14 Errichtung und Organisation

(1) In den Ländern werden Arbeitsgerichte errichtet.

(2) Durch Gesetz werden angeordnet

1. die Errichtung und Aufhebung eines Arbeitsgerichts;
2. die Verlegung eines Gerichtssitzes;
3. Änderungen in der Abgrenzung der Gerichtsbezirke;
4. die Zuweisung einzelner Sachgebiete an ein Arbeitsgericht für die Bezirke mehrerer Arbeitsgerichte;
5. die Errichtung von Kammern des Arbeitsgerichts an anderen Orten;
6. der Übergang anhängiger Verfahren auf ein anderes Gericht bei Maßnahmen nach den Nummern 1, 3 und 4, wenn sich die Zuständigkeit nicht nach den bisher geltenden Vorschriften richten soll.

(3) Mehrere Länder können die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsgerichts oder gemeinsamer Kammern eines Arbeitsgerichts oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken über die Landesgrenzen hinaus, auch für einzelne Sachgebiete, vereinbaren.

(4) Die zuständige oberste Landesbehörde kann anordnen, daß außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts Gerichtstage abgehalten werden. Die Landesregierung kann ferner durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Gerichtstage außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts abgehalten werden. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 2 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen.

(5) Bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen nach Absatz 2 Nr. 1 bis 5 und Absatz 3 sind die Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben im Landesgebiet wesentliche Bedeutung haben, zu hören.¹⁹

01.06.1998.—Artikel 14 des Gesetzes vom 18. Juni 1997 (BGBl. I S. 1430) hat in Abs. 2 „und des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz über verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen“ nach „Rechtshilfe“ eingefügt.

18 QUELLE

21.10.2005.—Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. August 2005 (BGBl. I S. 2477) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat „ , soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt“ am Ende eingefügt.

19 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 14 Errichtung

(1) Die Arbeitsgerichte werden durch die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben im Landesgebiet wesentliche Bedeutung haben, errichtet.

§ 15 Verwaltung und Dienstaufsicht

(1) Die Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht führt die zuständige oberste Landesbehörde. Vor Erlass allgemeiner Anordnungen, die die Verwaltung und Dienstaufsicht betreffen, soweit sie nicht rein technischer Art sind, sind die in § 14 Abs. 5 genannten Verbände zu hören.

(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts oder dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts oder, wenn mehrere Vorsitzende vorhanden sind, einem von ihnen übertragen. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen.²⁰

(2) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes kann im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung anordnen, daß außerhalb des Sitzes eines Arbeitsgerichts Zweigstellen errichtet oder Gerichtstage abgehalten werden.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes kann im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung anordnen, daß außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts Gerichtstage abgehalten werden. Die Landesregierung kann ferner durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Gerichtstage außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts abgehalten werden. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 2 durch Rechtsverordnung auf die oberste Arbeitsbehörde des Landes übertragen. Die oberste Arbeitsbehörde bedarf zum Erlass der Rechtsverordnung des Einvernehmens mit der Landesjustizverwaltung.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 4 geändert. Abs. 4 lautete:

„(4) Die zuständige oberste Landesbehörde kann anordnen, daß außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts Gerichtstage abgehalten werden. Ist zuständige oberste Landesbehörde die oberste Arbeitsbehörde, so handelt sie im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung; ist zuständige oberste Landesbehörde die Landesjustizverwaltung, so handelt sie im Einvernehmen mit der obersten Arbeitsbehörde des Landes. Die Landesregierung kann ferner durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Gerichtstage außerhalb des Sitzes des Arbeitsgerichts abgehalten werden. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 3 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen. Ist zuständige oberste Landesbehörde die oberste Arbeitsbehörde, so bedarf sie zum Erlass der Rechtsverordnung des Einvernehmens mit der Landesjustizverwaltung; ist zuständige oberste Landesbehörde die Landesjustizverwaltung, so bedarf sie des Einvernehmens mit der obersten Arbeitsbehörde des Landes.“

20 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 Satz 2 „Abs. 1“ durch „Abs. 5“ ersetzt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht führt die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung. Vor Erlass allgemeiner Anordnungen, die die Verwaltung und Dienstaufsicht betreffen, soweit sie nicht rein technischer Art sind, sind die in § 14 Abs. 5 genannten Verbände zu hören.

(2) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes kann im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts oder dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts oder, wenn mehrere Vorsitzende vorhanden sind, einem von ihnen übertragen.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.“

Artikel 1 Nr. 4 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „zuständige oberste Landesbehörde kann“ durch „Landesregierung kann durch Rechtsverordnung“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 4 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.“

§ 16 Zusammensetzung

(1) Das Arbeitsgericht besteht aus der erforderlichen Zahl von Vorsitzenden und ehrenamtlichen Richtern. Die ehrenamtlichen Richter werden je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entnommen.

(2) Jede Kammer des Arbeitsgerichts wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und je einem ehrenamtlichen Richter aus Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber tätig.²¹

§ 17 Bildung von Kammern

(1) Die zuständige oberste Landesbehörde bestimmt die Zahl der Kammern nach Anhörung der in § 14 Abs. 5 genannten Verbände.

(2) Soweit ein Bedürfnis besteht, kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung für die Streitigkeiten bestimmter Berufe und Gewerbe und bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern Fachkammern bilden. Die Zuständigkeit einer Fachkammer kann durch Rechtsverordnung auf die Bezirke anderer Arbeitsgerichte oder Teile von ihnen erstreckt werden, sofern die Erstreckung für eine sachdienliche Förderung oder schnellere Erledigung der Verfahren zweckmäßig ist. Die Rechtsverordnungen auf Grund der Sätze 1 und 2 treffen Regelungen zum Übergang anhängiger Verfahren auf ein anderes Gericht, sofern die Regelungen zur sachdienlichen Erledigung der Verfahren zweckmäßig sind und sich die Zuständigkeit nicht nach den bisher geltenden Vorschriften richten soll. § 14 Abs. 5 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Absatz 2 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen.²²

21 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 5 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat in Abs. 2 Satz 2 „Nr. 5“ durch „Nr. 6“ ersetzt.

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2 jeweils „Arbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ und in Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 16 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 2 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen und in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 6 wird die Kammer in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und je zwei ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber tätig.“

22 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 17 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 „Abs. 1“ durch „Abs. 5“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 17 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 und 3 neu gefasst. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Soweit ein Bedürfnis besteht, können Fachkammern für die Streitigkeiten bestimmter Berufe und Gewerbe und bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern gebildet werden. Über die Bildung entscheidet die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der in § 14 Abs. 1 genannten Verbände.“

(3) Die Zuständigkeit einer Fachkammer kann durch die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der in § 14 Abs. 1 genannten Verbände auf die Bezirke anderer Arbeitsgerichte oder Teile von ihnen erstreckt werden.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes bestimmt im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung die Zahl der Kammern nach Anhörung der in § 14 Abs. 5 genannten Verbände.“

Artikel 1 Nr. 6 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Absatz 2 durch Rechtsverordnung auf die oberste Arbeitsbehörde des Landes übertragen. Die oberste Arbeitsbehörde des Landes bedarf zum Erlaß der Rechtsverordnung des Einvernehmens mit der Landesjustizverwaltung.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 5 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.“

§ 18 Ernennung der Vorsitzenden

(1) Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der zuständigen obersten Landesbehörde nach Beratung mit einem Ausschuß entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften bestellt.

(2) Der Ausschuß ist von der zuständigen obersten Landesbehörde zu errichten. Ihm müssen in gleichem Verhältnis Vertreter der in § 14 Abs. 5 genannten Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie der Arbeitsgerichtsbarkeit angehören.

(3) Einem Vorsitzenden kann zugleich ein weiteres Richteramt bei einem anderen Arbeitsgericht übertragen werden.

(4) (weggefallen)

(5) (weggefallen)

(6) (weggefallen)

(7) Bei den Arbeitsgerichten können Richter auf Probe und Richter kraft Auftrags verwendet werden.²³

§ 19 Ständige Vertretung

(1) Ist ein Arbeitsgericht nur mit einem Vorsitzenden besetzt, so beauftragt das Präsidium des Landesarbeitsgerichts einen Richter seines Bezirks mit der ständigen Vertretung des Vorsitzenden.

Artikel 1 Nr. 5 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 3 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 5 gilt entsprechend.“

23 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 88 Nr. 1 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Abs. 3 bis 6 aufgehoben. Abs. 3 bis 6 lauteten:

„(3) Die Vorsitzenden müssen besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Arbeitslebens besitzen. Zum Vorsitzenden kann nur ernannt werden, wer die Fähigkeit zum Richteramt im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes besitzt oder wer sich durch längere, mindestens fünfjährige Tätigkeit in der Beratung arbeitsrechtlicher Angelegenheiten und in der Vertretung vor Arbeitsgerichten umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Arbeitsrecht erworben hat.

(4) Die Vorsitzenden werden mindestens für ein Jahr ernannt. Nach dreijähriger Amtsdauer können sie nur als auf Lebenszeit ernannte Richter weiterverwendet werden. Für die Ernennung auf Lebenszeit gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Vorsitzende, die sich bewährt haben, sollen auf Lebenszeit weiterverwendet werden.

(5) Die Vorsitzenden sind vor ihrem Dienstantritt durch die oberste Arbeitsbehörde des Landes auf die Erfüllung der Obliegenheiten ihres Amtes eidlich zu verpflichten, falls sie nicht bereits als Richter vereidigt sind.

(6) Die von der Gesetzgebung festgesetzten Altersgrenzen, bei deren Erreichung Richter in den Ruhestand treten, gelten auch für die Vorsitzenden der Arbeitsgerichte.“

§ 88 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 7 neu gefasst. Abs. 7 lautete:

(7) Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Bestellung von Hilfsrichtern sind entsprechend anwendbar. Die Bestellung soll jedoch den Zeitraum von drei Monaten nicht überschreiten.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat Abs. 3 eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 Satz 2 „Abs. 1“ durch „Abs. 5“ ersetzt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der obersten Arbeitsbehörde des Landes im Benehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Beratung mit einem Ausschuß entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften bestellt.“

Artikel 1 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „obersten Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständigen obersten Landesbehörde“ ersetzt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 2 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 7 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

(2) Wird an einem Arbeitsgericht die vorübergehende Vertretung durch einen Richter eines anderen Gerichts nötig, so beauftragt das Präsidium des Landesarbeitsgerichts einen Richter seines Bezirks längstens für zwei Monate mit der Vertretung. In Eilfällen kann an Stelle des Präsidiums der Präsident des Landesarbeitsgerichts einen zeitweiligen Vertreter bestellen. Die Gründe für die getroffene Anordnung sind schriftlich niederzulegen.²⁴

§ 20 Berufung der ehrenamtlichen Richter

(1) Die ehrenamtlichen Richter werden von der zuständigen obersten Landesbehörde oder von der von der Landesregierung durch Rechtsverordnung beauftragten Stelle auf die Dauer von fünf Jahren berufen. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen.

(2) Die ehrenamtlichen Richter sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die der zuständigen Stelle von den im Land bestehenden Gewerkschaften, selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie von den in § 22 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Körperschaften oder deren Arbeitgebervereinigungen eingereicht werden.²⁵

24 AUFHEBUNG

01.07.1962.—§ 88 Nr. 3 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 19 Rechtliche Stellung des Vorsitzenden

(1) Die Vorsitzenden sind Richter mit den Rechten und Pflichten der Richter der ordentlichen Gerichte. Soweit sie auf Zeit ernannt sind, haben sie diese Rechten und Pflichten für die Dauer ihres Amtes. Im übrigen gelten die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über das Richteramt entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

(2) Werden auf Lebenszeit ernannte Beamte des Bundes oder eines Landes zu Vorsitzenden auf Zeit (§ 18 Abs. 4) ernannt, so ruhen während der Dauer dieses Amtes ihre Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit. Nach Ablauf der Amtszeit als Vorsitzende sind sie in eine ihrer früheren dienstlichen Stellung gleichwertige Stellung zu übernehmen. Die Amtszeit als Vorsitzender wird als Dienstzeit in Bund oder Land angerechnet.“

QUELLE

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift eingefügt.

25 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 2 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die der obersten Arbeitsbehörde des Landes von den im Gerichtsbezirk bestehenden Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie von den in § 22 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Körperschaften eingereicht werden.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 6 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3686) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Arbeitsrichter sind vor ihrer Dienstleistung durch den Vorsitzenden auf die Erfüllung der Obliegenheiten ihres Amtes eidlich zu verpflichten. Über die Verpflichtung ist eine Niederschrift aufzunehmen.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat in Abs. 1 Satz 1 und 2 jeweils „obersten Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständigen obersten Landesbehörde“ ersetzt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 7 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die ehrenamtlichen Richter werden von der zuständigen obersten Landesbehörde auf die Dauer von vier Jahren berufen. Sie sind in angemessenem Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der

§ 21 Voraussetzungen für die Berufung als ehrenamtlicher Richter

(1) Als ehrenamtlicher Richter sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu berufen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirk des Arbeitsgerichts tätig sind oder wohnen.

(2) Vom Amt des ehrenamtlichen Richters ist ausgeschlossen,

1. wer infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt worden ist;
2. wer wegen einer Tat angeklagt ist, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;
3. wer das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag nicht besitzt.

Personen, die in Vermögensverfall geraten sind, sollen nicht als ehrenamtliche Richter berufen werden.

(3) Beamte und Angestellte eines Gerichts für Arbeitssachen dürfen nicht als ehrenamtliche Richter berufen werden.

(4) Das Amt des ehrenamtlichen Richters, der zum ehrenamtlichen Richter in einem höheren Rechtszug berufen wird, endet mit Beginn der Amtszeit im höheren Rechtszug. Niemand darf gleichzeitig ehrenamtlicher Richter der Arbeitnehmerseite und der Arbeitgeberseite sein oder als ehrenamtlicher Richter bei mehr als einem Gericht für Arbeitssachen berufen werden.

(5) Wird das Fehlen einer Voraussetzung für die Berufung nachträglich bekannt oder fällt eine Voraussetzung nachträglich fort, so ist der ehrenamtliche Richter auf Antrag der zuständigen Stelle (§ 20) oder auf eigenen Antrag von seinem Amt zu entbinden. Über den Antrag entscheidet die vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer des Landesarbeitsgerichts. Vor der Entscheidung ist der ehrenamtliche Richter zu hören. Die Entscheidung ist unanfechtbar. Die nach Satz 2 zuständige Kammer kann anordnen, daß der ehrenamtliche Richter bis zu der Entscheidung über die Entbindung vom Amt nicht heranzuziehen ist.

(6) Verliert der ehrenamtliche Richter seine Eigenschaft als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber wegen Erreichens der Altersgrenze, findet Absatz 5 mit der Maßgabe Anwendung, daß die Entbindung vom Amt nur auf Antrag des ehrenamtlichen Richters zulässig ist.²⁶

Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die der zuständigen obersten Landesbehörde von den im Gerichtsbezirk bestehenden Gewerkschaften, selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie von den in § 22 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Körperschaften oder deren Arbeitgebervereinigungen eingereicht werden.“

Artikel 1 Nr. 7 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

26 ÄNDERUNGEN

01.04.1970.—Artikel 44 Nr. 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Das Amt eines Arbeitsrichters können nur Personen bekleiden, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag sind, denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht aberkannt ist, gegen die kein Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, zur Folge haben kann, und die nicht infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“, in Abs. 2 „Arbeitsrichters“ durch „ehrenamtlichen Richters“, in Abs. 2 und 5 Satz 1 und 3 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 19 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Es sollen nur Personen berufen werden, die im Bezirk des Arbeitsgerichts seit mindestens einem Jahr als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber tätig sind.“

§ 22 Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitgeber

(1) Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitgeber kann auch sein, wer vorübergehend oder regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres keine Arbeitnehmer beschäftigt.

(2) Zu ehrenamtlichen Richtern aus Kreisen der Arbeitgeber können auch berufen werden

1. bei Betrieben einer juristischen Person oder einer Personengesamtheit Personen, die kraft Gesetzes, Satzung oder Gesellschaftsvertrag allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans zur Vertretung der juristischen Person oder der Personengesamtheit berufen sind;
2. Geschäftsführer, Betriebsleiter oder Personalleiter, soweit sie zur Einstellung von Arbeitnehmern in den Betrieb berechtigt sind, oder Personen, denen Prokura oder Generalvollmacht erteilt ist;
3. bei dem Bund, den Ländern, den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und anderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts Beamte und Angestellte nach näherer Anordnung der zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde;
4. Mitglieder und Angestellte von Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Vorstandsmitglieder und Angestellte von Zusammenschlüssen solcher Vereinigungen, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind.²⁷

Artikel 1 Nr. 19 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 4 und 5 durch Abs. 4 bis 6 ersetzt. Abs. 4 und 5 lauten:

„(4) Niemand darf zugleich ehrenamtlicher Richter der Arbeitnehmerseite und der Arbeitgeberseite sein.

(5) Wird das Fehlen einer Voraussetzung für die Berufung nachträglich bekannt oder fällt eine Voraussetzung nachträglich fort, so ist der ehrenamtliche Richter seines Amtes zu entheben. Über die Enthebung entscheidet die Erste Kammer des Landesarbeitsgerichts auf Antrag der obersten Arbeitsbehörde des Landes. Vor der Entscheidung ist der ehrenamtliche Richter zu hören. Die Entscheidung ist endgültig.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 9 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat in Abs. 5 Satz 1 „obersten Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständigen obersten Landesbehörde“ ersetzt.

01.01.1999.—Artikel 25 lit. a des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911) hat Nr. 3 in Abs. 2 aufgehoben und Nr. 4 in Nr. 3 unnummeriert. Nr. 3 lautete:

„3. wer durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist;“.

Artikel 25 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 8 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 5 Satz 1 „obersten Landesbehörde“ durch „Stelle (§ 20)“ ersetzt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Als ehrenamtlicher Richter sind Personen zu berufen, die das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Es sind nur Personen zu berufen, die im Bezirk des Arbeitsgerichts als Arbeitnehmer oder Arbeitgeber tätig sind.“

27 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 3 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Abs. 2 und 3 durch Abs. 2 ersetzt. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Für die Berufung zum Arbeitsrichter gelten als Arbeitgeber auch

1. bei Betrieben einer juristischen Person oder einer Personengesamtheit Personen, die kraft Gesetzes, Satzung oder Gesellschaftsvertrags allein oder als Mitglieder des Vertretungsorgans zur Vertretung der juristischen Person oder der Personengesamtheit berufen sind;
2. bei dem Bunde, den Ländern, den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes nichtrichterliche Beamte und Angestellte nach näherer Anordnung der zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde.

(3) Den Arbeitgebern stehen für die Berufung zum Arbeitsrichter Mitglieder und Angestellte von Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Vorstandsmitglieder und Angestellte von Zusammenschlüssen solcher Vereinigungen gleich, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind.“

§ 23 Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitnehmer

(1) Ehrenamtlicher Richter aus Kreisen der Arbeitnehmer kann auch sein, wer arbeitslos ist.

(2) Den Arbeitnehmern stehen für die Berufung als ehrenamtliche Richter Mitglieder und Angestellte von Gewerkschaften, von selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung sowie Vorstandsmitglieder und Angestellte von Zusammenschlüssen von Gewerkschaften gleich, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind. Gleiches gilt für Bevollmächtigte, die als Angestellte juristischer Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in Satz 1 genannten Organisationen stehen, handeln und wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozeßvertretung der Mitglieder der Organisation entsprechend deren Satzung durchführt.²⁸

§ 24 Ablehnung und Niederlegung des ehrenamtlichen Richteramts

(1) Das Amt des ehrenamtlichen Richters kann ablehnen oder niederlegen,

1. wer die Regelaltersgrenze nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch erreicht hat;
2. wer aus gesundheitlichen Gründen daran gehindert ist, das Amt ordnungsgemäß auszuüben;
3. wer durch ehrenamtliche Tätigkeit für die Allgemeinheit so in Anspruch genommen ist, daß ihm die Übernahme des Amtes nicht zugemutet werden kann;
4. wer in den zehn der Berufung vorhergehenden Jahren als ehrenamtlicher Richter bei einem Gericht für Arbeitssachen tätig gewesen ist;
5. wer glaubhaft macht, daß ihm wichtige Gründe, insbesondere die Fürsorge für seine Familie, die Ausübung des Amtes in besonderem Maß erschweren.

(2) Über die Berechtigung zur Ablehnung oder Niederlegung entscheidet die zuständige Stelle (§ 20). Die Entscheidung ist endgültig.²⁹

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 1 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „Ehrenamtlicher Richter“ und in Abs. 2 „Arbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Nr. 2 in Abs. 2 neu gefasst. Nr. 2 lautete:

„2. Geschäftsführer und Betriebsleiter, soweit sie selbständig zur Einstellung von Arbeitnehmern in den Betrieb berechtigt sind oder soweit ihnen Prokura oder Generalvollmacht erteilt ist;“

28 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 4 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Den Arbeitnehmern stehen für die Berufung als Arbeitsrichter Mitglieder und Angestellte von Gewerkschaften sowie Vorstandsmitglieder und Angestellte von Zusammenschlüssen von Gewerkschaften gleich, wenn diese Personen kraft Satzung oder Vollmacht zur Vertretung befugt sind.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 1 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „Ehrenamtlicher Richter“, in Abs. 2 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

08.09.1998.—Artikel 13 Nr. 2 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

29 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Nr. 4 „Beisitzer“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 „Arbeitsrichters“ durch „ehrenamtlichen Richters“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 3 lit. c desselben Gesetzes hat in der Überschrift „Arbeitsrichteramtes“ durch „ehrenamtlichen Richteramtes“ ersetzt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat in Abs. 2 Satz 1 „oberste Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständige oberste Landesbehörde“ ersetzt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 9 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Nr. 4 „acht“ durch „zehn“ ersetzt.

§ 25³⁰

§ 26 Schutz der ehrenamtlichen Richter

(1) Niemand darf in der Übernahme oder Ausübung des Amtes als ehrenamtlicher Richter beschränkt oder wegen der Übernahme oder Ausübung des Amtes benachteiligt werden.

(2) Wer einen anderen in der Übernahme oder Ausübung seines Amtes als ehrenamtlicher Richter beschränkt oder wegen der Übernahme oder Ausübung des Amtes benachteiligt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.³¹

Artikel 1 Nr. 9 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „oberste Landesbehörde im Benehmen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts“ durch „Stelle (§ 20)“ ersetzt.

01.05.2002.—Artikel 32 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467) hat Nr. 2 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 2 lautete:

„2. wer durch Krankheit oder Gebrechen behindert ist, das Amt ordnungsgemäß auszuüben;“.

01.01.2008.—Artikel 8 des Gesetzes vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554) hat Nr. 1 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. wer das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hat;“.

30 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die nähere Regelung trifft der Bundesminister für Arbeit durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz nach Anhörung der Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben des Bundesgebiets wesentliche Bedeutung haben.“

01.10.1957.—Artikel X § 12 Nr. 3 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Arbeitsrichter erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen aus der Wahrnehmung ihres Amtes erwachsenden Verdienstausfall und Aufwand sowie Ersatz der Fahrtkosten. Die nähere Regelung trifft der Bundesminister für Arbeit durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz nach Anhörung der Gewerkschaften, der selbständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben des Bundesgebietes wesentliche Bedeutung haben. Die Rechtsverordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates.“

Artikel X § 12 Nr. 4 desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Entschädigung und die erstattungsfähigen Fahrtkosten setzt der Vorsitzende des Arbeitsgerichts im Einzelfalle endgültig fest.“

AUFHEBUNG

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 6 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 25 Stellung der Arbeitsrichter

(1) Das Amt des Arbeitsrichters ist ein Ehrenamt.

(2) Die Arbeitsrichter erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten.“

31 ÄNDERUNGEN

01.04.1970.—Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) hat in Abs. 2 „Gefängnis“ durch „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und in Abs. 1 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 112 Nr. 1 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Wer den Vorschriften des Absatzes 1 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe, in schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft, wenn nicht nach anderen Gesetzen eine schwerere Strafe verwirkt ist.“

§ 27 Amtsenthebung der ehrenamtlichen Richter

Ein ehrenamtlicher Richter ist auf Antrag der zuständigen Stelle (§ 20) seines Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflicht grob verletzt. § 21 Abs. 5 Satz 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden.³²

§ 28 Ordnungsgeld gegen ehrenamtliche Richter

Die vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Kammer des Landesarbeitsgerichts kann auf Antrag des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts gegen einen ehrenamtlichen Richter, der sich der Erfüllung seiner Pflichten entzieht, insbesondere ohne genügende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig zu den Sitzungen erscheint, ein Ordnungsgeld festsetzen. Vor dem Antrag hat der Vorsitzende des Arbeitsgerichts den ehrenamtlichen Richter zu hören. Die Entscheidung ist endgültig.³³

§ 29 Ausschuß der ehrenamtlichen Richter

(1) Bei jedem Arbeitsgericht mit mehr als einer Kammer wird ein Ausschuß der ehrenamtlichen Richter gebildet. Er besteht aus mindestens je drei ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in gleicher Zahl, die von den ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in getrennter Wahl gewählt werden. Der Ausschuß tagt unter der Leitung des aufsichtführenden oder, wenn ein solcher nicht vorhanden oder verhindert ist, des dienstältesten Vorsitzenden des Arbeitsgerichts.

(2) Der Ausschuß ist vor der Bildung von Kammern, vor der Geschäftsverteilung, vor der Verteilung der ehrenamtlichen Richter auf die Kammern und vor der Aufstellung der Listen über die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter zu den Sitzungen mündlich oder schriftlich zu hören. Er kann den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts und den die Verwaltung und Dienstaufsicht führenden Stellen (§ 15) Wünsche der ehrenamtlichen Richter übermitteln.³⁴

32 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und in Satz 1 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 21 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Ein ehrenamtlicher Richter ist seines Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflicht grob verletzt. § 21 Abs. 5 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 11 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat in Satz 1 „obersten Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständigen obersten Landesbehörde“ ersetzt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Satz 1 „oberste Landesbehörde“ durch „Stelle (§ 20)“ ersetzt.

33 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtliche Richter“ und in den Sätzen 1 und 2 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 112 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in der Überschrift „Ordnungsstrafen“ durch „Ordnungsgeld“ ersetzt.

Artikel 112 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 1 „eine Ordnungsstrafe in Geld verhängen“ durch „ein Ordnungsgeld festsetzen“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Satz 1 „Erste“ durch „vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte“ ersetzt.

34 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“, in Abs. 1 Satz 2 jeweils „Arbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

§ 30 Besetzung der Fachkammern

Die ehrenamtlichen Richter einer Fachkammer sollen aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entnommen werden, für die die Fachkammer gebildet ist. Werden für Streitigkeiten der in § 22 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Angestellten Fachkammern gebildet, so dürfen ihnen diese Angestellten nicht als ehrenamtliche Richter aus Kreisen der Arbeitgeber angehören. Wird die Zuständigkeit einer Fachkammer gemäß § 17 Abs. 2 erstreckt, so sollen die ehrenamtlichen Richter dieser Kammer aus den Bezirken derjenigen Arbeitsgerichte berufen werden, für deren Bezirke die Fachkammer zuständig ist.³⁵

§ 31 Heranziehung der ehrenamtlichen Richter

(1) Die ehrenamtlichen Richter sollen zu den Sitzungen nach der Reihenfolge einer Liste herangezogen werden, die der Vorsitzende vor Beginn des Geschäftsjahrs oder vor Beginn der Amtszeit neu berufener ehrenamtlicher Richter gemäß § 29 Abs. 2 aufstellt.

(2) Für die Heranziehung von Vertretern bei unvorhergesehener Verhinderung kann eine Hilfsliste von ehrenamtlichen Richtern aufgestellt werden, die am Gerichtssitz oder in der Nähe wohnen oder ihren Dienstsitz haben.³⁶

§ 32

Zweiter Abschnitt

35 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 6 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Die Arbeitsrichter einer Fachkammer sollen aus den Kreisen der Berufe, Gewerbe oder Gruppen entnommen werden, für die die Fachkammer gebildet ist. Wird die Zuständigkeit einer Fachkammer gemäß § 17 Abs. 3 erstreckt, so sollen die Arbeitsrichter dieser Kammer aus den Arbeitsrichtern derjenigen Arbeitsgerichte entnommen werden, für deren Bezirk die Kammer zuständig ist.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 7 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 30 Geschäftsverteilung, Besetzung der Kammern und Fachkammern

(1) Vor Beginn des Geschäftsjahrs werden die Geschäfte auf die einzelnen Kammern verteilt sowie die Vorsitzenden und die Arbeitsrichter den einzelnen Kammern zugeteilt.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen trifft das Präsidium. Das Präsidium besteht aus dem aufsichtführenden Vorsitzenden sowie den beiden dienstältesten, bei gleichem Dienstalder der Geburt nach ältesten Vorsitzenden; es entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(3) Bei den mit weniger als drei Vorsitzenden besetzten Arbeitsgerichten werden die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen durch den Vorsitzenden oder, wenn zwei Vorsitzende bestellt sind, im Einvernehmen der Vorsitzenden getroffen. Einigen sich die Vorsitzenden nicht, so entscheidet das Präsidium des Landesarbeitsgerichts oder, soweit ein solches nicht besteht, der Präsident des Landesarbeitsgerichts.

(4) Im übrigen gelten die §§ 63 bis 67 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.

(5) Die Arbeitsrichter einer Fachkammer sollen aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entnommen werden, für die die Fachkammer gebildet ist. Werden für Streitigkeiten der in § 22 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Angestellten Fachkammern gebildet, so dürfen ihnen diese Angestellten nicht als Arbeitsrichter aus Kreisen der Arbeitgeber angehören. Wird die Zuständigkeit einer Fachkammer gemäß § 17 Abs. 3 erstreckt, so sollen die Arbeitsrichter dieser Kammer aus den Bezirken derjenigen Arbeitsgerichte berufen werden, für deren Bezirke die Fachkammer zuständig ist.“

36 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ sowie in der Vorschrift „Die Arbeitsrichter“ durch „Die ehrenamtlichen Richter“ und „berufener Arbeitsrichter“ durch „berufener ehrenamtlicher Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 23 lit. b des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 2 eingefügt.

Landesarbeitsgerichte

§ 33 Errichtung und Organisation

In den Ländern werden Landesarbeitsgerichte errichtet. § 14 Abs. 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden.³⁷

§ 34 Verwaltung und Dienstaufsicht

(1) Die Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht führt die zuständige oberste Landesbehörde. § 15 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts übertragen. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf die zuständige oberste Landesbehörde übertragen.³⁸

§ 35 Zusammensetzung, Bildung von Kammern

(1) Das Landesarbeitsgericht besteht aus dem Präsidenten, der erforderlichen Zahl von weiteren Vorsitzenden und von ehrenamtlichen Richtern. Die ehrenamtlichen Richter werden je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entnommen.

(2) Jede Kammer des Landesarbeitsgerichts wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und je einem ehrenamtlichen Richter aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber tätig.

(3) Die zuständige oberste Landesbehörde bestimmt die Zahl der Kammern. § 17 gilt entsprechend.³⁹

37 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 24 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 33 Errichtung

Die Landesarbeitsgerichte werden durch die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der in § 14 Abs. 1 genannten Verbände errichtet.“

38 ÄNDERUNGEN

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Die Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht führt die oberste Arbeitsbehörde des Landes im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung. § 15 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes kann im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts übertragen.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 2 und § 15 Abs. 1 Satz 3 gelten entsprechend.“

Artikel 1 Nr. 11 lit. b litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „zuständige oberste Landesbehörde kann“ durch „Landesregierung kann durch Rechtsverordnung“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 11 lit. b litt. bb desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „§ 14 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 1 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 1 Satz 2 „Satz 3“ durch „Satz 2“ ersetzt.

39 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. d des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 1 „Landesarbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ und in Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 jeweils „Landesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 2 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 16 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die oberste Arbeitsbehörde des Landes bestimmt die Zahl der Kammern im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung. § 17 gilt entsprechend.“

§ 36 Vorsitzende

Der Präsident und die weiteren Vorsitzenden werden auf Vorschlag der zuständigen obersten Landesbehörde nach Anhörung der in § 14 Abs. 5 genannten Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern als Richter auf Lebenszeit entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften bestellt.⁴⁰

§ 37 Ehrenamtliche Richter

(1) Die ehrenamtlichen Richter müssen das dreißigste Lebensjahr vollendet haben und sollen mindestens fünf Jahre ehrenamtliche Richter eines Gerichts für Arbeits­sachen gewesen sein.

(2) Im übrigen gelten für die Berufung und Stellung der ehrenamtlichen Richter sowie für die Amtsenthebung und die Amtsentbindung die §§ 20 bis 28 entsprechend.⁴¹

§ 38 Ausschuß der ehrenamtlichen Richter

Bei jedem Landesarbeitsgericht wird ein Ausschuß der ehrenamtlichen Richter gebildet. Die Vorschriften des § 29 Abs. 1 Satz 2 und 3 und Abs. 2 gelten entsprechend.⁴²

40 ÄNDERUNGEN

01.07.1962.—§ 88 Nr. 4 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 36 Vorsitzende

(1) Der Präsident und die weiteren Vorsitzenden werden auf Vorschlag der obersten Arbeitsbehörde des Landes im Benehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der in § 14 Abs. 1 genannten Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern als Richter auf Lebenszeit entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften bestellt. Die müssen die Befähigung zum Richteramt im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes besitzen. Die Richter müssen besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Arbeitslebens besitzen. § 18 Abs. 5 und 6 und § 19 Abs. 1 Satz 1 und 3 gelten entsprechend.

(2) Zu Hilfsrichtern dürfen nur auf Lebenszeit ernannte Richter berufen werden. § 18 Abs. 7 gilt entsprechend.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 26 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat „Abs. 1“ durch „Abs. 5“ ersetzt.

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 36

Der Präsident und die weiteren Vorsitzenden werden auf Vorschlag der obersten Arbeitsbehörde des Landes im Benehmen mit der Landesjustizverwaltung nach Anhörung der in § 14 Abs. 5 genannten Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern als Richter auf Lebenszeit entsprechend den landesrechtlichen Vorschriften bestellt.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 12 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 2 aufgehoben. Satz 2 lautete: „§ 7 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

41 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 „Jahre Beisitzer“ durch „Jahre ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 3 lit. d desselben Gesetzes hat in der Überschrift „Landesarbeitsrichter“ durch „Ehrenamtliche Richter“, in Abs. 1 „Die Landesarbeitsrichter“ durch „Die ehrenamtlichen Richter“ und in Abs. 2 „Landesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 „und die Amtsentbindung“ nach „Amtsenthebung“ eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 „vier Jahre“ durch „fünf Jahre“ ersetzt.

42 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. d des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Satz 1 jeweils „Landesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

§ 39 Heranziehung der ehrenamtlichen Richter

Die ehrenamtlichen Richter sollen zu den Sitzungen nach der Reihenfolge einer Liste herangezogen werden, die der Vorsitzende vor Beginn des Geschäftsjahrs oder vor Beginn der Amtszeit neu berufener ehrenamtlicher Richter gemäß § 38 Satz 2 aufstellt. § 31 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.⁴³

Dritter Abschnitt Bundesarbeitsgericht

§ 40 Errichtung

(1) Das Bundesarbeitsgericht hat seinen Sitz in Erfurt.

(2) Die Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht führt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Geschäfte der Verwaltung und Dienstaufsicht auf den Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts übertragen.⁴⁴

43 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 8 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 39 Geschäftsverteilung, Besetzung der Kammern

(1) Vor Beginn des Geschäftsjahres werden die Geschäfte auf die einzelnen Kammern verteilt sowie die Vorsitzenden und die Landesarbeitsrichter den einzelnen Kammern zugeteilt. Die Vorsitzenden und die Landesarbeitsrichter können mehreren Kammern angehören.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen trifft das Präsidium. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten und den beiden dienstältesten, bei gleichem Dienstalder der Geburt nach ältesten Vorsitzenden; es entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(3) Bei den mit weniger als drei Vorsitzenden besetzten Landesarbeitsgerichten werden die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen durch den Präsidenten, soweit ein zweiter Vorsitzender vorhanden ist, im Benehmen mit diesem getroffen.

(4) Im übrigen gelten die §§ 63 bis 67 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend-

(5) Die Landesarbeitsrichter sollen zu den Sitzungen nach der Reihenfolge einer Liste herangezogen werden, die der Vorsitzende vor Beginn des Geschäftsjahres oder vor Beginn der Amtszeit neu berufener Landesarbeitsrichter gemäß § 38 Satz 2 aufstellt.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 28 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 2 eingefügt.

44 ÄNDERUNGEN

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

23.09.1994.—Artikel 4 des Gesetzes vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2323) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

19.03.1996.—Artikel 1 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 11. März 1996 (BGBl. I S. 454) hat in Abs. 1 Satz 1 „Kassel“ durch „Erfurt“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 2 lautete: „Die Senate des Bundesarbeitsgerichts können Sitzungen auch in Erfurt abhalten.“

Artikel 1 Nr. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 1a eingefügt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. a der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 2 Satz 1 „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. b derselben Verordnung hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „dem Bundesminister“ durch „dem Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. c derselben Verordnung hat in Abs. 2 Satz 2 „Der Bundesminister“ durch „Das Bundesministerium“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Abs. 1a aufgehoben. Abs. 1a lautete:

§ 41 Zusammensetzung, Senate

(1) Das Bundesarbeitsgericht besteht aus dem Präsidenten, der erforderlichen Zahl von Vorsitzenden Richtern, von berufsrichterlichen Beisitzern sowie ehrenamtlichen Richtern. Die ehrenamtlichen Richter werden je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber entnommen.

(2) Jeder Senat wird in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, zwei berufsrichterlichen Beisitzern und je einem ehrenamtlichen Richter aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber tätig.

(3) Die Zahl der Senate bestimmt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.⁴⁵

§ 42 Bundesrichter

(1) Für die Berufung der Bundesrichter (Präsident, Vorsitzende Richter und berufsrichterliche Beisitzer nach § 41 Abs. 1 Satz 1) gelten die Vorschriften des Richterwahlgesetzes. Zuständiges Ministerium im Sinne des § 1 Abs. 1 des Richterwahlgesetzes ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales; es entscheidet im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

(2) Die zu berufenden Personen müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben.⁴⁶

„(1a) Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, den Zeitpunkt der Verlegung des Sitzes des Bundesarbeitsgerichts von Kassel nach Erfurt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, sobald die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt vorliegen. Bis zu dem Zeitpunkt der Sitzverlegung können die Senate des Bundesarbeitsgerichts Sitzungen auch in Erfurt abhalten.“

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 170 Nr. 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 2 Satz 1 und 2 jeweils „und für Verbraucherschutz“ nach „Justiz“ eingefügt.

45 ÄNDERUNGEN

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 3 „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. e des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 1 „Bundesarbeitsrichtern als nichtberufsrichterlichen Beisitzern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 jeweils „Bundesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 9 lit. a desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzenden Richtern“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 9 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Bundesrichtern“ durch „berufsrichterlichen Beisitzern“ ersetzt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. a der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 3 „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. b derselben Verordnung hat in Abs. 3 „dem Bundesminister“ durch „dem Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 3 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 3 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 170 Nr. 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 3 „und für Verbraucherschutz“ am Ende eingefügt.

46 ÄNDERUNGEN

§ 43 Ehrenamtliche Richter

(1) Die ehrenamtlichen Richter werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Dauer von fünf Jahren berufen. Sie sind im angemessenen Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den Gewerkschaften, den selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung und Vereinigungen von Arbeitgebern, die für das Arbeitsleben des Bundesgebiets wesentliche Bedeutung haben, sowie von den in § 22 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Körperschaften eingereicht worden sind.

(2) Die ehrenamtlichen Richter müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben, besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und des Arbeitslebens besitzen und sollen mindestens fünf Jahre ehrenamtliche Richter eines Gerichts für Arbeitssachen gewesen sein. Sie sollen längere Zeit in Deutschland als Arbeitnehmer oder als Arbeitgeber tätig gewesen sein.

(3) Für die Berufung, Stellung und Heranziehung der ehrenamtlichen Richter sowie für die Amtsenthebung und die Amtsentbindung sind im übrigen die Vorschriften der §§ 21 bis 28 und des § 31 entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, daß die in § 21 Abs. 5, § 27 Satz 2 und § 28 Satz 1 bezeichneten Entscheidungen durch den vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmten Senat des Bundesarbeitsgerichts getroffen werden.⁴⁷

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 1 Satz 2 „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

01.07.1962.—§ 88 Nr. 5 des Gesetzes vom 8. September 1961 (BGBl. I S. 1665) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die zu berufenden Personen müssen zum Richteramt im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes befähigt sein, das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben und besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Arbeitslebens besitzen.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 10 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzende Richter“ ersetzt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. a der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 1 Satz 2 „der Bundesminister“ durch „das Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. b derselben Verordnung hat in Abs. 1 Satz 2 „dem Bundesminister“ durch „dem Bundesministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. d derselben Verordnung hat in Abs. 1 Satz 2 „Zuständiger Minister“ durch „Zuständiges Ministerium“ ersetzt.

Artikel 88 Nr. 2 lit. e derselben Verordnung hat in Abs. 1 Satz 2 „er“ durch „es“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 1 Satz 2 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 1 Satz 2 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

08.09.2015.—Artikel 170 Nr. 2 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) hat in Abs. 1 Satz 2 „und für Verbraucherschutz“ am Ende eingefügt.

47 ÄNDERUNGEN

04.12.1955.—Artikel I Nr. 7 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat in Abs. 1 Satz 2 „Nr. 2“ durch „Nr. 3“ ersetzt.

01.10.1957.—Artikel X § 12 Nr. 5 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Sie sind im angemessenen Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Minderheiten aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den in § 25 Abs. 2 genannten Verbänden sowie von den in § 22 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Körperschaften eingereicht worden sind.“

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 1 Satz 1 „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 Satz 1 „Jahre Beisitzer“ durch „Jahre ehrenamtliche Richter“ ersetzt.

§ 44 Anhörung der ehrenamtlichen Richter, Geschäftsordnung

(1) Bevor zu Beginn des Geschäftsjahrs die Geschäfte verteilt sowie die berufsrichterlichen Beisitzer und die ehrenamtlichen Richter den einzelnen Senaten und dem Großen Senat zugeteilt werden, sind je die beiden lebensältesten ehrenamtlichen Richter aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu hören.

(2) Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, die das Präsidium beschließt. Absatz 1 gilt entsprechend.⁴⁸

§ 45 Großer Senat

(1) Beim dem Bundesarbeitsgericht wird ein Großer Senat gebildet.

(2) Der Große Senat entscheidet, wenn ein Senat in einer Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen will.

Artikel VII Nr. 3 lit. f desselben Gesetzes hat in der Überschrift „Bundesarbeitsrichter“ durch „Ehrenamtliche Richter“, in Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 jeweils „Bundesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und in Abs. 2 Satz 1 „Die Bundesarbeitsrichter“ durch „Die ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.01.1975.—Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3686) hat in Abs. 3 „des § 20 Abs. 2,“ nach „Vorschriften“ gestrichen.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 29 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die ehrenamtlichen Richter müssen das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet haben, besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Arbeitslebens besitzen und mindestens vier Jahre ehrenamtliche Richter eines Gerichts für Arbeitsachen gewesen sein.“

Artikel 1 Nr. 29 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Für die Berufung, Stellung und Heranziehung der ehrenamtlichen Richter gelten im übrigen die Vorschriften der §§ 21 bis 28 und des § 31 entsprechend mit der Maßgabe, daß die in § 21 Abs. 5, § 27 Abs. 2 und § 28 Satz 3 und 4 bezeichneten Entscheidungen durch den Ersten Senat des Bundesarbeitsgerichts getroffen werden.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 14 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Satz 1 „vier Jahren“ durch „fünf Jahren“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 14 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „vier Jahre“ durch „fünf Jahre“ ersetzt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. f der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Abs. 1 Satz 1 „Bundesminister“ durch „Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 1 Satz 1 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 1 Satz 1 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

48 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 11 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 44 Geschäftsverteilung, Besetzung der Senate

(1) Vor Beginn des Geschäftsjahrs werden die Geschäfte auf die einzelnen Senate verteilt sowie die Bundesrichter (§ 42) und die Bundesarbeitsrichter (§ 43) den einzelnen Senaten und dem Großen Senat zugeteilt. Die Bundesrichter und die Bundesarbeitsrichter können mehreren Senaten angehören.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Anordnungen trifft das Präsidium. Vor den Anordnungen sind je die beiden der Geburt nach ältesten Bundesarbeitsrichter aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu hören. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, den Senatspräsidenten und dem dienstältesten, bei gleichem Dienstalter dem der Geburt nach ältesten Bundesrichter. Die §§ 63 bis 67 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend.

(3) Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, die das Präsidium beschließt; sie bedarf der Bestätigung durch den Bundesrat. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

05.08.2009.—Artikel 9 Abs. 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) hat in Abs. 2 Satz 1 „: sie bedarf der Bestätigung durch den Bundesrat“ am Ende gestrichen.

(3) Eine Vorlage an den Großen Senat ist nur zulässig, wenn der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, auf Anfrage des erkennenden Senats erklärt hat, daß er an seiner Rechtsauffassung festhält. Kann der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, wegen einer Änderung des Geschäftsverteilungsplanes mit der Rechtsfrage nicht mehr befaßt werden, tritt der Senat an seine Stelle, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für den Fall, in dem abweichend entschieden wurde, nunmehr zuständig wäre. Über die Anfrage und die Antwort entscheidet der jeweilige Senat durch Beschluß in der für Urteile erforderlichen Besetzung.

(4) Der erkennende Senat kann eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung dem Großen Senat zur Entscheidung vorlegen, wenn das nach seiner Auffassung zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erforderlich ist.

(5) Der Große Senat besteht aus dem Präsidenten, je einem Berufsrichter der Senate, in denen der Präsident nicht den Vorsitz führt, und je drei ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Bei einer Verhinderung des Präsidenten tritt ein Berufsrichter des Senats, dem er angehört, an seine Stelle.

(6) Die Mitglieder und die Vertreter werden durch das Präsidium für ein Geschäftsjahr bestellt. Den Vorsitz im Großen Senat führt der Präsident, bei Verhinderung das dienstälteste Mitglied. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(7) Der Große Senat entscheidet nur über die Rechtsfrage. Er kann ohne mündliche Verhandlung entscheiden. Seine Entscheidung ist in der vorliegenden Sache für den erkennenden Senat bindend.⁴⁹

Dritter Teil

Verfahren vor den Gerichten für Arbeitsachen

Erster Abschnitt

Urteilsverfahren

Erster Unterabschnitt

Erster Rechtszug

§ 46 Grundsatz

(1) Das Urteilsverfahren findet in den in § 2 Abs. 1 bis 4 bezeichneten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Anwendung.

49 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. f des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) in Abs. 1 „Bundesarbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

Artikel VII Nr. 12 desselben Gesetzes hat in Abs. 1 „Senatspräsidenten“ durch „Vorsitzenden Richter“ ersetzt.

01.01.1992.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Beim Bundesarbeitsgericht wird ein Großer Senat gebildet, der aus dem Präsidenten, dem dienstältesten Vorsitzenden Richter, vier Bundesrichtern und je zwei ehrenamtlichen Richtern aus den Kreisen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besteht.

(2) Will in einer Rechtsfrage ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen, so ist über die streitige Rechtsfrage eine Entscheidung des Großen Senats herbeizuführen. Der erkennende Senat kann in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung die Entscheidung des Großen Senats herbeiführen, wenn nach seiner Auffassung die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung es erfordern.

(3) Den Vorsitz im Großen Senat führt der Präsident, im Verhinderungsfall sein Stellvertreter. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. § 132 Abs. 5 Satz 2 und § 138 Abs. 1, 3 und 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten sinngemäß.“

(2) Für das Urteilsverfahren des ersten Rechtszugs gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das Verfahren vor den Amtsgerichten entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Vorschriften über den frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung und das schriftliche Vorverfahren (§§ 275 bis 277 der Zivilprozeßordnung), über das vereinfachte Verfahren (§ 495a der Zivilprozeßordnung), über den Urkunden- und Wechselprozeß (§§ 592 bis 605a der Zivilprozeßordnung), über die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung (§ 128 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung) und über die Verlegung von Terminen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August (§ 227 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung) finden keine Anwendung. § 127 Abs. 2 der Zivilprozessordnung findet mit der Maßgabe Anwendung, dass die sofortige Beschwerde bei Bestandsschutzstreitigkeiten unabhängig von dem Streitwert zulässig ist.⁵⁰

§ 46a Mahnverfahren

(1) Für das Mahnverfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das Mahnverfahren einschließlich der maschinellen Bearbeitung entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. § 690 Abs. 3 Satz 2 der Zivilprozessordnung ist nicht anzuwenden.

(2) Zuständig für die Durchführung des Mahnverfahrens ist das Arbeitsgericht, das für die im Urteilsverfahren erhobene Klage zuständig sein würde. Die Landesregierungen werden ermächtigt, einem Arbeitsgericht durch Rechtsverordnung Mahnverfahren für die Bezirke mehrerer Arbeitsgerichte zuzuweisen. Die Zuweisung kann auf Mahnverfahren beschränkt werden, die maschinell bearbeitet werden. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die jeweils zuständige oberste Landesbehörde übertragen. Mehrere Länder können die Zuständigkeit eines Arbeitsgerichts über die Landesgrenzen hinaus vereinbaren.

(3) Die in den Mahnbescheid nach § 692 Abs. 1 Nr. 3 der Zivilprozeßordnung aufzunehmende Frist beträgt eine Woche.

50 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 13 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 3 Satz 2 „; § 39 Abs. 3 gilt entsprechend“ am Ende gestrichen.

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Vorschriften über den Urkunden- und Wechselprozeß, über die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung und über das Schiedsurteil finden keine Anwendung.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 30 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 „Nr. 1 bis 3 und in § 3“ durch „bis 4“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 30 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Die Vorschriften über den Urkunden- und Wechselprozeß sowie über die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung finden keine Anwendung.“

Artikel 1 Nr. 30 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Vorschriften über die Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bei den ordentlichen Gerichten durch Rechtspfleger gelten entsprechend. Die danach zulässige Entlastung der Richter des einzelnen Gerichts bedarf einer Anordnung des Präsidiums des Landesarbeitsgerichts. Als Rechtspfleger können nur Beamte bestellt werden, die die Prüfung für den gehobenen Justizdienst oder für den gehobenen Dienst bei der Arbeitsgerichtsbarkeit bestanden haben.“

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat in Abs. 2 Satz 2 „über das vereinfachte Verfahren (§ 495a der Zivilprozeßordnung),“ nach „(§§ 275 bis 277 der Zivilprozeßordnung),“ eingefügt.

01.01.1997.—Artikel 3 Abs. 12 Nr. 2 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1546) hat in Abs. 2 Satz 2 „und“ nach „(§§ 592 bis 605a der Zivilprozeßordnung)“ durch ein Komma ersetzt und „und über die Verlegung von Terminen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August (§ 227 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung)“ nach „(§ 128 Abs. 2 und 3 der Zivilprozeßordnung)“ eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 2 Satz 2 „und 3“ nach „Abs. 2“ gestrichen.

Artikel 30 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

(4) Wird rechtzeitig Widerspruch erhoben und beantragt eine Partei die Durchführung der mündlichen Verhandlung, so gibt das Gericht, das den Mahnbescheid erlassen hat, den Rechtsstreit von Amts wegen an das Gericht ab, das in dem Mahnbescheid gemäß § 692 Absatz 1 Nummer 1 der Zivilprozessordnung bezeichnet worden ist. Verlangen die Parteien übereinstimmend die Abgabe an ein anderes als das im Mahnbescheid bezeichnete Gericht, erfolgt die Abgabe dorthin. Die Geschäftsstelle hat dem Antragsteller unverzüglich aufzugeben, seinen Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen. Bei Eingang der Anspruchsbegründung bestimmt der Vorsitzende den Termin zur mündlichen Verhandlung. Geht die Anspruchsbegründung nicht rechtzeitig ein, so wird bis zu ihrem Eingang der Termin nur auf Antrag des Antragsgegners bestimmt.

(5) Die Streitsache gilt als mit Zustellung des Mahnbescheids rechtshängig geworden, wenn alsbald nach Erhebung des Widerspruchs Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmt wird.

(6) Im Fall des Einspruchs hat das Gericht von Amts wegen zu prüfen, ob der Einspruch an sich statthaft und ob er in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt ist. Fehlt es an einem dieser Erfordernisse, so ist der Einspruch als unzulässig zu verwerfen. Ist der Einspruch zulässig, hat die Geschäftsstelle dem Antragsteller unverzüglich aufzugeben, seinen Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen. Nach Ablauf der Begründungsfrist bestimmt der Vorsitzende unverzüglich Termin zur mündlichen Verhandlung.

(7) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Verfahrensablauf zu regeln, soweit dies für eine einheitliche maschinelle Bearbeitung der Mahnverfahren erforderlich ist (Verfahrensablaufplan).

(8) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Vereinfachung des Mahnverfahrens und zum Schutze der in Anspruch genommenen Partei Formulare einzuführen. Dabei können für Mahnverfahren bei Gerichten, die die Verfahren maschinell bearbeiten, und für Mahnverfahren bei Gerichten, die die Verfahren nicht maschinell bearbeiten, unterschiedliche Formulare eingeführt werden. Die Rechtsverordnung kann ein elektronisches Formular vorsehen; § 130c Satz 2 bis 4 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.⁵¹

51 QUELLE

10.12.1976.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Abs. 1 bis 6 eingefügt.

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Wird rechtzeitig Widerspruch erhoben, so ist auf Antrag einer Partei Termin zur mündlichen Verhandlung zu bestimmen. Der Antrag kann mit dem Antrag auf Erlaß des Mahnbescheids verbunden werden. Der Vorsitzende kann dem Antragsteller aufgeben, seinen Anspruch zu begründen.“

Artikel 3 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 6 „nach Absatz 4“ nach „Termin“ gestrichen.

Artikel 3 Nr. 3 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 7 „und zum Schutze der in Anspruch genommenen Partei“ nach „Mahnverfahrens“ eingefügt.

03.07.1998.—Artikel 2 Nr. 01 lit. a des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1694) hat in Abs. 1 „einschließlich der maschinellen Bearbeitung“ nach „über das Mahnverfahren“ eingefügt.

Artikel 2 Nr. 01 lit. b und c desselben Gesetzes hat Abs. 7 durch Abs. 7 und 8 ersetzt. Abs. 7 lautete:

„(7) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Vereinfachung des Mahnverfahrens und zum Schutze der in Anspruch genommenen Partei Vordrucke einzuführen.“

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Abs. 7 und 8 Satz 1 jeweils „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 8 Satz 1 und 2 jeweils „Vordrucke“ durch „Formulare“ ersetzt.

§ 46b Europäisches Mahnverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006

(1) Für das Europäische Mahnverfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (ABl. EU Nr. L 399 S. 1) gelten die Vorschriften des Abschnitts 5 des Buchs 11 der Zivilprozessordnung entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

(2) Für die Bearbeitung von Anträgen auf Erlass und Überprüfung sowie die Vollstreckbarerklärung eines Europäischen Zahlungsbefehls nach der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 ist das Arbeitsgericht zuständig, das für die im Urteilsverfahren erhobene Klage zuständig sein würde.

(3) Im Fall des Artikels 17 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 ist § 46a Abs. 4 und 5 entsprechend anzuwenden. Der Antrag auf Durchführung der mündlichen Verhandlung gilt als vom Antragsteller gestellt.⁵²

§ 46c Einreichung elektronischer Dokumente

(1) Soweit für vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, für Anträge und Erklärungen der Parteien sowie für Auskünfte, Aussagen, Gutachten und Erklärungen Dritter die Schriftform vorgesehen ist, genügt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn dieses für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet ist. Die verantwortende Person soll das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen. Ist ein übermitteltes elektronisches Dokument für das Gericht zur Bearbeitung nicht geeignet, ist dies dem Absender unter Angabe der geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen.

(2) Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen für ihren Bereich durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem an elektronische Dokumente bei den Gerichten eingereicht werden können, sowie die für die Bearbeitung der Dokumente geeignete Form. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die jeweils zuständige oberste Landes-

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Abs. 7 und 8 Satz 1 jeweils „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

31.12.2006.—Artikel 15 des Gesetzes vom 22. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3416) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 6 neu gefasst. Abs. 6 lautete:

„(6) Im Falle des Einspruchs wird Termin bestimmt, ohne daß es eines Antrags einer Partei bedarf.“

01.07.2014.—Artikel 3 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat Abs. 2 Satz 2 bis 5 eingefügt.

Artikel 3 Nr. 1 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 4 durch die Sätze 1 bis 3 ersetzt. Satz 1 lautete: „Wird rechtzeitig Widerspruch erhoben und beantragt eine Partei die Durchführung der mündlichen Verhandlung, so hat die Geschäftsstelle dem Antragsteller unverzüglich aufzugeben, seinen Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen.“

Artikel 3 Nr. 1 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 8 Satz 3 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 1 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 2 „§ 690 Abs. 3“ durch „§ 702 Absatz 2“ ersetzt.

52 QUELLE

01.08.2001.—Artikel 6b des Gesetzes vom 13. Juli 2001 (BGBl. I S. 1542) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat Abs. 1 Satz 3 eingefügt.

UMNUMMERIERUNG

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat § 46b in § 46c unnummeriert.

QUELLE

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat die Vorschrift eingefügt.

behörde übertragen. Die Zulassung der elektronischen Form kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden.

(3) Ein elektronisches Dokument ist eingereicht, sobald die für den Empfang bestimmte Einrichtung des Gerichts es aufgezeichnet hat.⁵³

53 QUELLE

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Soweit dieses Gesetz dem Richter, dem Rechtspfleger oder dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle die handschriftliche Unterzeichnung vorschreibt, genügt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn die verantwortenden Personen am Ende des Dokuments ihren Namen hinzufügen und das Dokument jeweils mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen.“

UMNUMMERIERUNG

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat § 46c in § 46d und § 46b in § 46c umnummeriert.

ÄNDERUNGEN

29.07.2017.—Artikel 11 Abs. 22 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) hat in Abs. 1 Satz 2 „nach dem Signaturgesetz“ nach „Signatur“ gestrichen.

01.01.2018.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat die Vorschrift neu gefasst. Die neue Fassung lautet:

„§ 46c Elektronisches Dokument

(1) Vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen der Parteien sowie schriftlich einzureichende Auskünfte, Aussagen, Gutachten, Übersetzungen und Erklärungen Dritter können nach Maßgabe der folgenden Absätze als elektronisches Dokument bei Gericht eingereicht werden.

(2) Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen.

(3) Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

(4) Sichere Übermittlungswege sind

1. der Postfach- und Versanddienst eines De-Mail-Kontos, wenn der Absender bei Versand der Nachricht sicher im Sinne des § 4 Absatz 1 Satz 2 des De-Mail-Gesetzes angemeldet ist und er sich die sichere Anmeldung gemäß § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes bestätigen lässt,
2. der Übermittlungsweg zwischen dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach nach § 31a der Bundesrechtsanwaltsordnung oder einem entsprechenden, auf gesetzlicher Grundlage errichteten elektronischen Postfach und der elektronischen Poststelle des Gerichts,
3. der Übermittlungsweg zwischen einem nach Durchführung eines Identifizierungsverfahrens eingerichteten Postfach einer Behörde oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts und der elektronischen Poststelle des Gerichts; das Nähere regelt die Verordnung nach Absatz 2 Satz 2,
4. sonstige bundeseinheitliche Übermittlungswege, die durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates festgelegt werden, bei denen die Authentizität und Integrität der Daten sowie die Barrierefreiheit gewährleistet sind.

(5) Ein elektronisches Dokument ist eingegangen, sobald es auf der für den Empfang bestimmten Einrichtung des Gerichts gespeichert ist. Dem Absender ist eine automatisierte Bestätigung über den Zeitpunkt des Eingangs zu erteilen.

(6) Ist ein elektronisches Dokument für das Gericht zur Bearbeitung nicht geeignet, ist dies dem Absender unter Hinweis auf die Unwirksamkeit des Eingangs und die geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen. Das Dokument gilt als zum Zeitpunkt der früheren Einreichung eingegangen, sofern der Absender es unverzüglich in einer für das Gericht zur Bearbeitung geeigneten

§ 46d Gerichtliches elektronisches Dokument

Soweit dieses Gesetz dem Richter, dem Rechtspfleger, dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder dem Gerichtsvollzieher die handschriftliche Unterzeichnung vorschreibt, genügt dieser Form die Aufzeichnung als elektronisches Dokument, wenn die verantwortenden Personen am Ende des Dokuments ihren Namen hinzufügen und das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen.⁵⁴

§ 46e Elektronische Akte; Verordnungsermächtigung

(1) Die Prozessakten können elektronisch geführt werden. Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen für ihren Bereich durch Rechtsverordnung den Zeitpunkt, von dem an elektronische Akten geführt werden sowie die hierfür geltenden organisatorisch-technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Aufbewahrung der elektronischen Akten. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die jeweils zuständige oberste Landesbehörde übertragen. Die Zulassung der elektronischen Akte kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden; wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, kann in der Rechtsverordnung bestimmt werden, dass durch Verwaltungsvorschrift, die öffentlich bekanntzumachen ist, geregelt wird, in welchen Verfahren die Akten elektronisch zu führen sind.

(2) In Papierform eingereichte Schriftstücke und sonstige Unterlagen sollen zur Ersetzung der Urschrift in ein elektronisches Dokument übertragen werden. Die Unterlagen sind, sofern sie in Papierform weiter benötigt werden, bis mindestens zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aufzubewahren.

(3) Das elektronische Dokument muss den Vermerk enthalten, wann und durch wen die Unterlagen in ein elektronisches Dokument übertragen worden sind.⁵⁵

Form nachreicht und glaubhaft macht, dass es mit dem zuerst eingereichten Dokument inhaltlich übereinstimmt.“

54 QUELLE

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Satz 2 „können“ nach „werden“ gestrichen.

Artikel 2 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „mindestens“ nach „bis“ eingefügt.

UMNUMMERIERUNG

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat § 46d in § 46e und § 46c in § 46d unnummeriert.

ÄNDERUNGEN

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Satz 2 eingefügt. Satz 2 wird lauten: „Der in Satz 1 genannten Form genügt auch ein elektronisches Dokument, in welches das handschriftlich unterzeichnete Schriftstück gemäß § 46e Absatz 2 übertragen worden ist.“

55 UMNUMMERIERUNG

12.12.2008.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2122) hat § 46d in § 46e unnummeriert.

ÄNDERUNGEN

13.07.2017.—Artikel 16 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat die Überschrift neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Elektronische Akte“.

Artikel 16 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 4 „;“ ; wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, kann in der Rechtsverordnung bestimmt werden, dass durch Verwaltungsvorschrift, die öffentlich bekanntzumachen ist, geregelt wird, in welchen Verfahren die Akten elektronisch zu führen sind“ am Ende eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) und Artikel 16 Nr. 3 lit. d des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) haben Abs. 2 und 3 durch Abs. 2 ersetzt. Abs. 2 wird lauten:

§ 46f Formulare; Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates elektronische Formulare einführen. Die Rechtsverordnung kann bestimmen, dass die in den Formularen enthaltenen Angaben ganz oder teilweise in strukturierter maschinenlesbarer Form zu übermitteln sind. Die Formulare sind auf einer in der Rechtsverordnung zu bestimmenden Kommunikationsplattform im Internet zur Nutzung bereitzustellen. Die Rechtsverordnung kann bestimmen, dass eine Identifikation des Formularverwenders abweichend von § 46c Absatz 3 auch durch Nutzung des elektronischen Identitätsnachweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes oder § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes erfolgen kann.⁵⁶

§ 46g⁵⁷

„(2) Werden die Prozessakten elektronisch geführt, sind in Papierform vorliegende Schriftstücke und sonstige Unterlagen nach dem Stand der Technik zur Ersetzung der Urschrift in ein elektronisches Dokument zu übertragen. Es ist sicherzustellen, dass das elektronische Dokument mit den vorliegenden Schriftstücken und sonstigen Unterlagen bildlich und inhaltlich übereinstimmt. Das elektronische Dokument ist mit einem Übertragungsnachweis zu versehen, der das bei der Übertragung angewandte Verfahren und die bildliche und inhaltliche Übereinstimmung dokumentiert. Wird ein von den verantwortenden Personen handschriftlich unterzeichnetes gerichtliches Schriftstück übertragen, ist der Übertragungsnachweis mit einer qualifizierten elektronischen Signatur des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu versehen. Die in Papierform vorliegenden Schriftstücke und sonstigen Unterlagen können sechs Monate nach der Übertragung vernichtet werden, sofern sie nicht rückgabepflichtig sind.“

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 3 lit. c des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 1a eingefügt. Abs. 1a wird lauten:

„(1a) Die Prozessakten werden ab dem 1. Januar 2026 elektronisch geführt. Die Bundesregierung und die Landesregierungen bestimmen jeweils für ihren Bereich durch Rechtsverordnung die organisatorischen und dem Stand der Technik entsprechenden technischen Rahmenbedingungen für die Bildung, Führung und Aufbewahrung der elektronischen Akten einschließlich der einzuhaltenden Anforderungen der Barrierefreiheit. Die Bundesregierung und die Landesregierungen können jeweils für ihren Bereich durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Akten, die in Papierform angelegt wurden, in Papierform weitergeführt werden. Die Landesregierungen können die Ermächtigungen nach den Sätzen 2 und 3 durch Rechtsverordnung auf die für die Arbeitsgerichtsbarkeit zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Die Rechtsverordnungen der Bundesregierung bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.“

01.01.2026.—Artikel 17 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat Abs. 1 aufgehoben und Abs. 1a in Abs. 1 unnummeriert.

Artikel 17 Nr. 2 desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 1 Satz 1 „ab dem 1. Januar 2026“ nach „werden“ gestrichen.

56 QUELLE

01.07.2014.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat die Vorschrift eingefügt.

57 QUELLE

01.01.2022.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat die Vorschrift eingefügt. Die Vorschrift wird lauten:

„§ 46g Nutzungspflicht für Rechtsanwälte, Behörden und vertretungsberechtigte Personen

Vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen sowie schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu übermitteln. Gleiches gilt für die nach diesem Gesetz vertretungsberechtigten Personen, für die ein sicherer Übermittlungsweg nach § 46c Absatz 4 Nummer 2 zur Verfügung steht. Ist eine Übermittlung aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.“

§ 47 Sondervorschriften über Ladung und Einlassung

(1) Die Klageschrift muß mindestens eine Woche vor dem Termin zugestellt sein.

(2) Eine Aufforderung an den Beklagten, sich auf die Klage schriftlich zu äußern, erfolgt in der Regel nicht.⁵⁸

§ 48 Rechtsweg und Zuständigkeit

(1) Für die Zulässigkeit des Rechtsweges und der Verfahrensart sowie für die sachliche und örtliche Zuständigkeit gelten die §§ 17 bis 17b des Gerichtsverfassungsgesetzes mit folgender Maßgabe entsprechend:

1. Beschlüsse entsprechend § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes über die örtliche Zuständigkeit sind unanfechtbar.
2. Der Beschluß nach § 17a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes ergeht, sofern er nicht lediglich die örtliche Zuständigkeit zum Gegenstand hat, auch außerhalb der mündlichen Verhandlung stets durch die Kammer.

(1a) Für Streitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3, 4a, 7, 8 und 10 sowie Abs. 2 ist auch das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet oder zuletzt gewöhnlich verrichtet hat. Ist ein gewöhnlicher Arbeitsort im Sinne des Satzes 1 nicht feststellbar, ist das Arbeitsgericht örtlich zuständig, von dessen Bezirk aus der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet oder zuletzt gewöhnlich verrichtet hat.

(2) Die Tarifvertragsparteien können im Tarifvertrag die Zuständigkeit eines an sich örtlich unzuständigen Arbeitsgerichts festlegen für

1. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus einem Arbeitsverhältnis und aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses, das sich nach einem Tarifvertrag bestimmt,
2. bürgerliche Rechtsstreitigkeiten aus dem Verhältnis einer gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien zu den Arbeitnehmern oder Arbeitgebern.

Im Geltungsbereich eines Tarifvertrags nach Satz 1 Nr. 1 gelten die tarifvertraglichen Bestimmungen über das örtlich zuständige Arbeitsgericht zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn die Anwendung des gesamten Tarifvertrags zwischen ihnen vereinbart ist. Die in § 38 Abs. 2 und 3 der Zivilprozeßordnung vorgesehenen Beschränkungen finden keine Anwendung.⁵⁹

58 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Wohnt die beklagte Partei am Sitz des Arbeitsgerichts, so muß die Klage mindestens am zweiten Tage vor dem Termin zugestellt sein.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 31 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Wohnt die beklagte Partei am Sitz des Arbeitsgerichts, so muß die Klage mindestens am zweiten Tage vor dem Termin, in sonstigen Fällen, wenn der Beklagte im Inland wohnt, mindestens eine Woche vor dem Termin zugestellt sein. Das gleiche gilt für die Ladungen.“

59 ÄNDERUNGEN

01.04.1974.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. März 1974 (BGBl. I S. 753) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für Streitigkeiten aus einem Arbeitsverhältnis und aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeitsverhältnisses, das sich nach einem Tarifvertrag bestimmt, können unbeschadet der Vorschriften der §§ 38 bis 40 der Zivilprozeßordnung die Parteien des Tarifvertrages im Tarifvertrag die Zuständigkeit eines an sich örtlich unzuständigen Arbeitsgerichts festlegen.“

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Abs. 1 „§ 276“ durch „§ 281“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 32 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 „durch Tarifvertrag geregelt“ nach „einer“ gestrichen.

§ 48a⁶⁰

§ 49 Ablehnung von Gerichtspersonen

- (1) Über die Ablehnung von Gerichtspersonen entscheidet die Kammer des Arbeitsgerichts.
- (2) Wird sie durch das Ausscheiden des abgelehnten Mitglieds beschlußunfähig, so entscheidet das Landesarbeitsgericht.
- (3) Gegen den Beschluß findet kein Rechtsmittel statt.

§ 50 Zustellung

Artikel 1 Nr. 32 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Überschrift neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Sachliche und örtliche Zuständigkeit“.

Artikel 6 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Vorschriften des § 11 der Zivilprozeßordnung über die bindende Wirkung der rechtskräftigen Entscheidung, durch die ein Gericht sich für sachlich unzuständig erklärt hat, und des § 281 der Zivilprozeßordnung über die Verweisung des Rechtsstreits an das örtlich oder sachlich zuständige Gericht finden auf das Verhältnis der Arbeitsgerichte und der ordentlichen Gerichte zueinander entsprechende Anwendung.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Nr. 2 „ , sofern er nicht lediglich die örtliche Zuständigkeit zum Gegenstand hat,“ nach „ergeht“ eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 1a eingefügt.

01.01.2009.—Artikel 4f des Gesetzes vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2940) hat in Abs. 1a Satz 1 „Abs. 1 Nr. 3, 4a, 7, 8 und 10 sowie Abs. 2“ nach „§ 2“ eingefügt.

60 QUELLE

04.12.1955.—Artikel I Nr. 8 des Gesetzes vom 2. Dezember 1955 (BGBl. I S. 743) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 33 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 5 eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 48a Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs

(1) Die Gerichte für Arbeitssachen entscheiden über die Zulässigkeit des zu ihnen beschrittenen Rechtswegs. Hat ein Gericht für Arbeitssachen den Rechtsweg zuvor rechtskräftig für unzulässig erklärt, so kann ein anderes Gericht in derselben Sache seine Gerichtsbarkeit nicht deshalb verneinen, weil es den Rechtsweg zu den Gerichten für Arbeitssachen für gegeben hält.

(2) Hat ein Gericht der Sozial-, Finanz- oder der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit den zu ihm beschrittenen Rechtsweg zuvor rechtskräftig für zulässig oder unzulässig erklärt, so sind die Gerichte für Arbeitssachen an diese Entscheidung gebunden.

(3) Hält ein Gericht für Arbeitssachen den zu ihm beschrittenen Rechtsweg nicht für gegeben, so verweist es in dem Urteil, in dem es den Rechtsweg für unzulässig erklärt, zugleich auf Antrag des Klägers die Sache an das Gericht des ersten Rechtszugs, zu dem es den Rechtsweg für gegeben hält. Der Kläger kann den Antrag auf Verweisung nur bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung stellen, auf die das Urteil ergeht. Mit der Rechtskraft des Urteils gilt die Rechtshängigkeit der Sache bei dem im Urteil bezeichneten Gericht als begründet. Soll durch die Erhebung der Klage eine Frist gewahrt werden, so tritt diese Wirkung bereits in dem Zeitpunkt ein, in dem die Klage erhoben worden ist. Das gleiche gilt in Ansehung der Wirkungen, die durch andere als verfahrensrechtliche Vorschriften an die Rechtshängigkeit geknüpft werden.

(4) Für das Verhältnis zwischen den Arbeitsgerichten und den ordentlichen Gerichten gilt § 48 Abs. 1.

(5) Für die Kostenentscheidung ist § 281 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden.“

(1) Die Urteile werden von Amts wegen binnen drei Wochen seit Übermittlung an die Geschäftsstelle zugestellt. § 317 Abs. 1 Satz 3 der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.

(2) Die §§ 174, 178 Abs. 1 Nr. 2 der Zivilprozessordnung sind auf die nach § 11 zur Prozessvertretung zugelassenen Personen entsprechend anzuwenden.⁶¹

§ 51 Persönliches Erscheinen der Parteien

(1) Der Vorsitzende kann das persönliche Erscheinen der Parteien in jeder Lage des Rechtsstreits anordnen. Im übrigen finden die Vorschriften des § 141 Abs. 2 und 3 der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

(2) Der Vorsitzende kann die Zulassung eines Prozeßbevollmächtigten ablehnen, wenn die Partei trotz Anordnung ihres persönlichen Erscheinens unbegründet ausgeblieben ist und hierdurch der Zweck der Anordnung vereitelt wird. § 141 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Zivilprozeßordnung findet entsprechende Anwendung.

§ 52 Öffentlichkeit

Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Beweisaufnahme und der Verkündung der Entscheidung ist öffentlich. Das Arbeitsgericht kann die Öffentlichkeit für die Verhandlung oder für einen Teil der Verhandlung ausschließen, wenn durch die Öffentlichkeit eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung der Sittlichkeit zu besorgen ist oder wenn eine Partei den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt, weil Betriebs-, Geschäfts- oder Erfindungsgeheimnisse zum Gegenstand der Verhandlung oder der Beweisaufnahme gemacht werden; außerdem ist § 171b des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend anzuwenden. Im Güteverfahren kann es die Öffentlichkeit auch aus Zweckmäßigkeitsgründen ausschließen. § 169 Satz 2 sowie die §§ 173 bis 175 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind entsprechend anzuwenden.⁶²

§ 53 Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter

(1) Die nicht auf Grund einer mündlichen Verhandlung ergehenden Beschlüsse und Verfügungen erläßt, soweit nichts anderes bestimmt ist, der Vorsitzende allein. Entsprechendes gilt für Amtshandlungen auf Grund eines Rechtshilfeersuchens.

61 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 34 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Urteile werden von Amts wegen zugestellt.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 15 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 3 eingefügt.

01.07.2002.—Artikel 2 Abs. 16 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 2 und 3 durch Abs. 2 ersetzt. Abs. 2 und 3 lauteten:

„(2) Die Vorschriften des § 183 Abs. 2 und des § 212a der Zivilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung auf die nach § 11 zur Prozeßvertretung zugelassenen Vertreter von Gewerkschaften und von Vereinigungen von Arbeitgebern sowie von Zusammenschlüssen solcher Verbände.

(3) § 211 der Zivilprozeßordnung gilt mit der Maßgabe, daß an die Stelle eines Gerichtswachtmeisters oder der Post der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle oder ein von ihm beauftragter Beamter oder Angestellter des Gerichts treten kann.“

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 4 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 1 Satz 1 „Übergabe“ durch „Übermittlung“ ersetzt.

62 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 35 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 4 neu gefasst. Satz 4 lautete: „Die Vorschriften der §§ 173 bis 175 des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.“

01.04.1987.—Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2496) hat in Satz 2 „;“ ; außerdem ist § 171b des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend anzuwenden“ am Ende eingefügt.

(2) Im übrigen gelten für die Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das landgerichtliche Verfahren entsprechend.⁶³

§ 54 Güteverfahren

(1) Die mündliche Verhandlung beginnt mit einer Verhandlung vor dem Vorsitzenden zum Zwecke der gütlichen Einigung der Parteien (Güteverhandlung). Der Vorsitzende hat zu diesem Zweck das gesamte Streitverhältnis mit den Parteien unter freier Würdigung aller Umstände zu erörtern. Zur Aufklärung des Sachverhalts kann er alle Handlungen vornehmen, die sofort erfolgen können. Eidliche Vernehmungen sind jedoch ausgeschlossen. Der Vorsitzende kann die Güteverhandlung mit Zustimmung der Parteien in einem weiteren Termin, der alsbald stattzufinden hat, fortsetzen.

(2) Die Klage kann bis zum Stellen der Anträge ohne Einwilligung des Beklagten zurückgenommen werden. In der Güteverhandlung erklärte gerichtliche Geständnisse nach § 288 der Zivilprozeßordnung haben nur dann bindende Wirkung, wenn sie zu Protokoll erklärt worden sind. § 39 Satz 1 und § 282 Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung sind nicht anzuwenden.

(3) Das Ergebnis der Güteverhandlung, insbesondere der Abschluß eines Vergleichs, ist in die Niederschrift aufzunehmen.

(4) Erscheint eine Partei in der Güteverhandlung nicht oder ist die Güteverhandlung erfolglos, schließt sich die weitere Verhandlung unmittelbar an oder es ist, falls der weiteren Verhandlung Hinderungsgründe entgegenstehen, Termin zur streitigen Verhandlung zu bestimmen; diese hat alsbald stattzufinden.

(5) Erscheinen oder verhandeln beide Parteien in der Güteverhandlung nicht, ist das Ruhen des Verfahrens anzuordnen. Auf Antrag einer Partei ist Termin zur streitigen Verhandlung zu bestimmen. Dieser Antrag kann nur innerhalb von sechs Monaten nach der Güteverhandlung gestellt werden. Nach Ablauf der Frist ist § 269 Abs. 3 bis 5 der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden.

(6) Der Vorsitzende kann die Parteien für die Güteverhandlung sowie deren Fortsetzung vor einen hierfür bestimmten und nicht entscheidungsbefugten Richter (Güterichter) verweisen. Der Güterichter kann alle Methoden der Konfliktbeilegung einschließlich der Mediation einsetzen.⁶⁴

§ 54a Mediation, außergerichtliche Konfliktbeilegung

(1) Das Gericht kann den Parteien eine Mediation oder ein anderes Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vorschlagen.

(2) Entscheiden sich die Parteien zur Durchführung einer Mediation oder eines anderen Verfahrens der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, ordnet das Gericht das Ruhen des Verfahrens an. Auf Antrag einer Partei ist Termin zur mündlichen Verhandlung zu bestimmen. Im Übrigen nimmt das

63 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in der Überschrift und in Abs. 2 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

64 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 36 lit. a und b des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 2 in Abs. 3 unnummeriert und Abs. 2 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 36 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 4 und 5 eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 16 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 1 Satz 5 eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 5 Satz 3 „; § 251 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden“ am Ende gestrichen.

Artikel 30 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 5 Satz 4 „bis 5“ nach „Abs. 3“ eingefügt.

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat Abs. 6 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 3 „die Niederschrift“ durch „das Protokoll“ ersetzt.

Gericht das Verfahren nach drei Monaten wieder auf, es sei denn, die Parteien legen übereinstimmend dar, dass eine Mediation oder eine außergerichtliche Konfliktbeilegung noch betrieben wird.⁶⁵

§ 55 Alleinentscheidung durch den Vorsitzenden

(1) Der Vorsitzende entscheidet außerhalb der streitigen Verhandlung allein

1. bei Zurücknahme der Klage;
2. bei Verzicht auf den geltend gemachten Anspruch;
3. bei Anerkenntnis des geltend gemachten Anspruchs;
4. bei Säumnis einer Partei;
- 4a. über die Verwerfung des Einspruchs gegen ein Versäumnisurteil oder einen Vollstreckungsbescheid als unzulässig;
5. bei Säumnis beider Parteien;
6. über die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung;
7. über die örtliche Zuständigkeit;
8. über die Aussetzung und Anordnung des Ruhens des Verfahrens;
9. wenn nur noch über die Kosten zu entscheiden ist;
10. bei Entscheidungen über eine Berichtigung des Tatbestandes, soweit nicht eine Partei eine mündliche Verhandlung hierüber beantragt;
11. im Fall des § 11 Abs. 3 über die Zurückweisung des Bevollmächtigten oder die Untersagung der weiteren Vertretung.

(2) Der Vorsitzende kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 3 und 4a bis 10 eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung treffen. Dies gilt mit Zustimmung der Parteien auch in dem Fall des Absatzes 1 Nr. 2.

(3) Der Vorsitzende entscheidet ferner allein, wenn in der Verhandlung, die sich unmittelbar an die Güteverhandlung anschließt, eine das Verfahren beendende Entscheidung ergehen kann und die Parteien übereinstimmend eine Entscheidung durch den Vorsitzenden beantragen; der Antrag ist in die Niederschrift aufzunehmen.

(4) Der Vorsitzende kann vor der streitigen Verhandlung einen Beweisbeschluss erlassen, soweit er anordnet

1. eine Beweisaufnahme durch den ersuchten Richter;
2. eine schriftliche Beantwortung der Beweisfrage nach § 377 Abs. 3 der Zivilprozessordnung;
3. die Einholung amtlicher Auskünfte;
4. eine Parteivernehmung;
5. die Einholung eines schriftlichen Sachverständigengutachtens.

Anordnungen nach den Nummern 1 bis 3 und 5 können vor der streitigen Verhandlung ausgeführt werden.⁶⁶

65 QUELLE

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat die Vorschrift eingefügt.

66 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 37 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 55 Verhandlung vor dem Vorsitzenden

(1) Erscheint eine Partei in der Güteverhandlung nicht oder ist die Güteverhandlung erfolglos, so schließt sich die weitere Verhandlung unmittelbar an; falls dem Hinderungsgründe entgegenstehen, soll sie binnen drei Tage stattfinden.

(2) Der Vorsitzende entscheidet allein, wenn das Urteil ohne streitige Verhandlung auf Grund Versäumnisses, eines Anerkenntnisses, einer Zurücknahme der Klage oder eines Verzichts einer Partei ergeht oder wenn die Entscheidung in der an die Güteverhandlung sich unmittelbar anschließenden Verhandlung erfolgen kann und die Parteien sie übereinstimmend beantragen. Dieser Antrag ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 56 Vorbereitung der streitigen Verhandlung

(1) Der Vorsitzende hat die streitige Verhandlung so vorzubereiten, daß sie möglichst in einem Termin zu Ende geführt werden kann. Zu diesem Zweck soll er, soweit es sachdienlich erscheint, insbesondere

1. den Parteien die Ergänzung oder Erläuterung ihrer vorbereitenden Schriftsätze sowie die Vorlegung von Urkunden und von anderen zur Niederlegung bei Gericht geeigneten Gegenständen aufgeben, insbesondere eine Frist zur Erklärung über bestimmte klärungsbedürftige Punkte setzen;
2. Behörden oder Träger eines öffentlichen Amtes um Mitteilung von Urkunden oder um Erteilung amtlicher Auskünfte ersuchen;

(3) Erscheinen beide Parteien zur Güteverhandlung nicht, so ist ein Termin zur streitigen Verhandlung zu bestimmen. Die Vorschriften des Absatzes 2 finden in diesen Fällen auf die erste Verhandlung Anwendung.“

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Der Vorsitzende kann vor der streitigen Verhandlung einen Beweisbeschluß erlassen, soweit er anordnet

1. eine Beweisaufnahme durch den ersuchten Richter;
2. die Einholung schriftlicher Auskünfte von Zeugen nach § 377 Abs. 3 und 4 der Zivilprozeßordnung;
3. die Einholung amtlicher Auskünfte.

Der Beweisbeschluß kann vor der streitigen Verhandlung ausgeführt werden.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 17 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Nr. 6 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 7 und 8 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 17 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Der Vorsitzende kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 3, 5 und 6 eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung treffen.“

Artikel 1 Nr. 17 lit. c litt. aa desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 17 lit. c litt. bb desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 4 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Anordnungen nach Nummer 1 bis 3 können vor der streitigen Verhandlung ausgeführt werden.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 5 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 1 Nr. 8 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 9 eingefügt.

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat in Abs. 1 Nr. 8 das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und Nr. 9 in Abs. 1 aufgehoben. Nr. 9 lautete:

„9. im Fall des § 321a Abs. 4 der Zivilprozessordnung, sofern die Rüge als unzulässig verworfen wird oder sich gegen ein Urteil richtet, das vom Vorsitzenden allein erlassen worden ist.“

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 6 lit. a litt. aa des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 „außerhalb der streitigen Verhandlung“ nach „entscheidet“ eingefügt.

Artikel 2 Nr. 6 lit. a litt. bb desselben Gesetzes hat Abs. 1 Nr. 4a eingefügt.

Artikel 2 Nr. 6 lit. a litt. cc und dd desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Nr. 8 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 9 und 10 eingefügt.

Artikel 2 Nr. 6 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Der Vorsitzende kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 3 und 5 bis 8 eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung treffen.“

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Nr. 10 den Punkt durch ein Semikolon ersetzt und Abs. 1 Nr. 11 eingefügt.

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat Nr. 8 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 8 lautete:

„8. über die Aussetzung des Verfahrens;“.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 3 „die Niederschrift“ durch „das Protokoll“ ersetzt.

3. das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen;
4. Zeugen, auf die sich eine Partei bezogen hat, und Sachverständige zur mündlichen Verhandlung laden sowie eine Anordnung nach § 378 der Zivilprozeßordnung treffen.

Von diesen Maßnahmen sind die Parteien zu benachrichtigen.

(2) Angriffs- und Verteidigungsmittel, die erst nach Ablauf einer nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 gesetzten Frist vorgebracht werden, sind nur zuzulassen, wenn nach der freien Überzeugung des Gerichts ihre Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Die Parteien sind über die Folgen der Versäumung der nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 gesetzten Frist zu belehren.⁶⁷

§ 57 Verhandlung vor der Kammer

(1) Die Verhandlung ist möglichst in einem Termin zu Ende zu führen. Ist das nicht durchführbar, insbesondere weil eine Beweisaufnahme nicht sofort stattfinden kann, so ist der Termin zur weiteren Verhandlung, die sich alsbald anschließen soll, sofort zu verkünden.

(2) Die gütliche Erledigung des Rechtsstreits soll während des ganzen Verfahrens angestrebt werden.

§ 58 Beweisaufnahme

(1) Soweit die Beweisaufnahme an der Gerichtsstelle möglich ist, erfolgt sie vor der Kammer. In den übrigen Fällen kann die Beweisaufnahme, unbeschadet des § 13, dem Vorsitzenden übertragen werden.

(2) Zeugen und Sachverständige werden nur beeidigt, wenn die Kammer dies im Hinblick auf die Bedeutung des Zeugnisses für die Entscheidung des Rechtsstreits für notwendig erachtet. Im Falle des § 377 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung ist die eidesstattliche Versicherung nur erforderlich, wenn die Kammer sie aus dem gleichen Grund für notwendig hält.

(3) Insbesondere über die Zahl der in einem Arbeitsverhältnis stehenden Mitglieder oder das Vertretensein einer Gewerkschaft in einem Betrieb kann Beweis auch durch Vorlegung öffentlicher Urkunden angetreten werden.⁶⁸

§ 59 Versäumnisverfahren

Gegen ein Versäumnisurteil kann eine Partei, gegen die das Urteil ergangen ist, binnen einer Notfrist von einer Woche nach seiner Zustellung Einspruch einlegen. Der Einspruch wird beim Arbeitsgericht schriftlich oder durch Abgabe einer Erklärung zur Niederschrift der Geschäftsstelle einge-

67 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 38 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Sätze 2 und 3 neu gefasst. Die Sätze 2 und 3 lauteten: „Zu diesem Zwecke soll er, soweit es sachdienlich erscheint, insbesondere die Ladung von Zeugen und Sachverständigen veranlassen, amtliche Äußerungen herbeiführen, schriftliche Unterlagen beiziehen und das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen. Von diesen Maßnahmen soll er die Parteien benachrichtigen.“

Artikel 1 Nr. 38 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 eingefügt.

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat in Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 „sowie eine Anordnung nach § 378 der Zivilprozeßordnung treffen“ am Ende eingefügt.

68 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 39 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Soweit die Beweisaufnahme am Sitz des Arbeitsgerichts möglich ist, erfolgt sie vor der Kammer. Erfolgt sie nicht am Sitz, aber im Bezirk des Arbeitsgerichts, so kann sie unbeschadet der Vorschriften des § 13 dem Vorsitzenden übertragen werden.“

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat in Abs. 2 Satz 2 „In den Fällen des § 377 Abs. 3 und 4“ durch „Im Falle des § 377 Abs. 3“ ersetzt.

10.07.2015.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1130) hat Abs. 3 eingefügt.

legt. Hierauf ist die Partei zugleich mit der Zustellung des Urteils schriftlich hinzuweisen. § 345 der Zivilprozeßordnung bleibt unberührt.⁶⁹

§ 60 Verkündung des Urteils

(1) Zur Verkündung des Urteils kann ein besonderer Termin nur bestimmt werden, wenn die sofortige Verkündung in dem Termin, auf Grund dessen es erlassen wird, aus besonderen Gründen nicht möglich ist, insbesondere weil die Beratung nicht mehr am Tag der Verhandlung stattfinden kann. Der Verkündungstermin wird nur dann über drei Wochen hinaus angesetzt, wenn wichtige Gründe, insbesondere der Umfang oder die Schwierigkeit der Sache, dies erfordern. Dies gilt auch dann, wenn ein Urteil nach Lage der Akten erlassen wird.

(2) Bei Verkündung des Urteils ist der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe mitzuteilen. Dies gilt nicht, wenn beide Parteien abwesend sind; in diesem Fall genügt die Bezugnahme auf die unterschriebene Urteilsformel.

(3) Die Wirksamkeit der Verkündung ist von der Anwesenheit der ehrenamtlichen Richter nicht abhängig. Wird ein von der Kammer gefälltes Urteil ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter verkündet, so ist die Urteilsformel vorher von dem Vorsitzenden und den ehrenamtlichen Richtern zu unterschreiben.

(4) Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben. Wird das Urteil nicht in dem Termin verkündet, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, so muß es bei der Verkündung in vollständiger Form abgefaßt sein. Ein Urteil, das in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, verkündet wird, ist vor Ablauf von drei Wochen, vom Tag der Verkündung an gerechnet, vollständig abgefaßt der Geschäftsstelle zu übermitteln; kann dies ausnahmsweise nicht geschehen, so ist innerhalb dieser Frist das von dem Vorsitzenden unterschriebene Urteil ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe der Geschäftsstelle zu übermitteln. In diesem Fall sind Tatbestand und Entscheidungsgründe alsbald nachträglich anzufertigen, von dem Vorsitzenden besonders zu unterschreiben und der Geschäftsstelle zu übermitteln.⁷⁰

69 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Satz 1 „drei Tagen“ durch „einer Woche“ ersetzt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Satz 2 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

70 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 3 Satz 1 und 2 jeweils „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und in Abs. 3 Satz 2 „Arbeitsrichtern“ durch „ehrenamtlichen Richtern“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 40 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Zur Verkündung des Urteils kann ein besonderer Termin nur bestimmt werden, wenn die sofortige Verkündung in dem Termin, auf Grund dessen es erlassen wird, aus besonderen Gründen nicht möglich ist, insbesondere weil die Beratung nicht mehr am Tage der Verhandlung stattfinden kann. Der Verkündungstermin darf nicht über drei Tage hinaus angesetzt werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Urteil nach Lage der Akten erlassen wird.

(2) Bei der Verkündung des Urteils ist, sofern nicht beide Parteien abwesend sind, der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe mitzuteilen.

(3) Die Wirksamkeit der Verkündung ist von der Anwesenheit der ehrenamtlichen Richter nicht abhängig. Wird ein von der Kammer gefälltes Urteil ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter verkündet, so ist die Urteilsformel vorher von dem Vorsitzenden und den ehrenamtlichen Richtern zu unterschreiben.

(4) Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben. War es bei der Verkündung noch nicht vollständig schriftlich niedergelegt, so soll es binnen drei Tagen nach der Verkündung in vollständiger Abfassung der Geschäftsstelle übergeben werden.“

§ 61 Inhalt des Urteils

(1) Den Wert des Streitgegenstands setzt das Arbeitsgericht im Urteil fest.

(2) Spricht das Urteil die Verpflichtung zur Vornahme einer Handlung aus, so ist der Beklagte auf Antrag des Klägers zugleich für den Fall, daß die Handlung nicht binnen einer bestimmten Frist vorgenommen ist, zur Zahlung einer vom Arbeitsgericht nach freiem Ermessen festzusetzenden Entschädigung zu verurteilen. Die Zwangsvollstreckung nach §§ 887 und 888 der Zivilprozeßordnung ist in diesem Fall ausgeschlossen.

(3) Ein über den Grund des Anspruchs vorab entscheidendes Zwischenurteil ist wegen der Rechtsmittel nicht als Endurteil anzusehen.⁷¹

§ 61a Besondere Prozeßförderung in Kündigungsverfahren

(1) Verfahren in Rechtsstreitigkeiten über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses sind nach Maßgabe der folgenden Vorschriften vorrangig zu erledigen.

(2) Die Güteverhandlung soll innerhalb von zwei Wochen nach Klageerhebung stattfinden.

(3) Ist die Güteverhandlung erfolglos oder wird das Verfahren nicht in einer sich unmittelbar anschließenden weiteren Verhandlung abgeschlossen, fordert der Vorsitzende den Beklagten auf, binnen einer angemessenen Frist, die mindestens zwei Wochen betragen muß, im einzelnen unter Beisein der Partei schriftlich die Klage zu erwidern, wenn der Beklagte noch nicht oder nicht ausreichend auf die Klage erwidert hat.

(4) Der Vorsitzende kann dem Kläger eine angemessene Frist, die mindestens zwei Wochen betragen muß, zur schriftlichen Stellungnahme auf die Klageerwidern setzen.

(5) Angriffs- und Verteidigungsmittel, die erst nach Ablauf der nach Absatz 3 oder 4 gesetzten Fristen vorgebracht werden, sind nur zuzulassen, wenn nach der freien Überzeugung des Gerichts ihre Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögert oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt.

(6) Die Parteien sind über die Folgen der Versäumung der nach Absatz 3 oder 4 gesetzten Fristen zu belehren.⁷²

§ 61b Klage wegen Benachteiligung

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 5 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in Abs. 4 Satz 3 und 4 jeweils „übergeben“ durch „übermitteln“ ersetzt.

71 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 41 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 und 3 aufgehoben und Abs. 2, 4 und 5 in Abs. 1 bis 3 unnummeriert. Abs. 1 und 3 lauteten:

„(1) Der Betrag der Kosten ist, soweit er sofort ermittelt werden kann, im Urteil festzulegen; die Entscheidung ist endgültig, soweit nicht die ihr zugrunde liegende Entscheidung über die Kosten des Rechtsstreits abgeändert wird. Ein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozeßbevollmächtigten oder Beistandes besteht nicht.

(3) Findet nach dem Wert des Streitgegenstandes die Berufung nicht statt, so kann sie das Arbeitsgericht im Urteil zulassen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. Das Arbeitsgericht soll die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zulassen, wenn es in der Auslegung einer Rechtsvorschrift von einem ihm im Verfahren vorgelegten Urteil, das für oder gegen eine Partei des Rechtsstreits ergangen ist, oder von einem Urteil des im Rechtszug übergeordneten Landesarbeitsgerichts abweicht. Das gleiche gilt, wenn über die Auslegung eines Tarifvertrages entschieden wird, den eine Partei des Rechtsstreits abgeschlossen hat und dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Arbeitsgerichts hinaus erstreckt.“

72 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 42 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

(1) Eine Klage auf Entschädigung nach § 15 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes muss innerhalb von drei Monaten, nachdem der Anspruch schriftlich geltend gemacht worden ist, erhoben werden.

(2) Machen mehrere Bewerber wegen Benachteiligung bei der Begründung eines Arbeitsverhältnisses oder beim beruflichen Aufstieg eine Entschädigung nach § 15 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes gerichtlich geltend, so wird auf Antrag des Arbeitgebers das Arbeitsgericht, bei dem die erste Klage erhoben ist, auch für die übrigen Klagen ausschließlich zuständig. Die Rechtsstreitigkeiten sind von Amts wegen an dieses Arbeitsgericht zu verweisen; die Prozesse sind zur gleichzeitigen Verhandlung und Entscheidung zu verbinden.

(3) Auf Antrag des Arbeitgebers findet die mündliche Verhandlung nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit Erhebung der ersten Klage statt.⁷³

§ 62 Zwangsvollstreckung

(1) Urteile der Arbeitsgerichte, gegen die Einspruch oder Berufung zulässig ist, sind vorläufig vollstreckbar. Macht der Beklagte glaubhaft, daß die Vollstreckung ihm einen nicht zu ersetzenden Nachteil bringen würde, so hat das Arbeitsgericht auf seinen Antrag die vorläufige Vollstreckbarkeit im Urteil auszuschließen. In den Fällen des § 707 Abs. 1 und des § 719 Abs. 1 der Zivilprozeßord-

73 QUELLE

01.09.1994.—Artikel 8 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1406) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

03.07.1998.—Artikel 2 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1694) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Machen mehrere Bewerber wegen Benachteiligung bei der Begründung eines Arbeitsverhältnisses eine Entschädigung nach § 611a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches gerichtlich geltend, so ist auf Antrag des Arbeitgebers die Summe dieser Entschädigungen auf sechs Monatsverdienste oder, wenn vom Arbeitgeber ein einheitliches Auswahlverfahren mit dem Ziel der Begründung mehrerer Arbeitsverhältnisse durchgeführt worden ist, auf zwölf Monatsverdienste zu begrenzen. Soweit der Arbeitgeber Ansprüche auf Entschädigungen bereits erfüllt hat, ist der Höchstbetrag, der sich aus Satz 1 ergibt, entsprechend zu verringern. Dabei sind die bereits erfüllten Ansprüche jedoch jeweils nur bis zur Höhe des Betrags, der im Falle gerichtlicher Geltendmachung auf sie entfallen würde, zu berücksichtigen. Übersteigen die Entschädigungen, die den Klägern nach § 611a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu leisten wären, insgesamt den sich aus den Sätzen 1 bis 3 ergebenden Höchstbetrag, so verringern sich die einzelnen Entschädigungen in dem Verhältnis, in welchem ihre Summe zu dem Höchstbetrag steht.“

Artikel 2 Nr. 1 lit. b bis d desselben Gesetzes hat Abs. 3 und 5 aufgehoben und Abs. 4 in Abs. 3 unnummeriert. Abs. 3 und 5 lauteten:

„(3) Stellt der Arbeitgeber einen Antrag nach Absatz 2 Satz 1, so wird das Arbeitsgericht, bei dem die erste Klage erhoben ist, auch für die übrigen Klagen ausschließlich zuständig. Die Rechtsstreitigkeiten sind von Amts wegen an dieses Arbeitsgericht zu verweisen; die Prozesse sind zur gleichzeitigen Verhandlung und Entscheidung zu verbinden.“

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden in den Fällen des § 611a Abs. 5 des Bürgerlichen Gesetzbuches nur in Unternehmen mit in der Regel bis zu 400 Arbeitnehmern entsprechende Anwendung. Für die Berechnung von Ansprüchen nach § 611a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches tritt an die Stelle des Monatsverdienstes der Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlichen Monatsverdienst des Bewerbers und dem mit dem beruflichen Aufstieg verbundenen Monatsverdienst.“

18.08.2006.—Artikel 3 Abs. 1 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897) hat die Überschrift neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Besondere Vorschriften für Klagen wegen geschlechtsbedingter Benachteiligung“.

Artikel 3 Abs. 1 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Eine Klage auf Entschädigung nach § 611a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches muß innerhalb von drei Monaten, nachdem der Anspruch schriftlich geltend gemacht worden ist, erhoben werden.“

Artikel 3 Abs. 1 Nr. 2 lit. c desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „§ 611a des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ durch „§ 15 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ ersetzt.

nung kann die Zwangsvollstreckung nur unter derselben Voraussetzung eingestellt werden. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung nach Satz 3 erfolgt ohne Sicherheitsleistung. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss.

(2) Im übrigen finden auf die Zwangsvollstreckung einschließlich des Arrests und der einstweiligen Verfügung die Vorschriften des Achten Buchs der Zivilprozeßordnung Anwendung. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung kann in dringenden Fällen, auch dann, wenn der Antrag zurückzuweisen ist, ohne mündliche Verhandlung ergehen. Eine in das Schutzschriftenregister nach § 945a Absatz 1 der Zivilprozessordnung eingestellte Schutzschrift gilt auch als bei allen Arbeitsgerichten der Länder eingereicht.⁷⁴

§ 63 Übermittlung von Urteilen in Tarifvertragsachen

Rechtskräftige Urteile, die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus dem Tarifvertrag oder über das Bestehen oder Nichtbestehen des Tarifvertrags ergangen sind, sind alsbald der zuständigen obersten Landesbehörde und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in vollständiger Form abschriftlich zu übersenden oder elektronisch zu übermitteln. Ist die zuständige oberste Landesbehörde die Landesjustizverwaltung, so sind die Urteilsabschriften oder das Urteil in elektronischer Form auch der obersten Arbeitsbehörde des Landes zu übermitteln.⁷⁵

Zweiter Unterabschnitt Berufungsverfahren

74 ÄNDERUNGEN

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 7 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat Abs. 1 Satz 4 und 5 eingefügt.

01.01.2016.—Artikel 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

75 ÄNDERUNGEN

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 43 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Rechtskräftige Urteile, die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen diesen und Dritten aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen ergangen sind, sind alsbald der obersten Arbeitsbehörde des Landes und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in vollständiger Form abschriftlich zu übersenden, um die Durchführung des § 8 des Tarifvertragsgesetzes sicherzustellen.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 16 lit. a des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat „obersten Arbeitsbehörde des Landes“ durch „zuständigen obersten Landesbehörde“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 16 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 eingefügt.

07.11.2001.—Artikel 88 Nr. 2 lit. b der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) hat in Satz 1 „Bundesminister“ durch „Bundesministerium“ ersetzt.

28.11.2003.—Artikel 64 Nr. 2 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) hat in Satz 1 „Arbeit und Sozialordnung“ durch „Wirtschaft und Arbeit“ ersetzt.

01.04.2005.—Artikel 5 Nr. 6 lit. a des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837) hat in der Überschrift „Übersendung“ durch „Übermittlung“ ersetzt.

Artikel 5 Nr. 6 lit. b desselben Gesetzes hat in Satz 1 „oder elektronisch zu übermitteln“ am Ende eingefügt.

Artikel 5 Nr. 6 lit. c desselben Gesetzes hat in Satz 2 „oder das Urteil in elektronischer Form“ nach „Urteilsabschriften“ eingefügt und „übersenden“ durch „übermitteln“ ersetzt.

08.11.2006.—Artikel 94 Nr. 2 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) hat in Satz 1 „Wirtschaft und Arbeit“ durch „Arbeit und Soziales“ ersetzt.

§ 64 Grundsatz

(1) Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte findet, soweit nicht nach § 78 das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegeben ist, die Berufung an die Landesarbeitsgerichte statt.

(2) Die Berufung kann nur eingelegt werden,

- a) wenn sie in dem Urteil des Arbeitsgerichts zugelassen worden ist,
- b) wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600 Euro übersteigt,
- c) in Rechtsstreitigkeiten über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses oder
- d) wenn es sich um ein Versäumnisurteil handelt, gegen das der Einspruch an sich nicht statthaft ist, wenn die Berufung oder Anschlussberufung darauf gestützt wird, dass der Fall der schuldhaften Versäumung nicht vorgelegen habe.

(3) Das Arbeitsgericht hat die Berufung zuzulassen, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. die Rechtssache Rechtsstreitigkeiten betrifft
 - a) zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen,
 - b) über die Auslegung eines Tarifvertrags, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk eines Arbeitsgerichts hinaus erstreckt, oder
 - c) zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfs oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt, oder
3. das Arbeitsgericht in der Auslegung einer Rechtsvorschrift von einem ihm im Verfahren vorgelegten Urteil, das für oder gegen eine Partei des Rechtsstreits ergangen ist, oder von einem Urteil des im Rechtszug übergeordneten Landesarbeitsgerichts abweicht und die Entscheidung auf dieser Abweichung beruht.

(3a) Die Entscheidung des Arbeitsgerichts, ob die Berufung zugelassen oder nicht zugelassen wird, ist in den Urteilstenor aufzunehmen. Ist dies unterblieben, kann binnen zwei Wochen ab Verkündung des Urteils eine entsprechende Ergänzung beantragt werden. Über den Antrag kann die Kammer ohne mündliche Verhandlung entscheiden.

(4) Das Landesarbeitsgericht ist an die Zulassung gebunden.

(5) Ist die Berufung nicht zugelassen worden, hat der Berufungskläger den Wert des Beschwerdegegenstands glaubhaft zu machen; zur Versicherung an Eides Statt darf er nicht zugelassen werden.

(6) Für das Verfahren vor den Landesarbeitsgerichten gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Berufung entsprechend. Die Vorschriften über das Verfahren vor dem Einzelrichter finden keine Anwendung.

(7) Die Vorschriften des § 49 Abs. 1 und 3, des § 50, des § 51 Abs. 1, der §§ 52, 53, 55 Abs. 1 Nr. 1 bis 9, Abs. 2 und 4, des § 54 Absatz 6, des § 54a, der §§ 56 bis 59, 61 Abs. 2 und 3 und der §§ 62 und 63 über Ablehnung von Gerichtspersonen, Zustellungen, persönliches Erscheinen der Parteien, Öffentlichkeit, Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter, Güterichter, Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung, Vorbereitung der streitigen Verhandlung, Verhandlung vor der Kammer, Beweisaufnahme, Versäumnisverfahren, Inhalt des Urteils, Zwangsvollstreckung und Übersendung von Urteilen in Tarifvertragssachen gelten entsprechend.

(8) Berufungen in Rechtsstreitigkeiten über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses sind vorrangig zu erledigen.⁷⁶

76 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 7 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

§ 65 Beschränkung der Berufung

Das Berufungsgericht prüft nicht, ob der beschrittene Rechtsweg und die Verfahrensart zulässig sind und ob bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter Verfahrensmängel unterlaufen sind oder Umstände vorgelegen haben, die die Berufung eines ehrenamtlichen Richters zu seinem Amte ausschließen.⁷⁷

§ 66 Einlegung der Berufung, Terminbestimmung

(1) Die Frist für die Einlegung der Berufung beträgt einen Monat, die Frist für die Begründung der Berufung zwei Monate. Beide Fristen beginnen mit der Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung. Die Berufung muß innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zustellung der Berufungsbegründung beantwortet werden. Mit der Zustellung der Berufungsbegründung ist der Berufungsbeklagte auf die Frist für die Berufsantwortung hinzuweisen. Die Fristen zur Begründung der Berufung und zur

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 44 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte findet, soweit nicht nach § 78 das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gegeben ist, die Berufung an die Landesarbeitsgerichte statt, wenn der vom Arbeitsgericht festgesetzte Wert des Streitgegenstandes den Betrag von dreihundert Deutsche Mark erreicht oder wenn das Arbeitsgericht die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zugelassen hat.“

Artikel 1 Nr. 44 lit. b bis d desselben Gesetzes hat Abs. 2 und 3 in Abs. 6 und 7 unnummeriert und Abs. 2 bis 5 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 44 lit. d hat im neuen Abs. 7 „§§ 52, 53, 56 bis 58, 59, 60 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 2, des § 61 Abs. 4 und 5“ durch „§§ 52, 53, 55 Abs. 1, 2 und 4, §§ 56 bis 59, 61 Abs. 2 und 3“ ersetzt und „Verkündung des Urteils,“ nach „Versäumnisverfahren,“ gestrichen.

Artikel 1 Nr. 44 lit. e desselben Gesetzes hat Abs. 8 eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 18 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Streitigkeiten kann die Berufung nur eingelegt werden, wenn sie in dem Urteil des Arbeitsgerichts zugelassen worden ist oder der Wert des Beschwerdegegenstandes 800 DM übersteigt.“

Artikel 1 Nr. 18 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3a eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 20 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat in Abs. 2 Buchstabe b „1 200 Deutsche Mark“ durch „600 Euro“ ersetzt.

Artikel 30 Nr. 6 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 2 Buchstabe b „oder“ durch ein Komma ersetzt, in Abs. 2 Buchstabe c den Punkt durch „oder“ ersetzt und Abs. 2 Buchstabe d eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 8 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 7 „§§ 52, 53, 55 Abs. 1, 2 und 4“ durch „§§ 52, 53, 55 Abs. 1 Nr. 1 bis 9, Abs. 2 und 4“ ersetzt.

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat in Abs. 7 „des § 54 Absatz 6, des § 54a,“ nach „und 4,“ und „Güterichter, Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung,“ nach „Richter,“ eingefügt.

77 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und „Arbeitsrichters“ durch „ehrenamtlichen Richters“ ersetzt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Auf Mängel des Verfahrens bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter oder auf Umstände, die die Berufung eines ehrenamtlichen Richters zu seinem Amt ausschließen, kann die Berufung nicht gestützt werden.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 7 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat „ , ob das Gericht des ersten Rechtszuges seine Zuständigkeit zu Unrecht angenommen hat“ nach „zulässig sind“ gestrichen.

Berufungsbeantwortung können vom Vorsitzenden einmal auf Antrag verlängert werden, wenn nach seiner freien Überzeugung der Rechtsstreit durch die Verlängerung nicht verzögert wird oder wenn die Partei erhebliche Gründe darlegt.

(2) Die Bestimmung des Termins zur mündlichen Verhandlung muss unverzüglich erfolgen. § 522 Abs. 1 der Zivilprozessordnung bleibt unberührt; die Verwerfung der Berufung ohne mündliche Verhandlung ergeht durch Beschluss des Vorsitzenden. § 522 Abs. 2 und 3 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.⁷⁸

§ 67 Zulassung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel

(1) Angriffs- und Verteidigungsmittel, die im ersten Rechtszug zu Recht zurückgewiesen worden sind, bleiben ausgeschlossen.

(2) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel, die im ersten Rechtszug entgegen einer hierfür nach § 56 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder § 61a Abs. 3 oder 4 gesetzten Frist nicht vorgebracht worden sind, sind nur zuzulassen, wenn nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts ihre Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Der Entschuldigungsgrund ist auf Verlangen des Landesarbeitsgerichts glaubhaft zu machen.

(3) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel, die im ersten Rechtszug entgegen § 282 Abs. 1 der Zivilprozessordnung nicht rechtzeitig vorgebracht oder entgegen § 282 Abs. 2 der Zivilprozessordnung nicht rechtzeitig mitgeteilt worden sind, sind nur zuzulassen, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder wenn die Partei das Vorbringen im ersten Rechtszug nicht aus grober Nachlässigkeit unterlassen hatte.

(4) Soweit das Vorbringen neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel nach den Absätzen 2 und 3 zulässig ist, sind diese vom Berufungskläger in der Berufungsbegründung, vom Berufungsbeklagten in der Berufungsbeantwortung vorzubringen. Werden sie später vorgebracht, sind sie nur zuzulassen, wenn sie nach der Berufungsbegründung oder der Berufungsbeantwortung entstanden sind oder das verspätete Vorbringen nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder nicht auf Verschulden der Partei beruht.⁷⁹

78 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 45 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Berufungsfrist und die Frist für die Berufungsbegründung betragen je zwei Wochen.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Satz 1 in Abs. 1 durch die Sätze 1 und 2 ersetzt. Satz 1 lautete: „Die Berufungsfrist und die Frist für die Berufungsbegründung betragen je einen Monat.“

Artikel 30 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Bestimmung des Termins zur mündlichen Verhandlung muß unverzüglich erfolgen. § 519b Abs. 2 der Zivilprozessordnung bleibt unberührt; die Verwerfung der Berufung ohne mündliche Verhandlung ergeht durch Beschluß der Kammer.“

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 9 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 2 Satz 2 „der Kammer“ durch „des Vorsitzenden“ ersetzt.

79 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 7 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Satz 1 „§ 529 Abs. 1 und 2“ durch „§ 528“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 46 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 67 Neue Tatsachen und Beweismittel

Soweit das Vorbringen neuer Tatsachen und Beweismittel nach § 528 der Zivilprozessordnung zulässig ist, sind sie vom Berufungskläger in der Berufungsbegründung, vom Berufungsbeklagten spätestens in der ersten mündlichen Verhandlung anzubringen. Werden sie später vorgebracht, so sind sie nur zuzulassen, wenn sie nach der Berufungsbegründung oder nach der ersten mündlichen Verhand-

§ 67a⁸⁰

§ 68 Zurückverweisung

Wegen eines Mangels im Verfahren des Arbeitsgerichts ist die Zurückverweisung unzulässig.

§ 69 Urteil

(1) Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist von sämtlichen Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben. § 60 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 2 bis 4 ist entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Frist nach Absatz 4 Satz 3 vier Wochen beträgt und im Falle des Absatzes 4 Satz 4 Tatbestand und Entscheidungsgründe von sämtlichen Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben sind.

(2) Im Urteil kann von der Darstellung des Tatbestandes und, soweit das Berufungsgericht den Gründen der angefochtenen Entscheidung folgt und dies in seinem Urteil feststellt, auch von der Darstellung der Entscheidungsgründe abgesehen werden.

(3) Ist gegen das Urteil die Revision statthaft, so soll der Tatbestand eine gedrängte Darstellung des Sach- und Streitstandes auf der Grundlage der mündlichen Vorträge der Parteien enthalten. Eine Bezugnahme auf das angefochtene Urteil sowie auf Schriftsätze, Protokolle und andere Unterlagen ist zulässig, soweit hierdurch die Beurteilung des Parteivorbringens durch das Revisionsgericht nicht wesentlich erschwert wird.

(4) § 540 Abs. 1 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung. § 313a Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass es keiner Entscheidungsgründe bedarf, wenn die Parteien auf sie verzichtet haben; im Übrigen sind die §§ 313a und 313b der Zivilprozessordnung entsprechend anwendbar.⁸¹

lung entstanden sind oder das verspätete Vorbringen nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts nicht auf Verschulden der Partei beruht.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel, die im ersten Rechtszug entgegen einer hierfür nach § 56 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 oder § 61a Abs. 3 oder 4 gesetzten Frist nicht vorgebracht worden sind, sind nur zuzulassen, wenn nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts ihre Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Der Entschuldigungsgrund ist auf Verlangen des Landesarbeitsgerichts glaubhaft zu machen. Im übrigen gilt § 528 Abs. 2 und 3 der Zivilprozessordnung entsprechend.

(2) Soweit das Vorbringen neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel nach Absatz 1 zulässig ist, sind sie vom Berufungskläger in der Berufungsbegründung, vom Berufungsbeklagten in der Berufungsbeantwortung vorzubringen. Werden sie später vorgebracht, sind sie nur zuzulassen, wenn sie nach der Berufungsbegründung oder der Berufungsbeantwortung entstanden sind oder das verspätete Vorbringen nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts die Erledigung des Rechtsstreits nicht verzögern würde oder nicht auf Verschulden der Partei beruht.“

80 QUELLE

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 8 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat die Vorschrift eingefügt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 67a Prüfung der Zuständigkeit

In Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche prüft das Berufungsgericht die ausschließliche Zuständigkeit oder die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte nicht von Amts wegen; eine Rüge des Beklagten ist ausgeschlossen, wenn er im ersten Rechtszug ohne die Rüge zur Hauptsache verhandelt hat und dies nicht genügend entschuldigt.“

81 ÄNDERUNGEN

01.09.1969.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106) hat Satz 2 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Es muß die Revision zulassen, wenn es von einer ihm bekannten Entscheidung

§ 70⁸²

§ 71

Dritter Unterabschnitt Revisionsverfahren

§ 72 Grundsatz

(1) Gegen das Endurteil eines Landesarbeitsgerichts findet die Revision an das Bundesarbeitsgericht statt, wenn sie in dem Urteil des Landesarbeitsgerichts oder in dem Beschluß des Bundesarbeitsgerichts nach § 72a Abs. 5 Satz 2 zugelassen worden ist. § 64 Abs. 3a ist entsprechend anzuwenden.

des Bundesarbeitsgerichts oder, solange eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist, von einer ihm bekannten Entscheidung eines Landesarbeitsgerichts abweichen will.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 47 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Das Urteil ist von den Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben.“

Artikel 1 Nr. 47 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Das Landesarbeitsgericht kann im Urteil die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zulassen. Es muß die Revision zulassen, wenn es von einer Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes, von einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts oder, solange eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist, von einer Entscheidung eines Landesarbeitsgerichts abweicht.“

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 17 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat Abs. 2 aufgehoben. Abs. 2 lautete:

„(2) Hat sich der Wert des Streitgegenstands nach der Verkündung des Urteils des Arbeitsgerichts geändert, so setzt ihn das Landesarbeitsgericht im Urteil neu fest.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 9a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist von sämtlichen Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben. § 60 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 2 bis 4 ist entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Frist nach Absatz 4 Satz 3 vier Wochen beträgt und im Falle des Absatzes 4 Satz 4 Tatbestand und Entscheidungsgründe von sämtlichen Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben sind.

(2) (weggefallen)“

82 ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 9 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Landesarbeitsgerichts oder seines Vorsitzenden findet außer im Falle der Verwerfung der Berufung nach § 519b Abs. 2 der Zivilprozeßordnung kein Rechtsmittel statt.“

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat in Satz 1 „sowie in den Fällen des § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes“ nach „§ 519b Abs. 2 der Zivilprozeßordnung“ eingefügt.

AUFHEBUNG

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 10 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 70 Ausschluß der Beschwerde

Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Landesarbeitsgerichts oder seines Vorsitzenden findet außer im Falle der Verwerfung des Einspruchs nach § 341 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung und im Falle der Verwerfung der Berufung nach § 519b Abs. 2 der Zivilprozeßordnung sowie in den Fällen des § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes kein Rechtsmittel statt. Das gleiche gilt für die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts über den Kostenpunkt, wenn die Hauptsache durch Anerkenntnisurteil erledigt ist.“

(2) Die Revision ist zuzulassen, wenn

1. eine entscheidungserhebliche Rechtsfrage grundsätzliche Bedeutung hat,
2. das Urteil von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, von einer Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes, von einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts oder, solange eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist, von einer Entscheidung einer anderen Kammer desselben Landesarbeitsgerichts oder eines anderen Landesarbeitsgerichts abweicht und die Entscheidung auf dieser Abweichung beruht oder
3. ein absoluter Revisionsgrund gemäß § 547 Nr. 1 bis 5 der Zivilprozessordnung oder eine entscheidungserhebliche Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör geltend gemacht wird und vorliegt.

(3) Das Bundesarbeitsgericht ist an die Zulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht gebunden.

(4) Gegen Urteile, durch die über die Anordnung, Abänderung oder Aufhebung eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung entschieden wird, ist die Revision nicht zulässig.

(5) Für das Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Revision mit Ausnahme des § 566 entsprechend.

(6) Die Vorschriften des § 49 Abs. 1, der §§ 50, 52 und 53, des § 57 Abs. 2, des § 61 Abs. 2 und des § 63 über Ablehnung von Gerichtspersonen, Zustellung, Öffentlichkeit, Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter, gütliche Erledigung des Rechtsstreits sowie Inhalt des Urteils und Übersendung von Urteilen in Tarifvertragsachen gelten entsprechend.⁸³

83 ÄNDERUNGEN

01.01.1965.—Artikel 3 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 27. November 1964 (BGBl. I S. 933) hat in Abs. 1 Satz 4 „die in der ordentlichen bürgerlichen Gerichtsbarkeit geltende Revisionsgrenze erreicht“ durch „sechstausend Deutsche Mark übersteigt“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 Satz 5 „die Revisionsgrenze nicht erreicht“ durch „sechstausend Deutsche Mark nicht übersteigt“ ersetzt.

01.09.1969.—Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Ohne Zulassung findet sie nur statt, wenn das Urteil des Landesarbeitsgerichts von einer in der Revisionsbegründung bezeichneten Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht.“

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 4 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 10 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Abs. 4 „des § 50, der §§ 52 und 53“ durch „der §§ 50, 52 und 53, des § 57 Abs. 2“ ersetzt und „ , gütliche Erledigung des Rechtsstreits“ nach „Richter“ eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 48 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Gegen die Endurteile der Landesarbeitsgerichte findet die Revision an das Bundesarbeitsgericht statt, wenn das Landesarbeitsgericht die Revision im Urteil zugelassen hat. Ohne Zulassung findet sie nur statt, wenn das Urteil des Landesarbeitsgerichts von einer in der Revisionsbegründung bezeichneten Entscheidung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesarbeitsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht. Das gleiche gilt, solange eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in der Rechtsfrage nicht ergangen ist, wenn die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts von der Entscheidung eines anderen Landesarbeitsgerichts oder eines obersten Arbeitsgerichts eines Landes abweicht und auf dieser Abweichung beruht. Die Revision findet ferner statt, wenn der vom Arbeitsgericht oder Landesarbeitsgericht festgesetzte Wert des Streitgegenstandes sechstausend Deutsche Mark übersteigt. Dies gilt nicht, wenn in Rechtsstreitigkeiten über Zahlungsansprüche der Beschwerdegegenstand sechstausend Deutsche Mark nicht übersteigt.“

Artikel 1 Nr. 48 lit. b bis d desselben Gesetzes hat Abs. 2 bis 4 in Abs. 4 bis 6 unnummeriert und Abs. 2 und 3 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 48 lit. d desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 6 „§ 61 Abs. 4“ durch „§ 61 Abs. 2“ ersetzt.

§ 72a Nichtzulassungsbeschwerde

(1) Die Nichtzulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden.

(2) Die Beschwerde ist bei dem Bundesarbeitsgericht innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung des in vollständiger Form abgefaßten Urteils schriftlich einzulegen. Der Beschwerdeschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des Urteils beigelegt werden, gegen das die Revision eingelegt werden soll.

(3) Die Beschwerde ist innerhalb einer Notfrist von zwei Monaten nach Zustellung des in vollständiger Form abgefaßten Urteils zu begründen. Die Begründung muss enthalten:

1. die Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung einer Rechtsfrage und deren Entscheidungserheblichkeit,
2. die Bezeichnung der Entscheidung, von der das Urteil des Landesarbeitsgerichts abweicht, oder
3. die Darlegung eines absoluten Revisionsgrundes nach § 547 Nr. 1 bis 5 der Zivilprozessordnung oder der Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör und der Entscheidungserheblichkeit der Verletzung.

(4) Die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die Vorschriften des § 719 Abs. 2 und 3 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden.

(5) Das Landesarbeitsgericht ist zu einer Änderung seiner Entscheidung nicht befugt. Das Bundesarbeitsgericht entscheidet unter Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter durch Beschluß, der ohne mündliche Verhandlung ergehen kann. Die ehrenamtlichen Richter wirken nicht mit, wenn die Nichtzulassungsbeschwerde als unzulässig verworfen wird, weil sie nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet ist. Dem Beschluß soll eine kurze Begründung beigelegt werden. Von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn sie nicht geeignet wäre, zur Klärung der Voraussetzungen beizutragen, unter denen eine Revision zuzulassen ist, oder wenn der Beschwerde stattgegeben wird. Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesarbeitsgericht wird das Urteil rechtskräftig.

(6) Wird der Beschwerde stattgegeben, so wird das Beschwerdeverfahren als Revisionsverfahren fortgesetzt. In diesem Fall gilt die form- und fristgerechte Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde als Einlegung der Revision. Mit der Zustellung der Entscheidung beginnt die Revisionsbegründungsfrist.

(7) Hat das Landesarbeitsgericht den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, so kann das Bundesarbeitsgericht abweichend von Absatz 6 in dem der Beschwerde stattgebenden Beschluß das angefochtene Urteil aufheben und den Rechtsstreit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückverweisen.⁸⁴

11.08.1993.—Artikel 3 des Gesetzes vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1442) hat in Abs. 2 Nr. 2 „von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts,“ nach „Urteil“ eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 19 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 11 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 5 „§ 566a“ durch „§ 566“ ersetzt.

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 2 lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Nr. 1 in Abs. 2 neu gefasst. Nr. 1 lautete:

„1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder“.

Artikel 7 Nr. 2 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Nr. 2 den Punkt durch „oder“ ersetzt und Abs. 2 Nr. 3 eingefügt.

84 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 49 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

§ 72b Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils

(1) Das Endurteil eines Landesarbeitsgerichts kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden, wenn es nicht binnen fünf Monaten nach der Verkündung vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist. § 72a findet keine Anwendung.

(2) Die sofortige Beschwerde ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat beim Bundesarbeitsgericht einzulegen und zu begründen. Die Frist beginnt mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung des Urteils des Landesarbeitsgerichts. § 9 Abs. 5 findet keine Anwendung.

(3) Die sofortige Beschwerde wird durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt. Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde. Die Beschwerde kann nur damit begründet werden, dass das Urteil des Landesarbeitsgerichts mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung noch nicht vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist.

(4) Über die sofortige Beschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter durch Beschluss, der ohne mündliche Verhandlung ergehen kann. Dem Beschluss soll eine kurze Begründung beigefügt werden.

(5) Ist die sofortige Beschwerde zulässig und begründet, ist das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufzuheben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückzuverweisen. Die Zurückverweisung kann an eine andere Kammer des Landesarbeitsgerichts erfolgen.⁸⁵

ÄNDERUNGEN

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Nichtzulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden, im Falle des § 72 Abs. 2 Nr. 1 jedoch nur dann, wenn die Rechtssache Rechtsstreitigkeiten betrifft

1. zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen,
2. über die Auslegung eines Tarifvertrags, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Landesarbeitsgerichts hinaus erstreckt, oder
3. zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfs oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt.“

Artikel 7 Nr. 3 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 2 in Abs. 3 neu gefasst. Satz 2 lautete: „In der Begründung müssen die Voraussetzungen des Absatzes 1 und des § 72 Abs. 2 Nr. 1 dargelegt oder die Entscheidung, von der das Urteil des Landesarbeitsgerichts abweicht, bezeichnet werden.“

Artikel 7 Nr. 3 lit. c desselben Gesetzes hat die Sätze 3 bis 7 in Abs. 5 durch die Sätze 3 bis 6 ersetzt. Die Sätze 3 bis 7 lauteten: „Die ehrenamtlichen Richter wirken nicht mit, wenn die Nichtzulassungsbeschwerde als unzulässig verworfen wird, weil sie nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet ist, es sei denn, die Nichtzulassungsbeschwerde soll verworfen werden, weil die Voraussetzungen des Absatzes 1 und des § 72 Abs. 2 Nr. 1 nicht dargelegt sind. Dem Beschluß soll eine kurze Begründung beigefügt werden. Von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn sie nicht geeignet ist, zur Klärung der Voraussetzungen des Absatzes 1 und des § 72 Abs. 2 beizutragen. Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesarbeitsgericht wird das Urteil rechtskräftig. Wird der Beschwerde stattgegeben, beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Revisionsfrist.“

Artikel 7 Nr. 3 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 6 und 7 eingefügt.

85 QUELLE

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Vorschrift eingefügt.

§ 73 Revisionsgründe

(1) Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das Urteil des Landesarbeitsgerichts auf der Verletzung einer Rechtsnorm beruht. Sie kann nicht auf die Gründe des § 72b gestützt werden.

(2) § 65 findet entsprechende Anwendung.⁸⁶

§ 74 Einlegung der Revision, Terminbestimmung

(1) Die Frist für die Einlegung der Revision beträgt einen Monat, die Frist für die Begründung der Revision zwei Monate. Beide Fristen beginnen mit der Zustellung des in vollständiger Form abgefassten Urteils, spätestens aber mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung. Die Revisionsbegründungsfrist kann einmal bis zu einem weiteren Monat verlängert werden.

(2) Die Bestimmung des Termins zur mündlichen Verhandlung muß unverzüglich erfolgen. § 552 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung bleibt unberührt. Die Verwerfung der Revision ohne mündliche Verhandlung ergeht durch Beschluß des Senats und ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter.⁸⁷

§ 75 Urteil

(1) Die Wirksamkeit der Verkündung des Urteils ist von der Anwesenheit der ehrenamtlichen Richter nicht abhängig. Wird ein Urteil in Abwesenheit der ehrenamtlichen Richter verkündet, so ist die Urteilsformel vorher von sämtlichen Mitgliedern des erkennenden Senats zu unterschreiben.

(2) Das Urteil nebst Tatbestand und Entscheidungsgründen ist von sämtlichen Mitgliedern des erkennenden Senats zu unterschreiben.⁸⁸

86 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 14 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 „Beisitzer (§ 6 Abs. 2)“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 11 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Abs. 2 „sowie darauf, daß die Zuständigkeit eines ordentlichen Gerichts begründet sei,“ nach „Zuständigkeit“ eingefügt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Auf die unrichtige Annahme der örtlichen Zuständigkeit sowie darauf, daß die Zuständigkeit eines ordentlichen Gerichts begründet sei, und auf Mängel des Verfahrens bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter kann die Revision nicht gestützt werden.“

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

87 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. f des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 Satz 3 „Bundesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 50 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) Wird die Revision ohne Zulassung eingelegt, so kann das Bundesarbeitsgericht die Revision als unzulässig verwerfen, wenn die Voraussetzung des § 72 Abs. 1 Satz 2 und 3 nicht vorliegt. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Der Beschluß ist zu begründen. Die Revision kann aus den in Satz 1 bezeichneten Gründen nur innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach ihrer Einlegung als unzulässig verworfen werden.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 12 lit. a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Satz 1 in Abs. 1 durch die Sätze 1 und 2 ersetzt. Satz 1 lautete: „Die Revisionsfrist und die Revisionsbegründungsfrist betragen je einen Monat.“

Artikel 30 Nr. 12 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 2 „§ 554a Abs. 2“ durch „§ 552 Abs. 1“ ersetzt.

88 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. f des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 1 Satz 1 und 2 jeweils „Bundesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

15.09.1975.—Artikel 2 Nr. 1 lit. a des Gesetzes vom 8. Juli 1975 (BGBl. I S. 1863) hat Abs. 3 eingefügt.

§ 76 Sprungrevision

(1) Gegen das Urteil eines Arbeitsgerichts kann unter Übergehung der Berufungsinstanz unmittelbar die Revision eingelegt werden (Sprungrevision), wenn der Gegner schriftlich zustimmt und wenn sie vom Arbeitsgericht auf Antrag im Urteil oder nachträglich durch Beschluß zugelassen wird. Der Antrag ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung des in vollständiger Form abgefaßten Urteils schriftlich zu stellen. Die Zustimmung des Gegners ist, wenn die Revision im Urteil zugelassen ist, der Revisionschrift, andernfalls dem Antrag beizufügen.

(2) Die Sprungrevision ist nur zuzulassen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat und Rechtsstreitigkeiten betrifft

1. zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen,
2. über die Auslegung eines Tarifvertrags, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk des Landesarbeitsgerichts hinaus erstreckt, oder
3. zwischen tariffähigen Parteien oder zwischen diesen und Dritten aus unerlaubten Handlungen, soweit es sich um Maßnahmen zum Zwecke des Arbeitskampfs oder um Fragen der Vereinigungsfreiheit einschließlich des hiermit im Zusammenhang stehenden Betätigungsrechts der Vereinigungen handelt.

Das Bundesarbeitsgericht ist an die Zulassung gebunden. Die Ablehnung der Zulassung ist unanfechtbar.

(3) Lehnt das Arbeitsgericht den Antrag auf Zulassung der Revision durch Beschluß ab, so beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Berufungsfrist von neuem, sofern der Antrag in der gesetzlichen Form und Frist gestellt und die Zustimmungserklärung beigelegt war. Läßt das Arbeitsgericht die Revision durch Beschluß zu, so beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung der Lauf der Revisionsfrist.

(4) Die Revision kann nicht auf Mängel des Verfahrens gestützt werden.

(5) Die Einlegung der Revision und die Zustimmung gelten als Verzicht auf die Berufung, wenn das Arbeitsgericht die Revision zugelassen hat.

(6) Verweist das Bundesarbeitsgericht die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurück, so kann die Zurückverweisung nach seinem Ermessen auch an dasjenige Landesarbeitsgericht erfolgen, das für die Berufung zuständig gewesen wäre. In diesem Falle gelten für das Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht die gleichen Grundsätze, wie wenn der Rechtsstreit auf eine ordnungsmäßig eingelegte Berufung beim Landesarbeitsgericht anhängig geworden wäre. Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht haben die rechtliche Beurteilung, die der Aufhebung zugrunde gelegt ist, auch ihrer Entscheidung zugrunde zu legen. Von der Einlegung der Revision nach Absatz 1 hat die Geschäftsstelle des Bundesarbeitsgerichts der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts unverzüglich Nachricht zu geben.⁸⁹

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 51 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

„(3) § 565a der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.“

89 ÄNDERUNGEN

29.10.1957.—Artikel 39 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) hat in Abs. 1 „und Sozialordnung“ nach „Arbeit“ eingefügt.

15.09.1975.—Artikel 2 Nr. 1 lit. b des Gesetzes vom 8. Juli 1975 (BGBl. I S. 1863) hat in Abs. 4 „Abs. 3, 5“ durch „Abs. 3 Satz 2, Abs. 5“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 52 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Gegen die Urteile der Arbeitsgerichte kann in den Fällen des § 2 Abs. 1 Nr. 1 innerhalb der Berufungsfrist unter Übergehung der Berufungsinstanz unmittelbar die Revision eingelegt werden (Sprungrevision), wenn der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die sofortige Entscheidung des Rechtsstreits durch das Bundesarbeitsgerichts im Interesse der Allgemeinheit für notwendig er-

§ 77 Revisionsbeschwerde

Gegen den Beschluss des Landesarbeitsgerichts, der die Berufung als unzulässig verwirft, findet die Revisionsbeschwerde statt, wenn das Landesarbeitsgericht sie in dem Beschluss oder das Bundesarbeitsgericht sie zugelassen hat. Für die Zulassung der Revisionsbeschwerde gelten § 72 Absatz 2 und § 72a entsprechend. Über die Nichtzulassungsbeschwerde und die Revisionsbeschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Rechtsbeschwerde gelten entsprechend.⁹⁰

Vierter Unterabschnitt

Beschwerdeverfahren, Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör⁹¹

§ 78 Beschwerdeverfahren

Hinsichtlich der Beschwerde gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte oder ihrer Vorsitzenden gelten die für die Beschwerde gegen Entscheidungen der Amtsgerichte maßgebenden Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend. Für die Zulassung der Rechtsbeschwerde gilt § 72 Abs. 2 entsprechend. Über die sofortige Beschwerde entscheidet das Landesarbeitsgericht ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter, über die Rechtsbeschwerde das Bundesarbeitsgericht.⁹²

klärt hat oder wenn gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts gleichen Inhalts die Revision wegen des Streitwerts zulässig wäre (§ 72 Abs. 1 Satz 4 und 5) und der Gegner einwilligt.

(2) Die Erklärung des Bundesministers für Arbeit oder des Gegners sind der Revisionsschrift beizufügen.

(3) Die Sprungrevision ist unzulässig, wenn vor dem Tage der Einlegung die Berufung bei dem Landesarbeitsgericht eingelegt war. Ist die Sprungrevision zulässig, so schließt sie eine Einlegung der Berufung für beide Parteien aus.

(4) Die Vorschriften des § 566a Abs. 3 Satz 2, Abs. 5 bis 7 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Landgerichts das Arbeitsgericht, an die Stelle des Oberlandesgerichts das Landesarbeitsgericht tritt.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 13 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Abs. 6 neu gefasst. Abs. 6 lautete:

„(6) § 566a Abs. 5 bis 7 der Zivilprozessordnung ist entsprechend anzuwenden.“

90 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. f des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Satz 2 „Bundesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 14 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die sofortige Beschwerde nach § 519b Abs. 2 der Zivilprozessordnung ist nur zulässig, wenn sie das Landesarbeitsgericht in dem Beschluß über die Verwerfung der Berufung wegen der Bedeutung der Rechtssache zugelassen hat. Über die sofortige Beschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die sofortige Beschwerde gelten entsprechend.“

17.11.2016.—Artikel 12 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Gegen den Beschluss des Landesarbeitsgerichts, der die Berufung als unzulässig verwirft, findet die Rechtsbeschwerde nur statt, wenn das Landesarbeitsgericht sie in dem Beschluss zugelassen hat. Für die Zulassung der Rechtsbeschwerde gilt § 72 Abs. 2 entsprechend. Über die Rechtsbeschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter. Die Vorschriften der Zivilprozessordnung über die Rechtsbeschwerde gelten entsprechend.“

91 ÄNDERUNGEN

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 6 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Überschrift des Unterabschnitts neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Beschwerdeverfahren“.

92 ÄNDERUNGEN

§ 78a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

(1) Auf die Rüge der durch die Entscheidung beschwerten Partei ist das Verfahren fortzuführen, wenn

1. ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
2. das Gericht den Anspruch dieser Partei auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) Die Rüge ist innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

(3) Dem Gegner ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.

(5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. § 343 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können.

(6) Die Entscheidungen nach den Absätzen 4 und 5 erfolgen unter Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter. Die ehrenamtlichen Richter wirken nicht mit, wenn die Rüge als unzulässig verworfen wird oder sich gegen eine Entscheidung richtet, die ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter erlassen wurde.

(7) § 707 der Zivilprozessordnung ist unter der Voraussetzung entsprechend anzuwenden, dass der Beklagte glaubhaft macht, dass die Vollstreckung ihm einen nicht zu ersetzenden Nachteil bringen würde.

(8) Auf das Beschlussverfahren finden die Absätze 1 bis 7 entsprechende Anwendung.⁹³

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 12 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Eine weitere Beschwerde findet nicht statt.“

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 8 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat in Abs. 2 „und in den Fällen des § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes“ vor „nicht“ eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 15 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) Hinsichtlich der Beschwerde gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte oder ihrer Vorsitzenden gelten die für die Beschwerde gegen Entscheidungen der Amtsgerichte maßgebenden Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend. Über die Beschwerde entscheidet das Landesarbeitsgericht.

(2) Eine weitere Beschwerde findet außer gegen Beschlüsse des Landesarbeitsgerichts im Falle der Verwerfung des Einspruchs (§ 568a der Zivilprozessordnung) und in den Fällen des § 17a Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht statt.“

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Überschrift eingefügt.

93 QUELLE

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Vorschrift eingefügt.

**Fünfter Unterabschnitt
Wiederaufnahme des Verfahrens**

§ 79

Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens gelten für Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 bis 4 entsprechend. Die Nichtigkeitsklage kann jedoch nicht auf Mängel des Verfahrens bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter oder auf Umstände, die die Berufung eines ehrenamtlichen Richters zu seinem Amt ausschließen, gestützt werden.⁹⁴

**Zweiter Abschnitt
Beschlußverfahren**

**Erster Unterabschnitt
Erster Rechtszug**

§ 80 Grundsatz

(1) Das Beschlußverfahren findet in den in § 2a bezeichneten Fällen Anwendung.

(2) Für das Beschlußverfahren des ersten Rechtszugs gelten die für das Urteilsverfahren des ersten Rechtszugs maßgebenden Vorschriften über Prozeßfähigkeit, Prozeßvertretung, Ladungen, Termine und Fristen, Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen, Zustellungen, persönliches Erscheinen der Parteien, Öffentlichkeit, Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter, Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung, Vorbereitung der streitigen Verhandlung, Verhandlung vor der Kammer, Beweisaufnahme, gütliche Erledigung des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Wiederaufnahme des Verfahrens entsprechend; soweit sich aus den §§ 81 bis 84 nichts anderes ergibt. Der Vorsitzende kann ein Güteverfahren ansetzen; die für das Urteilsverfahren des ersten Rechtszugs maßgebenden Vorschriften über das Güteverfahren gelten entsprechend.

(3) § 48 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.⁹⁵

§ 81 Antrag

(1) Das Verfahren wird nur auf Antrag eingeleitet; der Antrag ist bei dem Arbeitsgericht schriftlich einzureichen oder bei seiner Geschäftsstelle mündlich zur Niederschrift anzubringen.

94 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 15 des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Satz 2 „Beisitzer (§ 6 Abs. 2)“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und „Beisitzers“ durch „ehrenamtlichen Richters“ ersetzt.
01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 53 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Satz 1 „Nr. 1 bis 3 und nach § 3“ durch „bis 4“ ersetzt.

95 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 6 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat in Abs. 1 „und 5“ nach „Nr. 4“ eingefügt.
01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. b des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 „Arbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.
01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 54 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 „§ 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5“ durch „§ 2a“ ersetzt.
Artikel 1 Nr. 54 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „gütliche Erledigung des Verfahrens,“ nach „Beweisaufnahme,“ eingefügt.
01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 9 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat Abs. 3 eingefügt.
01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 20 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.
26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 5 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat in Abs. 2 Satz 1 „Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung,“ nach „Richter,“ eingefügt.

(2) Der Antrag kann jederzeit in derselben Form zurückgenommen werden. In diesem Fall ist das Verfahren vom Vorsitzenden des Arbeitsgerichts einzustellen. Von der Einstellung ist den Beteiligten Kenntnis zu geben, soweit ihnen der Antrag vom Arbeitsgericht mitgeteilt worden ist.

(3) Eine Änderung des Antrags ist zulässig, wenn die übrigen Beteiligten zustimmen oder das Gericht die Änderung für sachdienlich hält. Die Zustimmung der Beteiligten zu der Änderung des Antrags gilt als erteilt, wenn die Beteiligten sich, ohne zu widersprechen, in einem Schriftsatz oder in der mündlichen Verhandlung auf den geänderten Antrag eingelassen haben. Die Entscheidung, daß eine Änderung des Antrags nicht vorliegt oder zugelassen wird, ist unanfechtbar.⁹⁶

§ 82 Örtliche Zuständigkeit

(1) Zuständig ist das Arbeitsgericht, in dessen Bezirk der Betrieb liegt. In Angelegenheiten des Gesamtbetriebsrats, des Konzernbetriebsrats, der Gesamtjugendvertretung oder der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, des Wirtschaftsausschusses und der Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Unternehmen seinen Sitz hat. Satz 2 gilt entsprechend in Angelegenheiten des Gesamtsprecherausschusses, des Unternehmenssprecherausschusses und des Konzernsprecherausschusses.

(2) In Angelegenheiten eines Europäischen Betriebsrats, im Rahmen eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung oder des besonderen Verhandlungsgremiums ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Unternehmen oder das herrschende Unternehmen nach § 2 des Gesetzes über Europäische Betriebsräte seinen Sitz hat. Bei einer Vereinbarung nach § 41 Absatz 1 bis 7 des Gesetzes über Europäische Betriebsräte ist der Sitz des vertragschließenden Unternehmens maßgebend.

(3) In Angelegenheiten aus dem SE-Beteiligungsgesetz ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Europäische Gesellschaft ihren Sitz hat; vor ihrer Eintragung ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Europäische Gesellschaft ihren Sitz haben soll.

(4) In Angelegenheiten nach dem SCE-Beteiligungsgesetz ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Europäische Genossenschaft ihren Sitz hat; vor ihrer Eintragung ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Europäische Genossenschaft ihren Sitz haben soll.

(5) In Angelegenheiten nach dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgegangene Gesellschaft ihren Sitz hat; vor ihrer Eintragung ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft ihren Sitz haben soll.⁹⁷

96 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 55 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 Satz 1 „zurückgezogen“ durch „zurückgenommen“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 55 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

97 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 7 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat Satz 2 neu gefasst. Satz 2 lautete: „In Angelegenheiten des Gesamtbetriebsrats, des Wirtschaftsausschusses und der Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Unternehmen seinen Sitz hat.“

20.07.1988.—Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juli 1988 (BGBl. I S. 1034) hat in Satz 2 „oder der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung“ nach „Gesamtjugendvertretung“ eingefügt.

Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juli 1988 (BGBl. I S. 1037) hat in Satz 2 „oder der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung“ nach „Gesamtjugendvertretung“ eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 4 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312) hat Satz 3 eingefügt.

01.11.1996.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1548) hat die Sätze 4 und 5 eingefügt.

§ 83 Verfahren

(1) Das Gericht erforscht den Sachverhalt im Rahmen der gestellten Anträge von Amts wegen. Die am Verfahren Beteiligten haben an der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken.

(1a) Der Vorsitzende kann den Beteiligten eine Frist für ihr Vorbringen setzen. Nach Ablauf einer nach Satz 1 gesetzten Frist kann das Vorbringen zurückgewiesen werden, wenn nach der freien Überzeugung des Gerichts seine Zulassung die Erledigung des Beschlussverfahrens verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt. Die Beteiligten sind über die Folgen der Versäumung einer nach Satz 1 gesetzten Frist zu belehren.

(2) Zur Aufklärung des Sachverhalts können Urkunden eingesehen, Auskünfte eingeholt, Zeugen, Sachverständige und Beteiligte vernommen und der Augenschein eingenommen werden.

(3) In dem Verfahren sind der Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Stellen zu hören, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschussgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Drittelbeteiligungsgesetz, den §§ 94, 95, 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, dem § 18a des Berufsbildungsgesetzes und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen sowie nach dem Gesetz über europäische Betriebsräte, dem SE-Beteiligungsgesetz, dem SCE-Beteiligungsgesetz und dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung im einzelnen Fall beteiligt sind.

(4) Die Beteiligten können sich schriftlich äußern. Bleibt ein Beteiligter auf Ladung unentschuldigt aus, so ist der Pflicht zur Anhörung genügt; hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. Mit Einverständnis der Beteiligten kann das Gericht ohne mündliche Verhandlung entscheiden.

(5) Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Arbeitsgerichts oder seines Vorsitzenden findet die Beschwerde nach Maßgabe des § 78 statt.⁹⁸

29.12.2004.—Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Zuständig ist das Arbeitsgericht, in dessen Bezirk der Betrieb liegt. In Angelegenheiten des Gesamtbetriebsrats, des Konzernbetriebsrats, der Gesamtjugendvertretung oder der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung oder der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, des Wirtschaftsausschusses und der Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Unternehmen seinen Sitz hat. Satz 2 gilt entsprechend in Angelegenheiten des Gesamtsprecherausschusses, des Unternehmenssprecherausschusses und des Konzernsprecherausschusses. Ein Angelegenheiten eines Europäischen Betriebsrats, im Rahmen eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung oder des besonderen Verhandlungsgremiums ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Unternehmen oder das herrschende Unternehmen nach § 2 des Gesetzes über Europäische Betriebsräte seinen Sitz hat. Bei einer Vereinbarung nach § 41 des Gesetzes über Europäische Betriebsräte ist der Sitz des vertragschließenden Unternehmens maßgebend.“

18.08.2006.—Artikel 8 Nr. 3 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1911) hat Abs. 4 eingefügt.

29.12.2006.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3332) hat Abs. 5 eingefügt.

18.06.2011.—Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2011 (BGBl. I S. 1050) hat in Abs. 2 Satz 2 „Absatz 1 bis 7“ nach „§ 41“ eingefügt.

98 ÄNDERUNGEN

01.07.1976.—§ 35 Abs. 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 4. Mai 1976 (BGBl. I S. 1153) hat in Abs. 1 Satz 1 „und den dazu“ durch „ , dem Mitbestimmungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und den zu diesen Gesetzen“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 56 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) In dem Verfahren sind der Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Stellen zu hören, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und den zu diesen Gesetzen erlassenen Rechtsverordnungen im einzelnen Falle beteiligt sind. Die Anhörung erfolgt vor der Kammer; die Kammer kann einem Beteiligten die schriftliche Äußerung gestatten.

(2) Bleibt ein Beteiligter auf Ladung unentschuldigt aus, so ist der Pflicht zur Anhörung genügt. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.

§ 83a Vergleich, Erledigung des Verfahrens

(3) Für die Beweisaufnahme gilt § 58 entsprechend. Zur Aufklärung des Sachverhalts können Urkunden eingesehen, Auskünfte eingeholt, Zeugen und Sachverständige vernommen und der Augenschein eingenommen werden.

(4) Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Arbeitsgerichts oder seines Vorsitzenden findet die Beschwerde nach Maßgabe des § 78 statt.“

01.01.1986.—Artikel 10 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355) hat in Abs. 3 „dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz,“ nach „Mitbestimmungsgesetz,“ eingefügt.

01.01.1989.—Artikel 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) In dem Verfahren sind der Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Stellen zu hören, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen im einzelnen Fall beteiligt sind.“

01.08.1996.—Artikel 8 lit. d des Gesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1088) hat in Abs. 3 „ , dem § 54c des Schwerbehindertengesetzes“ nach „1952“ eingefügt.

01.11.1996.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 28. Oktober 1996 (BGBl. I S. 1548) hat in Abs. 3 „sowie dem Gesetz über Europäische Betriebsräte“ nach „Rechtsverordnungen“ eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 21 lit. a des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 1a eingefügt.

Artikel 1 Nr. 21 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 3 „dem § 54c“ durch „den §§ 24, 25, 54c“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 21 lit. c desselben Gesetzes hat Satz 1 in Abs. 4 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Anhörung erfolgt vor der Kammer; die Beteiligten können sich schriftlich äußern.“

01.07.2001.—Artikel 23 Nr. 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) hat in Abs. 3 „§§ 24, 25, 54c des Schwerbehindertengesetzes“ durch „§§ 94, 95, 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 16 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Abs. 1a neu gefasst. Abs. 1a lautete:

„(1a) Der Vorsitzende kann den Beteiligten eine Frist zum Vorbringen von Angriffs- und Verteidigungsmitteln setzen. Angriffs- und Verteidigungsmittel, die erst nach Ablauf einer nach Satz 1 gesetzten Frist vorgebracht werden, können zurückgewiesen werden, wenn nach der freien Überzeugung des Gerichts ihre Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde oder wenn der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt. Die Beteiligten sind über die Folgen der Versäumung der nach Satz 1 gesetzten Frist zu belehren.“

15.08.2002.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3140) hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) In dem Verfahren sind der Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Stellen zu hören, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Sprecherausschußgesetz, dem Mitbestimmungsgesetz, dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz 1952, den §§ 94, 95, 139 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und den zu diesen Gesetzen ergangenen Rechtsverordnungen sowie dem Gesetz über Europäische Betriebsräte im einzelnen Fall beteiligt sind.“

01.07.2004.—Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974) hat in Abs. 3 „Betriebsverfassungsgesetz 1952“ durch „Drittelbeteiligungsgesetz“ ersetzt.

29.12.2004.—Artikel 6 Nr. 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675) hat in Abs. 3 „nach“ nach „sowie“ und „und dem SE-Beteiligungsgesetz“ nach „Betriebsräte“ eingefügt.

18.08.2006.—Artikel 8 Nr. 4 des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1911) hat in Abs. 3 „und dem SE-Beteiligungsgesetz“ durch „ , dem SE-Beteiligungsgesetz und dem SCE-Beteiligungsgesetz“ ersetzt.

29.12.2006.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3332) hat in Abs. 3 „und dem SCE-Beteiligungsgesetz“ durch „ dem SCE-Beteiligungsgesetz und dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung“ ersetzt.

01.01.2018.—Artikel 19 Abs. 6 Nr. 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) hat in Abs. 3 „§§ 94, 95, 139“ durch „§§ 177, 178 und 222“ ersetzt.

(1) Die Beteiligten können, um das Verfahren ganz oder zum Teil zu erledigen, zur Niederschrift des Gerichts oder des Vorsitzenden oder des Güterichters einen Vergleich schließen, soweit sie über den Gegenstand des Vergleichs verfügen können, oder das Verfahren für erledigt erklären.

(2) Haben die Beteiligten das Verfahren für erledigt erklärt, so ist es vom Vorsitzenden des Arbeitsgerichts einzustellen. § 81 Abs. 2 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Hat der Antragsteller das Verfahren für erledigt erklärt, so sind die übrigen Beteiligten binnen einer von dem Vorsitzenden zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen aufzufordern, mitzuteilen, ob sie der Erledigung zustimmen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sich der Beteiligte innerhalb der vom Vorsitzenden bestimmten Frist nicht äußert.⁹⁹

§ 84 Beschluß

Das Gericht entscheidet nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung. Der Beschluß ist schriftlich abzufassen. § 60 ist entsprechend anzuwenden.¹⁰⁰

§ 85 Zwangsvollstreckung

(1) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, findet aus rechtskräftigen Beschlüssen der Arbeitsgerichte oder gerichtlichen Vergleichen, durch die einem Beteiligten eine Verpflichtung auferlegt wird, die Zwangsvollstreckung statt. Beschlüsse der Arbeitsgerichte in vermögensrechtlichen Streitigkeiten sind vorläufig vollstreckbar; § 62 Abs. 1 Satz 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden. Für die Zwangsvollstreckung gelten die Vorschriften des Achten Buches der Zivilprozeßordnung entsprechend mit der Maßgabe, daß der nach dem Beschluß Verpflichtete als Schuldner, derjenige, der die Erfüllung der Verpflichtung auf Grund des Beschlusses verlangen kann, als Gläubiger gilt und in den Fällen des § 23 Abs. 3, des § 98 Abs. 5 sowie der §§ 101 und 104 des Betriebsverfassungsgesetzes eine Festsetzung von Ordnungs- oder Zwangshaft nicht erfolgt.

(2) Der Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist zulässig. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Achten Buches der Zivilprozeßordnung über die einstweilige Verfügung entsprechend mit der Maßgabe, daß die Entscheidungen durch Beschluß der Kammer ergehen, erforderliche Zustellungen von Amts wegen erfolgen und ein Anspruch auf Schadensersatz nach § 945 der Zivilprozeßordnung in Angelegenheiten des Betriebsverfassungsgesetzes nicht besteht. Eine in das Schutzschriftenregister nach § 945a Absatz 1 der Zivilprozessordnung eingestellte Schutzschrift gilt auch als bei allen Arbeitsgerichten der Länder eingereicht.¹⁰¹

99 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 57 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 6 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat in Abs. 1 „oder des Güterichters“ nach „Vorsitzenden“ eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

100 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 58 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Auf Grund der Ergebnisse des Verfahrens beschließt die Kammer nach freier Überzeugung. Der entscheidende Teil des Beschlusses ist schriftlich abzufassen und vom Vorsitzenden zu verkünden; falls hierbei Beteiligte anwesend sind, ist dabei der wesentliche Inhalt der Gründe mitzuteilen. § 60 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.“

101 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 8 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Aus rechtskräftigen Beschlüssen der Arbeitsgerichte, durch die einem Beteiligten eine Verpflichtung auferlegt wird, findet die Zwangsvollstreckung statt. Für die Zwangsvollstreckung gelten die Vorschriften des Achten Buchs der Zivilprozeßordnung entsprechend mit der Maßgabe, das der nach dem

§ 86¹⁰²

Zweiter Unterabschnitt Zweiter Rechtszug

§ 87 Grundsatz

(1) Gegen die das Verfahren beendenden Beschlüsse der Arbeitsgerichte findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht statt.

(2) Für das Beschwerdeverfahren gelten die für das Berufungsverfahren maßgebenden Vorschriften über die Einlegung der Berufung und ihre Begründung, über Prozeßfähigkeit, Ladungen, Termine und Fristen, Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen, Zustellungen, persönliches Erscheinen der Parteien, Öffentlichkeit, Befugnisse des Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Richter, Güterichter, Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung, Vorbereitung der streitigen Verhandlung, Verhandlung vor der Kammer, Beweisaufnahme, gütliche Erledigung des Rechtsstreits, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Wiederaufnahme des Verfahrens sowie die Vorschriften des § 85 über die Zwangsvollstreckung entsprechend. Für die Vertretung der Beteiligten gilt § 11 Abs. 1 bis 3 und 5 entsprechend. Der Antrag kann jederzeit mit Zustimmung der anderen Beteiligten zurückgenommen werden; § 81 Abs. 2 Satz 2 und 3 und Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

(3) In erster Instanz zu Recht zurückgewiesenes Vorbringen bleibt ausgeschlossen. Neues Vorbringen, das im ersten Rechtszug entgegen einer hierfür nach § 83 Abs. 1a gesetzten Frist nicht vorgebracht wurde, kann zurückgewiesen werden, wenn seine Zulassung nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts die Erledigung des Beschlussverfahrens verzögern würde und der Betei-

Beschluß Verpflichtete als Schuldner, derjenige, der die Erfüllung der Verpflichtung auf Grund des Beschlusses verlangen kann, als Gläubiger gilt.“

01.01.1975.—Artikel 112 Nr. 3 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 1 Satz 2 „Verurteilung zur Strafe der Haft“ durch „Festsetzung von Ordnungs- oder Zwangshaft“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 59 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 1 Satz 1 „oder gerichtlichen Vergleichen“ nach „Arbeitsgerichte“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 59 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 10 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat in Abs. 1 Satz 2 „und 3“ durch „bis 5“ ersetzt.

01.01.2016.—Artikel 3 Nr. 7 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

102 ÄNDERUNGEN

01.01.1966.—§ 42 Nr. 2 des Gesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1185) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach den §§ 65 und 77 des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig ist, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlußverfahrens nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe o auszusetzen.“

19.01.1972.—§ 124 Nr. 9 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat in Abs. 1 und 2 jeweils „Nr. 4 Buchstabe o“ durch „Nr. 5 Buchstabe a“ ersetzt.

AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 60 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„(1) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat einer Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaft notwendig ist, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlußverfahrens nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe a auszusetzen.

(2) Im Falle des Absatzes 1 sind die Parteien des Rechtsstreits auch im Beschlußverfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe a antragsberechtigt.“

ligte die Verzögerung nicht genügend entschuldigt. Soweit neues Vorbringen nach Satz 2 zulässig ist, muss es der Beschwerdeführer in der Beschwerdebegründung, der Beschwerdegegner in der Beschwerdebeantwortung vortragen. Wird es später vorgebracht, kann es zurückgewiesen werden, wenn die Möglichkeit es vorzutragen vor der Beschwerdebegründung oder der Beschwerdebeantwortung entstanden ist und das verspätete Vorbringen nach der freien Überzeugung des Landesarbeitsgerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und auf dem Verschulden des Beteiligten beruht.

(4) Die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung; § 85 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.¹⁰³

§ 88 Beschränkung der Beschwerde

§ 65 findet entsprechende Anwendung.¹⁰⁴

§ 89 Einlegung

(1) Für die Einlegung und Begründung der Beschwerde gilt § 11 Abs. 4 und 5 entsprechend.

(2) Die Beschwerdeschrift muß den Beschluß bezeichnen, gegen den die Beschwerde gerichtet ist, und die Erklärung enthalten, daß gegen diesen Beschluß die Beschwerde eingelegt wird. Die Beschwerdebegründung muß angeben, auf welche im einzelnen anzuführenden Beschwerdegründe sowie auf welche neuen Tatsachen die Beschwerde gestützt wird.

(3) Ist die Beschwerde nicht in der gesetzlichen Form oder Frist eingelegt oder begründet, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Der Beschluss kann ohne vorherige mündliche Verhandlung durch den Vorsitzenden ergehen; er ist unanfechtbar. Er ist dem Beschwerdeführer zuzustellen. § 522 Abs. 2 und 3 der Zivilprozessordnung ist nicht anwendbar.

103 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. d des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 Satz 1 „Landesarbeitsrichter“ durch „ehrenamtlichen Richter“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 61 lit. a Abs. 1 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 Satz 1 „über die Einlegung der Berufung und ihre Begründung,“ nach „Vorschriften“ und „gütliche Erledigung des Rechtsstreits,“ nach „Beweisaufnahme,“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 61 lit. a Abs. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 61 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 neu gefasst. Abs. 3 lautete:

„(3) Die Einlegung der Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.“

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Abs. 2 Satz 4 eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 17 lit. a des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Satz 4 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 4 lautete: „Für die Zulassung neuer Angriffsmittel gilt § 67 Abs. 2 entsprechend.“

Artikel 30 Nr. 17 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 in Abs. 4 unnummeriert.

Artikel 30 Nr. 17 lit. b desselben Gesetzes in der Fassung des Artikels 5 Abs. 1a Nr. 4 des Gesetzes vom 26. November 2001 (BGBl. I S. 3138) hat Abs. 3 eingefügt.

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 4 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 Satz 2 „bis 3 und 5“ nach „Abs. 1“ eingefügt.

26.07.2012.—Artikel 4 Nr. 7 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1577) hat in Abs. 2 Satz 1 „Güterichter, Mediation und außergerichtliche Konfliktbeilegung,“ nach „Richter,“ eingefügt.

104 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat „Beisitzer“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und „Beisitzers“ durch „ehrenamtlichen Richters“ ersetzt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 88 Beschwerdegründe

Auf die unrichtige Annahme der örtlichen Zuständigkeit, auf Mängel des Verfahrens bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter oder auf Umstände, die die Berufung eines ehrenamtlichen Richters zu seinem Amt ausschließen, kann die Beschwerde nicht gestützt werden.“

(4) Die Beschwerde kann jederzeit in der für ihre Einlegung vorgeschriebenen Form zurückgenommen werden. Im Falle der Zurücknahme stellt der Vorsitzende das Verfahren ein. Er gibt hiervon den Beteiligten Kenntnis, soweit ihnen die Beschwerde zugestellt worden ist.¹⁰⁵

§ 90 Verfahren

(1) Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung werden den Beteiligten zur Äußerung zugestellt. Die Äußerung erfolgt durch Einreichung eines Schriftsatzes beim Beschwerdegericht oder durch Erklärung zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat.

(2) Für das Verfahren sind die §§ 83 und 83a entsprechend anzuwenden.

(3) Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Landesarbeitsgerichts oder seines Vorsitzenden findet kein Rechtsmittel statt.¹⁰⁶

§ 91 Entscheidung

(1) Über die Beschwerde entscheidet das Landesarbeitsgericht durch Beschluß. Eine Zurückverweisung ist nicht zulässig. § 84 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Der Beschluß nebst Gründen ist von den Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben und den Beteiligten zuzustellen. § 69 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.¹⁰⁷

105 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 62 lit. a Satz 1 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 1 in Abs. 1 aufgehoben. Satz 1 lautete: „Die Beschwerde wird durch Einreichung einer Beschwerdeschrift bei dem Arbeitsgericht, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat, oder bei dem Landesarbeitsgericht eingelegt.“

Artikel 1 Nr. 62 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Die Beschwerdeschrift muß angeben, inwieweit die Abänderung des angefochtenen Beschlusses beantragt wird und auf welche im einzelnen anzuführenden Beschwerdegründe sowie auf welche neuen Tatsachen die Beschwerde gestützt wird.“

08.09.1998.—Artikel 13 Nr. 3 des Gesetzes vom 31. August 1998 (BGBl. I S. 2600) hat in Abs. 1 „Satz 2“ durch „Satz 2, 4 und 5“ ersetzt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 23 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 3 Satz 1 „oder begründet“ nach „eingelegt“ eingefügt.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 18 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat Abs. 3 Satz 4 eingefügt.

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Beschwerdeschrift muß von einem Rechtsanwalt oder einer nach § 11 Abs. 2 Satz 2, 4 und 5 zur Vertretung befugten Person unterzeichnet sein.“

01.04.2008.—Artikel 2 Nr. 11 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 444) hat die Sätze 1 und 2 in Abs. 3 neu gefasst. Die Sätze 1 und 2 lauteten: „Ist die Beschwerde nicht in der gesetzlichen Form oder Frist eingelegt und begründet, so verwirft sie die Kammer als unzulässig. Der Beschluß kann ohne vorherige mündliche Verhandlung ergehen; er ist endgültig.“

106 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 63 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 1 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Beschwerdeschrift wird von den Beteiligten zur Äußerung zugestellt.“

Artikel 1 Nr. 63 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für das Verfahren gilt § 83 entsprechend.“

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Abs. 1 Satz 2 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

107 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 64 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in Abs. 2 Satz 2 „§ 60 Abs. 4“ durch „§ 69 Abs. 1“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 64 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 3 aufgehoben. Abs. 3 lautete:

**Dritter Unterabschnitt
Dritter Rechtszug**

§ 92 Rechtsbeschwerdeverfahren, Grundsatz

(1) Gegen den das Verfahren beendenden Beschluß eines Landesarbeitsgerichts findet die Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht statt, wenn sie in dem Beschluß des Landesarbeitsgerichts oder in dem Beschluß des Bundesarbeitsgerichts nach § 92a Satz 2 zugelassen wird. § 72 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden. In den Fällen des § 85 Abs. 2 findet die Rechtsbeschwerde nicht statt.

(2) Für das Rechtsbeschwerdeverfahren gelten die für das Revisionsverfahren maßgebenden Vorschriften über Einlegung der Revision und ihre Begründung, Prozeßfähigkeit, Ladung, Termine und Fristen, Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen, Zustellungen, persönliches Erscheinen der Parteien, Öffentlichkeit, Befugnisse des Vorsitzenden und der Beisitzer, gütliche Erledigung des Rechtsstreits, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und Wiederaufnahme des Verfahrens sowie die Vorschriften des § 85 über die Zwangsvollstreckung entsprechend, soweit sich aus den §§ 93 bis 96 nichts anderes ergibt. Für die Vertretung der Beteiligten gilt § 11 Abs. 1 bis 3 und 5 entsprechend. Der Antrag kann jederzeit mit Zustimmung der anderen Beteiligten zurückgenommen werden; § 81 Abs. 2 Satz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Die Einlegung der Rechtsbeschwerde hat aufschiebende Wirkung. § 85 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.¹⁰⁸

§ 92a Nichtzulassungsbeschwerde

Die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden. § 72a Abs. 2 bis 7 ist entsprechend anzuwenden.¹⁰⁹

„(3) Das Landesarbeitsgericht kann im Beschluß die Rechtsbeschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zulassen. § 69 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.“

108 ÄNDERUNGEN

01.09.1969.—Artikel 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Ohne Zulassung kann die Rechtsbeschwerde eingelegt werden, wenn die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts von einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht.“

19.01.1972.—§ 124 Nr. 10 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat Abs. 1 Satz 3 eingefügt.

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 13 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat in Abs. 2 Satz 1 „gütliche Erledigung des Rechtsstreits,“ nach „Beisitzer,“ eingefügt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 65 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Sätze 1 und 2 in Abs. 1 neu gefasst. Die Sätze 1 und 2 lauteten: Gegen die das Verfahren beendenden Beschlüsse der Landesarbeitsgerichte findet die Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht statt, wenn das Landesarbeitsgericht die Rechtsbeschwerde wegen der Bedeutung der Rechtssache zugelassen hat. § 72 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

Artikel 1 Nr. 65 lit. b Abs. 1 desselben Gesetzes hat in Abs. 2 Satz 1 „Einlegung der Revision und ihre Begründung,“ nach „Vorschriften über“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 65 lit. b Abs. 2 desselben Gesetzes hat Abs. 2 Satz 3 eingefügt.

Artikel 1 Nr. 65 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 2 eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 24 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat in Abs. 1 Satz 2 „Abs. 1 Satz 2,“ nach „§ 72“ eingefügt.

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 6 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 Satz 2 „bis 3 und 5“ nach „Abs. 1“ eingefügt.

109 QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 66 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

§ 92b Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung der Beschwerdeentscheidung

Der Beschluss eines Landesarbeitsgerichts nach § 91 kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden, wenn er nicht binnen fünf Monaten nach der Verkündung vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist. § 72b Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend. § 92a findet keine Anwendung.¹¹⁰

§ 93 Rechtsbeschwerdegründe

(1) Die Rechtsbeschwerde kann nur darauf gestützt werden, daß der Beschluß des Landesarbeitsgerichts auf der Nichtanwendung oder der unrichtigen Anwendung einer Rechtsnorm beruht. Sie kann nicht auf die Gründe des § 92b gestützt werden.

(2) § 65 findet entsprechende Anwendung.¹¹¹

§ 94 Einlegung

(1) Für die Einlegung und Begründung der Rechtsbeschwerde gilt § 11 Abs. 4 und 5 entsprechend.

(2) Die Rechtsbeschwerdeschrift muß den Beschluß bezeichnen, gegen den die Rechtsbeschwerde gerichtet ist, und die Erklärung enthalten, daß gegen diesen Beschluß die Rechtsbeschwerde eingelegt werde. Die Rechtsbeschwerdebegründung muß angeben, inwieweit die Abänderung des angefochtenen Beschlusses beantragt wird, welche Bestimmungen verletzt sein sollen und worin die Verletzung bestehen soll. § 74 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Die Rechtsbeschwerde kann jederzeit in der für ihre Einlegung vorgeschriebenen Form zurückgenommen werden. Im Falle der Zurücknahme stellt der Vorsitzende das Verfahren ein. Er gibt hiervon den Beteiligten Kenntnis, soweit ihnen die Rechtsbeschwerde zugestellt worden ist.¹¹²

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„Die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden, im Falle des § 92 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 72 Abs. 2 Nr. 1 jedoch nur dann, wenn die Rechtssache Streitigkeiten über die Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit einer Vereinigung betrifft. § 72a Abs. 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden.“

110 QUELLE

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 10 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat die Vorschrift eingefügt.

111 ÄNDERUNGEN

01.10.1972.—Artikel VII Nr. 3 lit. a des Gesetzes vom 26. Mai 1972 (BGBl. I S. 841) hat in Abs. 2 „Beisitzer“ durch „ehrenamtlichen Richter“ und „Beisitzers“ durch „ehrenamtlichen Richters“ ersetzt.

01.01.1991.—Artikel 6 Nr. 11 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Auf die unrichtige Annahme der örtlichen Zuständigkeit, auf Mängel des Verfahrens bei der Berufung der ehrenamtlichen Richter oder auf Umstände, die die Berufung eines ehrenamtlichen Richters zu seinem Amt ausschließen, kann die Rechtsbeschwerde nicht gestützt werden.“

01.01.2005.—Artikel 7 Nr. 11 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3220) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

112 ÄNDERUNGEN

01.09.1969.—Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106) hat Abs. 1 und 2 neu gefasst. Abs. 1 und 2 lauteten:

„(1) Die Rechtsbeschwerde wird durch Einreichung einer Rechtsbeschwerdeschrift beim dem Landesarbeitsgericht, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat, oder beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Sie ist binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach der Zustellung des angefochtenen Beschlusses einzulegen. Die Rechtsbeschwerdeschrift muß von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

(2) Die Rechtsbeschwerdeschrift muß angeben, inwieweit die Abänderung des angefochtenen Beschlusses beantragt wird, welche Bestimmungen verletzt sein sollen und worin die Verletzung bestehen soll. § 74 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.“

§ 95 Verfahren

Die Rechtsbeschwerdeschrift und die Rechtsbeschwerdebegründung werden den Beteiligten zur Äußerung zugestellt. Die Äußerung erfolgt durch Einreichung eines Schriftsatzes beim Bundesarbeitsgericht oder durch Erklärung zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Landesarbeitsgerichts, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat. Geht von einem Beteiligten die Äußerung nicht rechtzeitig ein, so steht dies dem Fortgang des Verfahrens nicht entgegen. § 83a ist entsprechend anzuwenden.¹¹³

§ 96 Entscheidung

(1) Über die Rechtsbeschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht durch Beschluß. Die §§ 562, 563 der Zivilprozeßordnung gelten entsprechend.

(2) Der Beschluß nebst Gründen ist von sämtlichen Mitgliedern des Senats zu unterschreiben und den Beteiligten zuzustellen.¹¹⁴

§ 96a Sprungrechtsbeschwerde

(1) Gegen den das Verfahren beendenden Beschluß eines Arbeitsgerichts kann unter Übergehung der Beschwerdeinstanz unmittelbar Rechtsbeschwerde eingelegt werden (Sprungrechtsbeschwerde), wenn die übrigen Beteiligten schriftlich zustimmen und wenn sie vom Arbeitsgericht wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache auf Antrag in dem verfahrensbeendenden Beschluß oder nachträglich durch gesonderten Beschluß zugelassen wird. Der Antrag ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung des in vollständiger Form abgefaßten Beschlusses schriftlich zu stellen. Die Zustimmung der übrigen Beteiligten ist, wenn die Sprungrechtsbeschwerde in dem verfahrensbeendenden Beschluß zugelassen ist, der Rechtsbeschwerdeschrift, andernfalls dem Antrag beizufügen.

(2) § 76 Abs. 2 Satz 2, 3, Abs. 3 bis 6 ist entsprechend anzuwenden.¹¹⁵

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 67 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Sätze 1 bis 3 in Abs. 1 aufgehoben. Die Sätze 1 bis 3 lauteten: „Die Rechtsbeschwerde wird durch Einreichung einer Rechtsbeschwerdeschrift bei dem Landesarbeitsgericht, das den angefochtenen Beschluß erlassen hat, oder beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Sie ist binnen einer Notfrist von zwei Wochen nach der Zustellung des angefochtenen Beschlusses einzulegen. Die Rechtsbeschwerde ist, sofern die Rechtsbeschwerdeschrift keine Begründung enthält, innerhalb weiterer zwei Wochen zu begründen; die Frist beginnt mit der Einlegung der Rechtsbeschwerde.“

Artikel 1 Nr. 67 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 3 in Abs. 2 neu gefasst. Satz 3 lautete: „§ 74 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.“

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Die Rechtsbeschwerdeschrift und die Rechtsbeschwerdebegründung müssen von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.“

113 ÄNDERUNGEN

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 68 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Satz 1 neu gefasst. Satz 1 lautete: „Die Rechtsbeschwerdeschrift wird den Beteiligten zur Äußerung zugestellt.“

Artikel 1 Nr. 68 lit. b desselben Gesetzes hat Satz 4 eingefügt.

01.01.2018.—Artikel 16 Nr. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) hat in Satz 2 „zur Niederschrift“ durch „zu Protokoll“ ersetzt.

114 ÄNDERUNGEN

01.09.1969.—Artikel 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1106) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Eine Zurückverweisung ist nicht zulässig.“

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 19 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat in Abs. 1 Satz 2 „§§ 564 und 565“ durch „§§ 562, 563“ ersetzt.

115 QUELLE

Vierter Unterabschnitt Beschlußverfahren in besonderen Fällen

§ 97 Entscheidung über die Tariffähigkeit oder Tarifizuständigkeit einer Vereinigung

(1) In den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 4 wird das Verfahren auf Antrag einer räumlich und sachlich zuständigen Vereinigung von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern oder der obersten Arbeitsbehörde des Bundes oder der obersten Arbeitsbehörde eines Landes, auf dessen Gebiet sich die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt, eingeleitet.

(2) Für Verfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 4 ist das Landesarbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Vereinigung, über deren Tariffähigkeit oder Tarifizuständigkeit zu entscheiden ist, ihren Sitz hat.

(2a) Für das Verfahren sind § 80 Absatz 1, 2 Satz 1 und Absatz 3, §§ 81, 83 Absatz 1 und 2 bis 4, §§ 83a, 84 Satz 1 und 2, § 90 Absatz 3, § 91 Absatz 2 und §§ 92 bis 96 entsprechend anzuwenden. Für die Vertretung der Beteiligten gilt § 11 Absatz 4 und 5 entsprechend.

(3) Der rechtskräftige Beschluss über die Tariffähigkeit oder Tarifizuständigkeit einer Vereinigung wirkt für und gegen jedermann. Die Vorschrift des § 63 über die Übersendung von Urteilen gilt entsprechend für die rechtskräftigen Beschlüsse von Gerichten für Arbeitssachen im Verfahren nach § 2a Abs. 1 Nr. 4.

(4) In den Fällen des § 2a Abs. 1 Nr. 4 findet eine Wiederaufnahme des Verfahrens auch dann statt, wenn die Entscheidung über die Tariffähigkeit oder Tarifizuständigkeit darauf beruht, daß ein Beteiligter absichtlich unrichtige Angaben oder Aussagen gemacht hat. § 581 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.

(5) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Vereinigung tariffähig oder ob die Tarifizuständigkeit der Vereinigung gegeben ist, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlußverfahrens nach § 2a Abs. 1 Nr. 4 auszusetzen. Im Falle des Satzes 1 sind die Parteien des Rechtsstreits auch im Beschlußverfahren nach § 2a Abs. 1 Nr. 4 antragsberechtigt.¹¹⁶

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 69 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

116 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 11 lit. a des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Überschrift neu gefasst. Die Überschrift lautete: „Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5“.

§ 124 Nr. 11 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1 und 3 bis 5 jeweils „Nr. 5“ durch „Nr. 6“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 70 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat in der Überschrift „und Tarifizuständigkeit“ nach „Tariffähigkeit“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 70 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 1, 3 und 4 Satz 1 jeweils „§ 2 Abs. 1 Nr. 6“ durch „§ 2a Abs. 1 Nr. 3“ ersetzt.

Artikel 1 Nr. 70 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für das Verfahren gelten die §§ 80 bis 84, 87 bis 96 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Rechtsbeschwerde unbeschränkt zulässig ist.“

Artikel 1 Nr. 70 lit. d desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 „und Tarifizuständigkeit“ nach „Tariffähigkeit“ eingefügt.

Artikel 1 Nr. 70 lit. e desselben Gesetzes hat Abs. 5 neu gefasst. Abs. 5 lautete:

„(5) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Vereinigung tariffähig ist, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlußverfahrens nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 auszusetzen. § 86 Abs. 2 gilt entsprechend.“

01.01.1989.—Artikel 4 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2312) hat in Abs. 1, 3, 4 Satz 1 und Abs. 5 Satz 1 und 2 jeweils „Nr. 3“ durch „Nr. 4“ ersetzt.

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 4 lit. a des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat in der Überschrift „und“ durch „oder“ ersetzt.

Artikel 2 Nr. 4 lit. b desselben Gesetzes hat Abs. 2 neu gefasst. Abs. 2 lautete:

„(2) Für das Verfahren sind die §§ 80 bis 84, 87 bis 96a entsprechend anzuwenden.“

§ 98 Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung

(1) In den Fällen des § 2a Absatz 1 Nummer 5 wird das Verfahren eingeleitet auf Antrag

1. jeder natürlichen oder juristischen Person oder
2. einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung von Arbeitgebern,

die nach Bekanntmachung der Allgemeinverbindlicherklärung oder der Rechtsverordnung geltend macht, durch die Allgemeinverbindlicherklärung oder die Rechtsverordnung oder deren Anwendung in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden.

(2) Für Verfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 ist das Landesarbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Behörde ihren Sitz hat, die den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat oder die Rechtsverordnung erlassen hat.

(3) Für das Verfahren sind § 80 Absatz 1, 2 Satz 1 und Absatz 3, §§ 81, 83 Absatz 1 und 2 bis 4, §§ 83a, 84 Satz 1 und 2, § 90 Absatz 3, § 91 Absatz 2 und §§ 92 bis 96 entsprechend anzuwenden. Für die Vertretung der Beteiligten gilt § 11 Absatz 4 und 5 entsprechend. In dem Verfahren ist die Behörde, die den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt hat oder die Rechtsverordnung erlassen hat, Beteiligte.

(4) Der rechtskräftige Beschluss über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung wirkt für und gegen jedermann. Rechtskräftige Beschlüsse von Gerichten für Arbeitssachen im Verfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 sind alsbald der obersten Arbeitsbehörde des Bundes in vollständiger Form abschriftlich zu übersenden oder elektronisch zu übermitteln. Soweit eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Rechtsverordnung rechtskräftig als wirksam oder unwirksam festgestellt wird, ist die Entscheidungsformel durch die oberste Arbeitsbehörde des Bundes im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

(5) In den Fällen des § 2a Absatz 1 Nummer 5 findet eine Wiederaufnahme des Verfahrens auch dann statt, wenn die Entscheidung über die Wirksamkeit einer Allgemeinverbindlicherklärung oder einer Rechtsverordnung darauf beruht, dass ein Beteiligter absichtlich unrichtige Angaben oder Aussagen gemacht hat. § 581 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.

(6) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Rechtsverordnung wirksam ist und hat das Gericht ernsthafte Zweifel nichtverfassungsrechtlicher Art an der Wirksamkeit der Allgemeinverbindlicherklärung oder der Rechtsverordnung, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Beschlussverfahrens nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 auszusetzen. Setzt ein Gericht für Arbeitssachen nach Satz 1 einen Rechtsstreit über den Leistungsanspruch einer gemeinsamen Einrichtung aus, hat das Gericht auf deren Antrag den Beklagten zur vorläufigen Leistung zu verpflichten. Die Anordnung unterbleibt, wenn das Gericht die Allgemeinverbindlicherklärung oder die Rechtsverordnung nach dem bisherigen Sach- und Streitstand für offensichtlich unwirksam hält oder der Beklagte glaubhaft macht, dass die vorläufige Leistungspflicht ihm einen nicht zu ersetzenden Nachteil bringen würde. Auf die Entscheidung über die vorläufige Leistungspflicht finden die Vorschriften über die Aussetzung entsprechend Anwendung; die Entscheidung ist ein Vollstreckungstitel gemäß § 794 Absatz 1 Nummer 3 der Zivilprozessordnung. Auch außerhalb eines Beschwerdeverfahrens können die Parteien die Änderung oder Aufhebung der Entscheidung über die vorläufige Leistungspflicht wegen veränderter oder im ursprünglichen Verfahren ohne Verschulden nicht geltend gemachter Umstände beantragen. Ergeht nach Aufnahme des Verfahrens eine Entscheidung, gilt § 717 der Zivilprozessordnung entsprechend. Im Falle

Artikel 2 Nr. 4 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 2a eingefügt.

Artikel 2 Nr. 4 lit. d desselben Gesetzes hat Abs. 3 Satz 1 eingefügt.

Artikel 2 Nr. 4 lit. e desselben Gesetzes hat in Abs. 4 Satz 1 „Tariffähigkeit und“ durch „Tariffähigkeit oder“ ersetzt.

des Satzes 1 sind die Parteien des Rechtsstreits auch im Beschlussverfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 antragsberechtigt.¹¹⁷

117 ÄNDERUNGEN

19.01.1972.—§ 124 Nr. 12 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 98 Verfahren nach § 2 Abs. 2 Buchstabe a

(1) Für die Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts in den Fällen des § 2 Abs. 2 Buchstabe a gelten die §§ 80 bis 84 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Kammer des Arbeitsgerichts der Vorsitzende tritt.

(2) Gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden findet die Beschwerde an den Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts statt. Die §§ 87 bis 90 und § 91 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Kammer des Landesarbeitsgerichts der Vorsitzende tritt. Gegen den Beschluß des Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts findet kein Rechtsmittel statt.“

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 71 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 1 Satz 2 eingefügt.

21.08.1980.—Artikel 3 Nr. 1 des Gesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1308) hat Abs. 2 Satz 2 eingefügt.

03.07.1998.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1694) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) In den Fällen des § 76 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Betriebsverfassungsgesetzes entscheidet der Vorsitzende allein. Wegen fehlender Zuständigkeit der Einigungsstelle können die Anträge nur zurückgewiesen werden, wenn die Einigungsstelle offensichtlich unzuständig ist. Für das Verfahren gelten die §§ 80 bis 84 entsprechend.

(2) Gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht statt. Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen einzulegen und zu begründen. Für das Verfahren gelten § 87 Abs. 2 und 3 und die §§ 88 bis 90 Abs. 1 und 2 sowie § 91 Abs. 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Kammer des Landesarbeitsgerichts der Vorsitzende tritt. Gegen dessen Entscheidungen findet kein Rechtsmittel statt.“

01.01.2002.—Artikel 9 des Gesetzes vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3443) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„(1) In den Fällen des § 76 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Betriebsverfassungsgesetzes können wegen fehlender Zuständigkeit der Einigungsstelle die Anträge nur zurückgewiesen werden, wenn die Einigungsstelle offensichtlich unzuständig ist. Für das Verfahren gelten die §§ 80 bis 84 entsprechend. Die Einlassungs- und Ladungsfristen können auf 48 Stunden abgekürzt werden. Ein Richter darf nur dann zum Vorsitzenden der Einigungsstelle bestellt werden, wenn aufgrund der Geschäftsverteilung ausgeschlossen ist, daß er mit der Überprüfung, der Auslegung oder der Anwendung des Spruchs der Einigungsstelle befaßt wird. Der Beschluß des Gerichts soll den Beteiligten innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrags zugestellt werden.

(2) Gegen den Beschluß des Arbeitsgerichts findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht statt. Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen einzulegen und zu begründen. Für das Verfahren gelten § 87 Abs. 2 und 3 und die §§ 88 bis 90 Abs. 1 und 2 sowie § 91 Abs. 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, daß der Beschluß nebst Gründen vom Vorsitzenden zu unterschreiben ist. Gegen den Beschluß des Landesarbeitsgerichts findet kein Rechtsmittel statt.“

UMNUMMERIERUNG

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat § 98 in § 99 umnummeriert.

QUELLE

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 5 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat die Vorschrift eingefügt.

ÄNDERUNGEN

08.09.2017.—Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 1. September 2017 (BGBl. I S. 3356) hat Abs. 6 neu gefasst. Abs. 6 lautete:

„(6) Hängt die Entscheidung eines Rechtsstreits davon ab, ob eine Allgemeinverbindlicherklärung oder eine Rechtsverordnung wirksam ist, so hat das Gericht das Verfahren bis zur Erledigung des Be-

§ 99 Entscheidung über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag

(1) In den Fällen des § 2a Absatz 1 Nummer 6 wird das Verfahren auf Antrag einer Tarifvertragspartei eines kollidierenden Tarifvertrags eingeleitet.

(2) Für das Verfahren sind die §§ 80 bis 82 Absatz 1 Satz 1, die §§ 83 bis 84 und 87 bis 96a entsprechend anzuwenden.

(3) Der rechtskräftige Beschluss über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag wirkt für und gegen jedermann.

(4) In den Fällen des § 2a Absatz 1 Nummer 6 findet eine Wiederaufnahme des Verfahrens auch dann statt, wenn die Entscheidung über den nach § 4a Absatz 2 Satz 2 des Tarifvertragsgesetzes im Betrieb anwendbaren Tarifvertrag darauf beruht, dass ein Beteiligter absichtlich unrichtige Angaben oder Aussagen gemacht hat. § 581 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.¹¹⁸

§ 100 Entscheidung über die Besetzung der Einigungsstelle

(1) In den Fällen des § 76 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Betriebsverfassungsgesetzes entscheidet der Vorsitzende allein. Wegen fehlender Zuständigkeit der Einigungsstelle können die Anträge nur zurückgewiesen werden, wenn die Einigungsstelle offensichtlich unzuständig ist. Für das Verfahren gelten die §§ 80 bis 84 entsprechend. Die Einlassungs- und Ladungsfristen betragen 48 Stunden. Ein Richter darf nur dann zum Vorsitzenden der Einigungsstelle bestellt werden, wenn aufgrund der Geschäftsverteilung ausgeschlossen ist, dass er mit der Überprüfung, der Auslegung oder der Anwendung des Spruchs der Einigungsstelle befasst wird. Der Beschluss des Vorsitzenden soll den Beteiligten innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrags zugestellt werden; er ist den Beteiligten spätestens innerhalb von vier Wochen nach diesem Zeitpunkt zuzustellen.

(2) Gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden findet die Beschwerde an das Landesarbeitsgericht statt. Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen einzulegen und zu begründen. Für das Verfahren gelten § 87 Abs. 2 und 3 und die §§ 88 bis 90 Abs. 1 und 2 sowie § 91 Abs. 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Kammer des Landesarbeitsgerichts der Vorsitzende tritt. Gegen dessen Entscheidungen findet kein Rechtsmittel statt.¹¹⁹

schlussverfahrens nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 auszusetzen. Im Falle des Satzes 1 sind die Parteien des Rechtsstreits auch im Beschlussverfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 5 antragsberechtigt.“

118 AUFHEBUNG

19.01.1972.—§ 124 Nr. 13 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 99 Verfahren nach § 2 Abs. 2 Buchstabe b

Für die Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts in den Fällen des § 2 Abs. 2 Buchstabe b gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Erzwingung von Duldungen oder Unterlassungen des Schuldners entsprechend mit der Maßgabe, daß eine Verurteilung zur Strafe der Haft nicht erfolgt. Über die Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorsitzenden des Arbeitsgerichts entscheidet das Landesarbeitsgerichts endgültig.“

UMNUMMERIERUNG

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat § 98 in § 99 umnummeriert.

10.07.2015.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1130) hat § 99 in § 100 umnummeriert.

QUELLE

10.07.2015.—Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1130) hat die Vorschrift eingefügt.

119 AUFHEBUNG

19.01.1972.—§ 124 Nr. 13 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 100 Verfahren nach § 2 Abs. 3

Vierter Teil Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten

§ 101 Grundsatz

(1) Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen können die Parteien des Tarifvertrags die Arbeitsgerichtsbarkeit allgemein oder für den Einzelfall durch die ausdrückliche Vereinbarung ausschließen, daß die Entscheidung durch ein Schiedsgericht erfolgen soll.

(2) Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeitsverhältnis, das sich nach einem Tarifvertrag bestimmt, können die Parteien des Tarifvertrags die Arbeitsgerichtsbarkeit im Tarifvertrag durch die ausdrückliche Vereinbarung ausschließen, daß die Entscheidung durch ein Schiedsgericht erfolgen soll, wenn der persönliche Geltungsbereich des Tarifvertrags überwiegend Bühnenkünstler, Filmschaffende oder Artisten umfaßt. Die Vereinbarung gilt nur für tarifgebundene Personen. Sie erstreckt sich auf Parteien, deren Verhältnisse sich aus anderen Gründen nach dem Tarifvertrag regeln, wenn die Parteien dies ausdrücklich und schriftlich vereinbart haben; der Mangel der Form wird durch Einlassung auf die schiedsgerichtliche Verhandlung zur Hauptsache geheilt.

(3) Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das schiedsrichterliche Verfahren finden in Arbeitssachen keine Anwendung.¹²⁰

§ 102 Prozeßhindernde Einrede

(1) Wird das Arbeitsgericht wegen einer Rechtsstreitigkeit angerufen, für die die Parteien des Tarifvertrages einen Schiedsvertrag geschlossen haben, so hat das Gericht die Klage als unzulässig abzuweisen, wenn sich der Beklagte auf den Schiedsvertrag beruft.

(2) Der Beklagte kann sich nicht auf den Schiedsvertrag berufen,

1. wenn in einem Fall, in dem die Streitparteien selbst die Mitglieder des Schiedsgerichts zu ernennen haben, der Kläger dieser Pflicht nachgekommen ist, der Beklagte die Ernennung aber nicht binnen einer Woche nach der Aufforderung des Klägers vorgenommen hat;
2. wenn in einem Fall, in dem nicht die Streitparteien, sondern die Parteien des Schiedsvertrags die Mitglieder des Schiedsgerichts zu ernennen haben, das Schiedsgericht nicht gebildet ist und die den Parteien des Schiedsvertrags von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts gesetzte Frist zur Bildung des Schiedsgerichts fruchtlos verstrichen ist;
3. wenn das nach dem Schiedsvertrag gebildete Schiedsgericht die Durchführung des Verfahrens verzögert und die ihm von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts gesetzte Frist zur Durchführung des Verfahrens fruchtlos verstrichen ist;
4. wenn das Schiedsgericht den Parteien des streitigen Rechtsverhältnisses anzeigt, daß die Abgabe eines Schiedsspruchs unmöglich ist.

Für die Entscheidung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts in den Fällen des § 2 Abs. 3 gelten die §§ 80 bis 84 entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Kammer des Arbeitsgerichts der Präsident des Landesarbeitsgerichts tritt. Gegen die Entscheidung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts findet kein Rechtsmittel statt.“

UMNUMMERIERUNG

10.07.2015.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1130) hat § 99 in § 100 umnummeriert.

120 ÄNDERUNGEN

01.04.1958.—§ 146 Abs. 5 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 713) hat in Abs. 2 Satz 1 „nach § 481 des Handelsgesetzbuchs zur Schiffsbesatzung gehörende Personen“ durch „Kapitäne und Besatzungsmitglieder im Sinne der §§ 2 und 3 des Seemannsgesetzes“ ersetzt.

01.08.2013.—Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) hat in Abs. 2 Satz 1 „ , Artisten oder Kapitäne und Besatzungsmitglieder im Sinne der §§ 2 und 3 des Seemannsgesetzes“ durch „oder Artisten“ ersetzt.

(3) In den Fällen des Absatzes 2 Nummern 2 und 3 erfolgt die Bestimmung der Frist auf Antrag des Klägers durch den Vorsitzenden des Arbeitsgerichts, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre.

(4) Kann sich der Beklagte nach Absatz 2 nicht auf den Schiedsvertrag berufen, so ist eine schiedsgerichtliche Entscheidung des Rechtsstreits auf Grund des Schiedsvertrags ausgeschlossen.¹²¹

§ 103 Zusammensetzung des Schiedsgerichts

(1) Das Schiedsgericht muß aus einer gleichen Zahl von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern bestehen; außerdem können ihm Unparteiische angehören. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen, dürfen ihm nicht angehören.

(2) Mitglieder des Schiedsgerichts können unter denselben Voraussetzungen abgelehnt werden, die zur Ablehnung eines Richters berechtigen.

(3) Über die Ablehnung beschließt die Kammer des Arbeitsgerichts, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre. Vor dem Beschluß sind die Streitparteien und das abgelehnte Mitglied des Schiedsgerichts zu hören. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts entscheidet, ob sie mündlich oder schriftlich zu hören sind. Die mündliche Anhörung erfolgt vor der Kammer. Gegen den Beschluß findet kein Rechtsmittel statt.¹²²

§ 104 Verfahren vor dem Schiedsgericht

Das Verfahren vor dem Schiedsgericht regelt sich nach den §§ 105 bis 110 und dem Schiedsvertrag, im übrigen nach dem freien Ermessen des Schiedsgerichts.

§ 105 Anhörung der Parteien

(1) Vor der Fällung des Schiedsspruchs sind die Streitparteien zu hören.

(2) Die Anhörung erfolgt mündlich. Die Parteien haben persönlich zu erscheinen oder sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Die Beglaubigung der Vollmachtsurkunde kann nicht verlangt werden. Die Vorschrift des § 11 Abs. 1 bis 3 gilt entsprechend, soweit der Schiedsvertrag nicht anderes bestimmt.

(3) Bleibt eine Partei in der Verhandlung unentschuldigt aus oder äußert sie sich trotz Aufforderung nicht, so ist der Pflicht zur Anhörung genügt.¹²³

§ 106 Beweisaufnahme

121 ÄNDERUNGEN

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 8 lit. a des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat Abs. 1 neu gefasst. Abs. 1 lautete:

„(1) Der Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten begründet im arbeitsgerichtlichen Verfahren eine prozeßhindernde Einrede.“

Artikel 3 Nr. 8 lit. b desselben Gesetzes hat in Abs. 2 „Die Einrede entfällt“ durch „Der Beklagte kann sich nicht auf den Schiedsvertrag berufen“ ersetzt.

Artikel 3 Nr. 8 lit. c desselben Gesetzes hat Abs. 4 neu gefasst. Abs. 4 lautete:

„(4) Liegt eine der Voraussetzungen des Absatzes 2 für den Fortfall der Einrede vor, so ist eine schiedsgerichtliche Entscheidung des Rechtsstreits auf Grund des Schiedsvertrags ausgeschlossen.“

122 ÄNDERUNGEN

01.04.1970.—Artikel 44 Nr. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645) hat Satz 2 in Abs. 1 neu gefasst. Satz 2 lautete: „Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt sind, dürfen ihm nicht angehören.“

123 ÄNDERUNGEN

01.07.2008.—Artikel 11 Nr. 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) hat in Abs. 2 Satz 4 „bis 3“ nach „Abs. 1“ eingefügt.

(1) Das Schiedsgericht kann Beweise erheben, soweit die Beweismittel ihm zur Verfügung gestellt werden. Zeugen und Sachverständige kann das Schiedsgericht nicht beeidigen, eidesstattliche Versicherungen nicht verlangen oder entgegennehmen.

(2) Hält das Schiedsgericht eine Beweiserhebung für erforderlich, die es nicht vornehmen kann, so ersucht es um die Vornahme den Vorsitzenden desjenigen Arbeitsgerichts oder, falls dies aus Gründen der örtlichen Lage zweckmäßiger ist, dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk die Beweisaufnahme erfolgen soll. Entsprechend ist zu verfahren, wenn das Schiedsgericht die Beeidigung eines Zeugen oder Sachverständigen gemäß § 58 Abs. 2 Satz 1 für notwendig oder eine eidliche Parteivernehmung für sachdienlich erachtet. Die durch die Rechtshilfe entstehenden baren Auslagen sind dem Gericht zu ersetzen; § 22 Abs. 1 und § 29 des Gerichtskostengesetzes finden entsprechende Anwendung.¹²⁴

§ 107 Vergleich

Ein vor dem Schiedsgericht geschlossener Vergleich ist unter Angabe des Tages seines Zustandekommens von den Streitparteien und den Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterschreiben.

§ 108 Schiedsspruch

(1) Der Schiedsspruch ergeht mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Schiedsgerichts, falls der Schiedsvertrag nichts anderes bestimmt.

(2) Der Schiedsspruch ist unter Angabe des Tages seiner Fällung von den Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterschreiben und muß schriftlich begründet werden, soweit die Parteien nicht auf schriftliche Begründung ausdrücklich verzichten. Eine vom Verhandlungsleiter unterschriebene Ausfertigung des Schiedsspruchs ist jeder Streitpartei zuzustellen. Die Zustellung kann durch eingeschriebenen Brief gegen Rückschein erfolgen.

(3) Eine vom Verhandlungsleiter unterschriebene Ausfertigung des Schiedsspruchs soll bei dem Arbeitsgericht, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre, niedergelegt werden. Die Akten des Schiedsgerichts oder Teile der Akten können ebenfalls dort niedergelegt werden.

(4) Der Schiedsspruch hat unter den Parteien dieselben Wirkungen wie ein rechtskräftiges Urteil des Arbeitsgerichts.

§ 109 Zwangsvollstreckung

(1) Die Zwangsvollstreckung findet aus dem Schiedsspruch oder aus einem vor dem Schiedsgericht geschlossenen Vergleich nur statt, wenn der Schiedsspruch oder der Vergleich von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre, für vollstreckbar erklärt worden ist. Der Vorsitzende hat vor der Erklärung den Gegner zu hören. Wird nachgewiesen, daß auf Aufhebung des Schiedsspruchs geklagt ist, so ist die Entscheidung bis zur Erledigung dieses Rechtsstreits auszusetzen.

(2) Die Entscheidung des Vorsitzenden ist endgültig. Sie ist den Parteien zuzustellen.

§ 110 Aufhebungsklage

(1) Auf Aufhebung des Schiedsspruchs kann geklagt werden,

1. wenn das schiedsgerichtliche Verfahren unzulässig war;
2. wenn der Schiedsspruch auf der Verletzung einer Rechtsnorm beruht;
3. wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen gegen ein gerichtliches Urteil nach § 580 Nr. 1 bis 6 der Zivilprozeßordnung die Restitutionsklage zulässig wäre.

(2) Für die Klage ist das Arbeitsgericht zuständig, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre.

124 ÄNDERUNGEN

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 24 Nr. 3 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat in Abs. 2 Satz 3 „die §§ 49 und 54“ durch „§ 22 Abs. 1 und § 29“ ersetzt.

(3) Die Klage ist binnen einer Notfrist von zwei Wochen zu erheben. Die Frist beginnt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 mit der Zustellung des Schiedsspruchs. Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 beginnt sie mit der Rechtskraft des Urteils, das die Verurteilung wegen der Straftat ausspricht, oder mit dem Tag, an dem der Partei bekannt geworden ist, daß die Einleitung oder die Durchführung des Verfahrens nicht erfolgen kann; nach Ablauf von zehn Jahren, von der Zustellung des Schiedsspruchs an gerechnet, ist die Klage unstatthaft.

(4) Ist der Schiedsspruch für vollstreckbar erklärt, so ist in dem der Klage stattgebenden Urteil auch die Aufhebung der Vollstreckbarkeitserklärung auszusprechen.¹²⁵

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 111 Änderung von Vorschriften

(1) Soweit nach anderen Rechtsvorschriften andere Gerichte, Behörden oder Stellen zur Entscheidung oder Beilegung von Arbeitssachen zuständig sind, treten an ihre Stelle die Arbeitsgerichte. Dies gilt nicht für Seemannsämter, soweit sie zur vorläufigen Entscheidung von Arbeitssachen zuständig sind.

(2) Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden aus einem bestehenden Berufsausbildungsverhältnis können im Bereich des Handwerks die Handwerksinnungen, im übrigen die zuständigen Stellen im Sinne des Berufsbildungsgesetzes Ausschüsse bilden, denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören müssen. Der Ausschuß hat die Parteien mündlich zu hören. Wird der von ihm gefällte Spruch nicht innerhalb einer Woche von beiden Parteien anerkannt, so kann binnen zwei Wochen nach ergangenem Spruch Klage beim zuständigen Arbeitsgericht erhoben werden. § 9 Abs. 5 gilt entsprechend. Der Klage muß in allen Fällen die Verhandlung vor dem Ausschuß vorangegangen sein. Aus Vergleichen, die vor dem Ausschuß geschlossen sind, und aus Sprüchen des Ausschusses, die von beiden Seiten anerkannt sind, findet die Zwangsvollstreckung statt. Die §§ 107 und 109 gelten entsprechend.¹²⁶

§ 112 Übergangsregelung

Für Beschlussverfahren nach § 2a Absatz 1 Nummer 4, die bis zum Ablauf des 15. August 2014 anhängig gemacht worden sind, gilt § 97 in der an diesem Tag geltenden Fassung bis zum Abschluss des Verfahrens durch einen rechtskräftigen Beschluss fort.¹²⁷

125 ÄNDERUNGEN

01.01.1975.—Artikel 112 Nr. 4 des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) hat in Abs. 3 Satz 3 „strafbaren Handlung“ durch „Straftat“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 72 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Nr. 3 in Abs. 1 neu gefasst. Nr. 3 lautete:

„3. wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen gegen ein gerichtliches Urteil nach § 580 Nr. 2 bis 5 der Zivilprozeßordnung die Restitutionsklage zulässig wäre.“

126 ÄNDERUNGEN

01.09.1969.—§ 102 Nr. 1 des Gesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112) hat Satz 1 in Abs. 2 durch die Sätze 1 und 2 ersetzt. Satz 1 lautete: „Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen können die Handwerksinnungen Ausschüsse bilden, denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören müssen.“

§ 102 Nr. 3 desselben Gesetzes hat im neuen Abs. 2 Satz 3 „diesem Ausschuß“ durch „ihm“ ersetzt.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 73 lit. a des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat Abs. 2 Satz 4 eingefügt.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 25 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat Satz 8 in Abs. 2 aufgehoben. Satz 8 lautete: „Soweit ein Ausschuß nach Satz 1 gebildet ist, findet ein Güteverfahren vor dem Arbeitsgericht nicht statt.“

127 AUFHEBUNG

§ 113 Berichterstattung

Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag bis zum 8. September 2020 über die Auswirkungen der vorläufigen Leistungspflicht nach § 98 Absatz 6 Satz 2 und gibt eine Einschätzung dazu ab, ob die Regelung fortbestehen soll.¹²⁸

§ 114¹²⁹

§ 115¹³⁰

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 112 Aufrechterhaltung weitergehender Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte für Streitigkeiten aus Vereinbarungen zwischen Betriebsräten und Arbeitgebern bleibt außerhalb des sachlichen Geltungsbereichs des Betriebsverfassungsgesetzes bestehen. Für diese Rechtsstreitigkeiten ist der Betriebsrat parteifähig. Ist der Betriebsrat Partei, so werden in diesem Rechtsstreit Gebühren und Auslagen nicht erhoben.“

QUELLE

16.08.2014.—Artikel 2 Nr. 7 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) hat die Vorschrift eingefügt.

128 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 113 Erweiterung der Zuständigkeiten durch Landesrecht

Soweit nach den bei Inkrafttreten dieses Gesetzes für ein Land geltenden Vorschriften die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte im Urteilsverfahren gegenüber der in diesem Gesetz festgelegten Zuständigkeiten erweitert ist, hat es dabei sein Bewenden, soweit und solange die für das Land geltenden Vorschriften nicht abgeändert werden. Das Verfahren bestimmt sich auch in diesen Fällen nach diesem Gesetz.“

QUELLE

08.09.2017.—Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 1. September 2017 (BGBl. I S. 3356) hat die Vorschrift eingefügt.

129 AUFHEBUNG

19.01.1972.—§ 124 Nr. 13 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 114 Beschlußverfahren

Landesrechtliche Vorschriften über ein Beschlußverfahren für Fragen der Betriebsverfassung gelten außerhalb des sachlichen Geltungsbereichs des Betriebsverfassungsgesetzes weiter.“

130 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 115 Übernahme

(1) Die hauptamtlichen Vorsitzenden der Arbeitsgerichte, die sich am Tage der Verkündung dieses Gesetzes mindestens drei Jahre im Amt befinden, sollen auf ihren Antrag unter billiger Berücksichtigung ihrer bisherigen Bezüge als auf Lebenszeit bestellte Richter übernommen werden, auch wenn sie die Voraussetzungen des § 18 Abs. 3 im Einzelfalle nicht erfüllen. § 18 Abs. 4 Satz 3 gilt entsprechend.

(2) Die hauptamtlichen Präsidenten und Vorsitzenden der Landesarbeitsgerichte, die sich am Tage der Verkündung dieses Gesetzes seit mindestens drei Jahren im Amt befinden, sind auf ihren Antrag unter billiger Berücksichtigung ihrer bisherigen Bezüge als Richter auf Lebenszeit zu übernehmen, auch wenn sie die Voraussetzungen des § 18 Abs. 3 im Einzelfalle nicht erfüllen. § 18 Abs. 4 gilt entsprechend.

(3) Die Amtsdauer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestellten Vorsitzenden von Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten sowie der Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter wird durch dieses Gesetz nicht berührt.“

§ 116¹³¹

§ 117

Soweit in den Fällen der §§ 40 und 41 das Einvernehmen nicht erzielt wird, entscheidet die Bundesregierung.¹³²

§ 118¹³³

§ 119¹³⁴

§ 120¹³⁵

131 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 116 Erste Berufung der Landesarbeitsrichter und Bundesarbeitsrichter

Bei der ersten Berufung der Landesarbeitsrichter und der Bundesarbeitsrichter nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entfällt das Erfordernis einer vierjährigen Tätigkeit als Beisitzer eines Gerichts für Arbeitssachen.“

132 ÄNDERUNGEN

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 26 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat die Vorschrift neu gefasst. Die Vorschrift lautete:

„§ 117 Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Verwaltungen

Soweit nach diesem Gesetz das Einvernehmen von Arbeitsbehörde und Justizverwaltung erforderlich ist, entscheidet, wenn das Einvernehmen nicht erzielt wird, die Landesregierung, in den Fällen der §§ 40 und 41 die Bundesregierung.“

133 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 118 Erledigung anhängiger Verfahren

(1) Für das Verfahren in Arbeitssachen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig sind, bleibt das ordentliche Gericht desjenigen Rechtszugs zuständig, bei dem die Sache bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig ist. Das Verfahren bestimmt sich nach den Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

(2) Für die Verhandlung und Entscheidung über Rechtsmittel gegen Urteile, die im Falle des Absatzes 1 ergehen, sind die Rechtsmittelgerichte für Arbeitssachen zuständig.

(3) Verfahren in Arbeitssachen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei anderen Behörden oder Stellen anhängig sind, gehen auf das Arbeitsgericht über, in dessen Bezirk die Stelle ihren Sitz hat, bei der das Verfahren bisher anhängig war.

(4) Für Verfahren in Arbeitssachen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei einem obersten Landesgericht in Arbeitssachen (Revisionsgericht) anhängig sind, bleibt dieses Gericht zuständig.“

134 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 119 Altersgrenze der Bundesrichter

Die Vorschriften des § 68 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 gelten bis zum 31. Dezember 1956 nicht für die in § 42 bezeichneten Bundesrichter. Die danach über das fünfundsechzigste Lebensjahr hinaus im Dienst verbliebenen oder nach Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres bestellten Bundesrichter treten mit Ablauf des 31. Dezember 1956 in den Ruhestand.“

135 AUFHEBUNG

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 74 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 120 Verweisung in anderen Gesetzen

§ 121¹³⁶

§ 121a¹³⁷

§ 122¹³⁸

Soweit in anderen Gesetzen auf Vorschriften oder Bezeichnungen früher geltender Arbeitsgerichtsgesetze verwiesen wird, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften oder die Bezeichnungen dieses Gesetzes.“

136 AUFHEBUNG

19.01.1972.—§ 124 Nr. 13 des Gesetzes vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift war bloße Änderungsvorschrift.

QUELLE

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 75 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

25.04.2006.—Artikel 105 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 121 Überleitungsvorschriften aus Anlaß des Gesetzes vom 21. Mai 1979

(1) Für Verfahren in Arbeitssachen, für die durch das neue Recht die Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen begründet wird und die vor dem 1. Juli 1979 bei Gerichten anderer Zweige der Gerichtsbarkeit anhängig sind, bleiben diese Gerichte bis zum rechtskräftigen Abschluß der Verfahren zuständig.

(2) Auf Klagen oder Anträge, die vor dem 1. Juli 1979 eingereicht waren, sind die bis dahin geltenden Vorschriften über die Kosten, die Kostentragungspflicht, das Güteverfahren und die Gebühren weiterhin anzuwenden.

(3) Ist die mündliche Verhandlung vor dem 1. Juli 1979 geschlossen worden, so richten sich die Verkündung und der Inhalt der Entscheidung, die Zulässigkeit von Rechtsmitteln, die Rechtsmittelbelehrung, die Fristen zur Einlegung und Begründung eines zulässigen Rechtsmittels, die Begründung und die Beantwortung von Rechtsmitteln nach der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung dieses Gesetzes. Für die Zulässigkeit von Rechtsmitteln gilt dies auch dann, wenn die anzufechtende Entscheidung nach dem 30. Juni 1979 verkündet worden ist.“

137 QUELLE

01.07.1990.—Artikel 1 Nr. 18 des Gesetzes vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1206) hat die Vorschrift eingefügt.

AUFHEBUNG

25.04.2006.—Artikel 105 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 121a Überleitungsvorschriften aus Anlaß des Gesetzes vom 26. Juni 1990

(1) Für Verfahren in Arbeitssachen, für die durch Artikel 1 Nr. 1 die Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen begründet wird und die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei Gerichten anderer Zweige der Gerichtsbarkeit anhängig sind, bleiben diese Gerichte bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zuständig.

(2) Bis zur Bestimmung der zuständigen obersten Landesbehörde im Sinne des Artikels 1 Nr. 2, 4 bis 14 und 16 bleibt die jeweilige oberste Arbeitsbehörde des Landes zuständig.“

138 AUFHEBUNG

25.04.2006.—Artikel 105 des Gesetzes vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866) hat die Vorschrift aufgehoben. Die Vorschrift lautete:

„§ 122 Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.“

§ 123 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu seiner Durchführung handelt, mit dem Tage seiner Verkündung, im übrigen mit dem 1. Oktober 1953 in Kraft.

Anlage 1¹³⁹

Anlage 2¹⁴⁰

139 QUELLE

15.09.1975.—Artikel 4 § 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189) hat die Anlage eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.07.1977.—Artikel 3 Nr. 14 des Gesetzes vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281) hat die Anlage geändert.

01.07.1979.—Artikel 1 Nr. 76 des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 545) hat die Anlage geändert.

01.04.1991.—Artikel 3 Nr. 9 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2847) hat die Anlage geändert.

01.07.1994.—Artikel 8 Abs. 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325) hat die Anlage geändert.

01.05.2000.—Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) hat die Anlage geändert.

01.01.2002.—Artikel 30 Nr. 20 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887) hat die Anlage geändert.

15.08.2002.—Artikel 2 Nr. 4 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3140) hat die Anlage geändert.

AUFHEBUNG

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 24 Nr. 4 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat die Anlage aufgehoben. Die letzte Fassung ergibt sich aus BGBl. I 1975 S. 2230; 1977 S. 3298; 1979 S. 556; 1990 S. 2856; 1994 S. 1364; 2000 S. 334; 2001 S. 1916; 2002 S. 3140.

140 QUELLE

15.09.1975.—Artikel 4 § 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189) hat die Anlage eingefügt.

ÄNDERUNGEN

01.01.2002.—Artikel 20 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983) hat die Anlage neu gefasst. Die bisherige Fassung ergibt sich aus BGBl. I 1975 S. 2233.

AUFHEBUNG

01.07.2004.—Artikel 4 Abs. 24 Nr. 4 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718) hat die Anlage aufgehoben. Die letzte Fassung ergibt sich aus BGBl. I 2000 S. 2009.